D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 112/113
Juli/August '79 DM 3,–
11. Jahrgang

"Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt in Deutschland das Maul aufzumachen."

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Somoza am Ende?

In Nicaragua tobt der offene Krieg zwischen der Bevölkerung und den Sandinistas einerseits, dem Somoza-Clan mit einer gut bewaffneten und gut bezahlten Privatarmee andererseits. Die – wie sie sagen letzte – Offensive der Sandinistas hat begonnen. Von seinem Bunker aus läßt Somoza das Land und die Bevölkerung bombardieren, die er jahrzehntelang überwiegend in seinem Privatinteresse ausgebeutet oder an ausländische Konzerne verkauft hatte.

Die eigentümliche Verschränkung von Ausbeutung und politischer Herrschaft bestimmt auch die Form der Auseinandersetzung. In ihr fließen Aufstand, Guerillakrieg, Elemente konventionellen Kriegs und Streik zu einer Bewegung zusammen: Generalstreik in den Städten, vor allem in der Hauptstadt Managua, Barrikadenbau der Bevölkerung, hinter diesen Barrikaden die Sandinistas, die auch über Luftabwehrwaffen verfügen, Überfälle auf Stützpunkte der Nationalgarde.

Das Ende der Herrschaft Somozas scheint nur noch eine Frage der Zeit, es sei denn, ihm gelänge die Ausrottung eines großen Teils der Bevölkerung. Mit der Offensive haben sich auch die Verhältnisse in der Opposition weiter geklärt. Die verschiedenen militärischen und politischen Fraktionen der Sandinistas haben sich vereinigt. Der FAO, der Block der bürgerlichen Opposition, hat sich von der Offensive distanziert. Hier sind die Brücken, die einst zu den Aufständischen bestanden, vorerst fast gänzlich abgebrochen. Aus einer sehr berechtigten Furcht vor nordamerikanischer Intervention haben die Sandinistas lange den Kontakt zum FAO aufrechterhalten, indem sich alle die versammelten, die Somoza stürzen wollten und eine Neuverteilung der bestehenden politischen und ökonomischen Macht im Land anstrebten, um sie grundsätzlich aufrechterhalten zu können.

Die Entschlossenheit der Bevölkerung, Somoza ohne Verzug davonzujagen, hat aber eine vorsichtige Strategie immer schwieriger gemacht.

Die Furcht vor einer amerikanischen Intervention ist allzu berechtigt. Eine grundsätzliche politische Veränderung in Nicaragua, vor der Haustür der USA, müßte für den gesamten mittelamerikanischen Raum Folgen haben. Die Isolation Cubas wäre ein Stück weiter aufgebrochen, längerfristig geriete der amerikanische Einfluß auf den Panama-Kanal möglicherweise in Gefahr. In anderen Ländern, wie z.B. El Salvador, würde es den Widerstand weiter ermutigen.

Es gibt auch schon Informationen über Putschpläne der Nationalgarde mit konservativen Politikern aus dem FAO, natürlich mit kräftiger amerikanischer Hilfe. Die Putschisten hätten versucht, die Repression zu mildern und frei Wahlen zu versprechen und damit der Situation in Nicaragua einen Teil ihrer Explosivität genommen.

Die "freie Welt" hat das Land noch nicht aufgegeben, der Kredit, den Somoza beim Internationalen Weltwährungsfonds beantragt hat, um den Staatsbankrott zu verhindern, ist inzwischen bewilligt worden. Das bedeutet keineswegs ein Vertrauensvotum für Somoza, sondern eher einen Wechsel auf die Zukunft, in der grundsätzlich alles beim alten bleiben soll.

Der Kampf der Bevölkerung gegen Somoza ist sicher nur eine Etappe im Befreiungskampf. Wenn er verschwunden ist, bleibt die Zukunft derjenigen, die sich in diesen Tagen anschicken, zum Subjekt ihrer Geschichte zu werden, weiter ungewiß.

JENS HUHN

Sandinistas am 18. Juni in Managua

dpa

Rock gegen Rechts Seite 41-46

Ulrike Fabricius

Die Stahlindustrie in der Krise

Seit vier Jahren vollzieht sich eine krisenhafte Umstrukturierung des Stahlweltmarkts. In Europa sterben alte von der Stahlproduktion abhängige Regionen. In dieser Ausgabe schildert Josef Esser die Krise der Stahlindustrie. In Fortsetzung seines Berichts über Frankreich erzählt Bernd Meyerspeer von den Auseinandersetzungen in Lothringen. Schließlich erörtern lothringische Stahlarbeiter und Gewerkschafter Möglichkeiten der Krisenbewältigung für ihre Region.
Seite 10-16

Gespräch mit Theo Pinkus

Am 21. August wird Theo Pinkus siebzig Jahre. Er ist seit fünzig Jahren Mitglied in der kommunistischen Partei, nimmt zugleich aber auch teil an den Diskussionen der Neuen Linken. Während der Sommerschule des SB unterhielten sich Heiner Halberstadt und Heinrich Grün mit Theo Pinkus. Seite 23

Sommerschule des SB Seite 34

Brigitte Meixner

Inhaltsverzeichnis

Roland Roth/ Joachim Hirsch: Kanzler Strauß? 5

Horst Dieter Zahn: Streit um die DKP 7

Josef Esser: Krise der Stahlindustrie 10

Bernd Meyerspeer: Zehn Jahre danach 2. Teil 12

Gespräche mit Stahlarbeitern 16

Hannes Kiebel: Kunden, Vaganten und Landstreicher 18

Lutz Mez: Atomindustrie 20

Interview mit Theo Pinkus 23

Axel Hübner: BDP 28

Wolfgang Lutterbach: Spanien 32

Willi Zurbrüggen: Hundert Jahre Einsamkeit 32

Volkhard Brandes: Sommerschule des SB '79 34

Herbert Meixner/ Thomas Röbke/ Bernward Causemann: Zum Netzwerk 37

Herbert Stubenrauch: Rocky Horror Picture Show 40

Dany Diner: Rock und politischer Widerstand 41

Heinz Hauser: Rock gegen Rechts 43

Heinz Brakemeier: Zum Tod von Karl Retzlaw 46

Heinz Stielicke: Arzneimittelmanufaktur für Kapverden 48

Korrektur

In dem dieser "links" beigelegten Extrablatt fehlen auf der 1. Seite, 2. Spalte leider 2 Zeilen. Diese lauten: (Herrenras-) se neuen Raum im Osten verschaffen wollen? Hat sich nicht nach dem Scheitern ...

Wir bitten um Entschuldigung.

★ KLEINANZEIGEN ★ KLEINANZEIGEN ★

MATERIALIEN/PAPERS...

(7/1) **Ökologie**

● **Aufkleber "Harrisburg ist weit, aber Wyhl** (Brokdorf/Fessenheim/Gorleben/Biblis/Leibstadt/Kaiseraugst) ..." Ab 100 Ex. wird auch jeder andere Namen angefertigt, Format 5 x 24 cm, weiße Schrift auf schwarzem Untergrund. Preis DM 1,– plus Porto (für Weiterverkäufer/Gruppen DM -,60). Bezug: S-lädeli Lörrach, Röntgenstr. 3, 785 Lörrach

●**Aktionskreis Leben Nr. 11** mit Beiträgen von Jakob Moneta und Heinz Brandt und Berichten aus der gewerkschaftlichen Arbeit. Gegen Voreinsendung von DM 1,– plus Porto über: Gustav Rentzing, St. Gillesstr. 21, 6050 Offenbach

● **Gorleben-Hearing:** Auszüge aus dem Gorleben-Gutachten, Hintergrundmaterial, Zusammenfassungen, Zitate, Reden vom Hearing, herausgegeben vom Informationszentrum Kritische Wissenschaft. Gegen Voreinsendung von DM 4,– plus Porto auf PSCHKto Hamburg 114398-203, H. Mönninghoff, Haasemannstr. 11, 3 Hannover 1

● **Rundbrief Arbeitsfeld Landwirtschaft** Nr. 28 zum Thema "Alternativ" mit Beiträgen zur Geschichte der Alternativbewegung, Projekte, Informationen etc. Bezug: Elisabeth Schumann, Goßlerstr. 21, 34 Göttingen

● Wir bauen ein **Archiv auf für Lehr- und Lernmaterialien, die ökologische Fragen behandeln.** Dieses Archiv und eine Lose-Blatt-Sammlung von Rezensionen werden für alle Interessenten zugänglich sein. Hierfür bitten wir um Belegexemplare, Beurteilungen und Hinweise. Besonderen Wert legen wir dabei auf nichtkommerziell produzierte Unterrichtseinheiten. Öko-Institut, Lehrer AG, Schönauer Str. 3, 78 Freiburg

● **Schwarzbuch über das Atomkraftwerk** Mülheim-Kärlich bei Koblenz 1969-1979; Bezug gegen Voreinsendung von DM 3,– in Briefmarken an Claus Rämer, Renoirstr. 15, 545 Neuwied 22 (Gladbach)

(7/2) **Dritte Welt/Entwicklungspolitik**

● **VW Do Brasil – Entwicklungshilfe im besten Sinne?** – Sondernummer 6 der Brasilien-Nachrichten enthält Informationen über den größten Multi Lateinamerikas, zur Lage der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen; 156 Seiten/DM 4,–. Bezug: Vorauszahlung auf Kto. 482492 der Brasilien-Nachrichten, Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

● **La Mentira** Nr. 6 – Zeitung der Entwicklungshelfer und ihrer unterhaltsberechtigten Familienangehörigen in Bolivien, enthält neben Nachrichten, Kurzinformationen, Leserbriefen Beiträge zur aktuellen politischen Situation, der Bauernbewegung. Bezug: La Mentira c/o Hans Berger, Casilla 508, Potosi-Bolivia

● **Nicaragua** – umfangreiche Materialliste von Broschüren, Flugblättern. Postern. Aufklebern kann angefordert werden bei Angelika Pappe, Ravensburger Str. 149, 56 Wuppertal 1

● **Plakat "Rohstoffe aus der Dritten Welt"**, Format DIN A 2, zweifarbig mit ausführlichem Text auf der Rückseite; Gegen Voreinsendung von DM 1,– plus Porto zu beziehen bei: Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg

● **Kinder in Chile** – eine Ausstellung des Lateinamerikakreises Essen. Auf 17 Kartons (70 x 100), die mit Text und Fotos gestaltet sind, wird die ökonomische und politische Situation, die Situation der Kinder, die Selbsthilfeprojekte etc. dargestellt. Der Verleih kostet pro Woche DM 50,–; Kontakt: Renate Querfurt, Rübezahlstr. 16, 4300 Essen 1, Tel. 472410

● **Neuer Globus** Sonderheft 1; Thema: Agrarreformen in der kapitalistischen Peripherie – Die Beispiele Chile, Portugal und Iran. Das Buch zur FAO-Konferenz über Agrarreformen im Juni. Ca. 200 Seiten. Zu beziehen gegen Voreinsendung von DM 8,50 bei Neuer Globus, Niedermühlenkamp 60, 4800 Bielefeld 1

● **Informationsdienst südliches Afrika** Nr. 5 mit dem Schwerpunktthema "Kinder in Südafrika"; 30 Seiten/DM 3,–. Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

(7/3) **Antimilitarismus**

● **Dokumentation zum 1. Mai (Soldaten)-Prozeß von Regensburg**; 1977 wurden Soldaten bei einer DGB-Veranstaltung durch Feldjäger und Polizei festgenommen. Die Dokumentation enthält Informationen zu den Gerichtsprozessen und Beispiele für die Resonanz in der Öffentlichkeit. Bezug: Johann Rötzer, Zur schönen Gelegenheit 10, 84 Regensburg

● **Dokumente zum Widerstand gegen die Wehrpflicht** enthält Stellungnahmen von Totalverweigerern sowie eine Fülle historischer Materialien; 176 Seiten/DM 6,–. Bezug gegen Voreinsendung bei Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienst c/o Dieter Schöffmann, Zülpicher Str. 234, 5 Köln 41

● **Diskussionsforum für Zivildienstleistende** Nr. 32 mit dem Schwerpunktthema "Zum Jahr des Kindes: Schluß mit dem Kriegspielen", sowie Nachrichten, Informationen aus dem Zivildienst; 24 Seiten/DM 1,–. Gegen Voreinsendung zu beziehen bei: SO-Bundeszentrale, Hochstr. 56, 6000 Frankfurt 1

● **Virus – antimilitaristisches Monatsmagazin** Nr. 14 enthält neben Nachrichten aus der Schweizer Antikriegsbewegung einen Bericht über eine Volksinitiative für demokratische Kontrolle der Rüstungsausgaben. Bezug: Virus, Postfach 3258, CH 8023 Zürich

(7/4) **"Können Verbrechen gegen die Menschlichkeit endgültig verjähren?"** 8 Seiten Informationsblatt (DIN A 4 illustriert) gegen die Verjährung von NS-Mord. Dargestellt werden die bisherige Verfolgungspraxis gegenüber NS-Tätern und der Unterschied zu Konflikttätern (z.B. in Dialogform oder als Materialkasten mit Kommentaren). Für 10 Ex. DM 0,50 + Porto bitte in Briefmarken. Bestellungen an: Projektgruppe Antifaschismus im ISZ, Altonaer Str. 28, 2 Hamburg 6

(7/5) **Faschismus-Analyse – Entstehung, Herrschaft, Widerstand.** Im April/Mai 1979 veranstalteten die 10. Klassen antifaschistische Projekttage. Aktuelle Brisanz erhielt dieses Thema durch das Auftreten von Neonazis an dieser Schule (siehe "links" Mai-Ausgabe). Verlauf und Ergebnisse dieser Projekttage schildert eine Broschüre, die von den Schülern erstellt und herausgegeben wird. Sie ist gegen DM 4,– (Briefmarken/Scheck) zu beziehen bei: Peter Dudek, Otto-Hahn-Schule, Urseler Weg 27, 6 Frankfurt 56

(7/6) **"Ich bin es nicht wert, eine Deutsche zu sein".** Broschüre über die verweigerte Einbürgerung von Tatjana Tschikowani. Zu beziehen gegen Voreinsendung von DM 2,– plus Porto bei: T. Tschikowani, Kirchberg 3, 2391 Handewitt

(7/7) In Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Grafikern hat die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" eine **Ausstellung** erstellt, die jetzt auch als Mappe (DIN A 2/3) erhältlich ist. Sie enthält einen Überblick über die Geschichte der Berufsverbote, das Umfeld der Berufsverbote und, dargestellt an aktuellen Fällen, den Kampf gegen Berufsverbote. Zu beziehen über Ingrid Kurz, Schanzenstr. 115, 2 Hamburg 6

(7/8) **"Die Eroberung des Landtages von der Seeseite oder das Ende der Musterknabendisziplin"**, Dokumentation und Analyse der unterschlagenen Studentenbewegung an Fachhochschulen 1965-1971, Broschüre DIN A 4, 58 Seiten, gegen Überweisung von DM 6,– auf das Konto Stadtsparkasse Hannover Nr. 21914036, BLZ 250 501 80, Walter Koch, Theaterstr. 13, 3000 Hannover 1

(7/9) Arbeitsfeld Gesundheitswesen – ein neuer Rundbrief ist da. Gegen Portospende von SB-Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1 – das ist auch die zentrale Kontaktadresse des Arbeitsfeldes

(7/10) Aus Erfahrungen in mehrjähriger offener Jugendclubarbeit sind in Zusammenarbeit mit Anwälten **"Juristische Informationen für Sozialarbeiter und Jugendliche in Jugendzentren"** entstanden. Sie sollen insbes. Jugendlichen eine Hilfe sein bei Konflikten mit Polizei und Justiz. Erhältlich gegen Einzahlung von DM 1,50 auf das PSCHKto Frankfurt 360507-609, W. Appel oder in Briefmarken an Jugendclub Griesheim, Froschhäuserstr. 10, 623 Frankfurt 80

FILM/THEATER/KULTUR

(7/11) Neue Filme im Programm des **Zentral-Film-Verleih** u.a. Dokumentar-Lehrfilm zur Analytischen Arbeitsplatzbewertung, "Den Kindern das Wort geben", 3 Filme zur Freinet-Pädagogik in Frankreich. Liste anfordern: ZFV, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36, Tel. 040/345544

(7/12) **Atomfilz – Nein Danke**; ein Film der Projektgruppe Dokumentarfilm Ruhr über die Rolle der politisch bestimmenden Gewerkschaftsfunktionäre als Vertreter der Atomindustrie. Gezeigt wird die Jubelveranstaltung des DGB im November 1977, der Höhepunkt eines Weges, der durch den Atomfilz im DGB lange angelegt war. Dies wird beispielhaft an verschiedenen Personen zurückverfolgt. Weitere Informationen und Verleih: J. Baier, Westenfelderstr. 70, 463 Bochum. Tel. 02327/89871

(7/13) Filmwerkschau – Heft 22 mit dem Schwerpunktthema "Für fortschrittliche Medienarbeit: Fernsehen eine Perspektive?, gegen DM 1,– in Briefmarken über G. Schumacher, Taborstr. 22, 1 Berlin 36

(7/14) **Network – Medien Produktion und Verlag** bietet neben Broschüren, Tonkassetten, Dia-Ton-Serien-Seminaren jetzt auch Fotoausstellungen zum Verleih an. Folgende Ausstellungen sind derzeit vertugbar: Portugal: Eine soziale Revolution? – Klassenzimmer – Alt werden – Ein Dokument über Chile – Fotos aus Fabriken – Informations- und Verleihkatalog anfordern: Studio für strategische Kommunikation, Erdinger Str. 7, 8011 Reithofen, Post Pastetten, Tel. 08124/1481

(7/15) **Film und Schallplatte zur aktiven Heimatkunde über demokratische Traditionen in Freiburg und Baden**; der Film dokumentiert das 1978 veranstaltete Volksfest, insbes. die Straßenaktionen, und wird ergänzt durch historische Bilder. Auf der Schallplatte gibt's Lieder aus der 48er Zeit und neue Lieder über alte und neue Zeiten. Bezug: Klaus Labudde, Sulzburger Str. 28, 7800 Freiburg

(7/16) **Motz alledem** – Fotomontagen von Harry Böseke und Christian Schaffernicht; 36 Seiten. Gegen Voreinsendung von DM 2,50 zu beziehen über H. Böseke, Kempener Str. 7, 5 Köln 60

(7/17) Filmfaust Nr. 13 mit dem Schwerpunktthema über Andrzej Wajda's Film "Vater, was hast Du 1950 gemacht?", 66 Seiten/DM 6,–. Bezug: Filmfaust Redaktion, Schumannstr. 64, 6 Frankfurt

(7/18) Nürnberger Initiativgruppe unterstützt die Finanzierung eines selbstverwalteten Bewässerungsprojektes in Peru und will deshalb eine **Tournee mit einer südamerikanischen Folklore-Gruppe** organisieren. Dazu brauchen wir noch Gruppen, die an verschiedenen Orten als Veranstalter auftreten. Nähere Informationen: Tupac Amaru e.V., c/o ESG, Hans-Sachs-Platz 2, 85 Nürnberg

WOHN-/ARBEITS-/ FREIZEITKONTAKTE

(7/19) **"Alternative" Ferien oder Tagungsmöglichkeiten:** Wir haben ein Jagdschloß mit Gaststätte und Pension gepachtet. Gestreßte Leute können hier in aller Ruhe Ferien verbringen (3 km entfernt von jeglicher Zivilisation). Gleichzeitig kann man/frau ausprobieren, wie gut sich's ohne Strom lebt. Z.Zt. bestehen provisorische Möglichkeiten um Seminare und Tagungen oder Freizeiten abzuhalten; ab Sommer gibt es Tagungs- und Gruppenräume und ab dann ist Selbstversorgung möglich. Pferde zum Reiten stehen auch zur Verfügung. Kontakt: Jagdschloß Holzberg, 8743 Bischofsheim/Rhön, Tel. 09772/1207

(7/20) Hallo, "links"-Leser: Wir machen wieder **Lesertreffen in Stuttgart, Heilbronn, Pforzheim, Karlsruhe, Raum Villingen/Schwenningen/ Spaichingen.** Wer eingeladen werden will und noch keinen Kontakt zu örtlichen SZ-Initiativen hat: Rückantwort-Umschlag an SZ, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(7/21) **Tapezier- und Malerarbeiten**, präzise und gut. Tel. 0421/73060 ab 19.00 Uhr

(7/22) Suche dufte emanzipierte Männer/Frauen kennenzulernen, um langfristig ein **Malerkollektiv** bzw. Handwerkskooperative aufzubauen. Tel. 0421/73060

(7/23) Wir sind an Austausch über den **Aufbau von Alternativprojekten** interessiert. Bieten selbst für DM 2,50 eine Info-Broschüre über unser Projekt an. Charlotte Deutsch/Heinz Klauder, Dorfstr. 5, 3412 NH-Z-Wolbrechtshausen

(7/24) Wohnungssuche – dringend, wer weiß zum 1.7. oder 1.8. 2-3 Zimmerwohnung im Umkreis von Bremen? Tel. 07121/17938

(7/25) Wir (31/26/3) suchen Anschluß an eine WG bzw. Leute mit Kindern, die Interesse haben, in **Oldenburg** oder Umgebung eine WG mit uns aufzubauen. Martin Gronemann, 4441 Quendorf Nr. 88, Tel. 05923/737

(7/26) An alle lieben WG's in Westberlin: Wir (Angela und Peter: Erzieherin und Stud. soz.päd/ kein Paar) sind immer noch auf der Suche nach einer WG, in der Zusammenleben über eine reinstudentisch-Zweck-WG hinausgeht. Ruft doch mal an: Angela 4554719 und Peter 3018310

(7/27) **Selbstbestimmte Volksschule in Nürnberg**: Programmangebote wie Theatertreff, Männer-Treff, Theoriekurs, Sprachkurs, Puppenspiele etc. Information: Verein für politische und kulturelle Bildung e.V., Dallingerstr. 16/Rückgebäude, 85 Nürnberg

(7/28) **Hamburger Gruppenpraxisprojekt** (Start 1980), Mitarbeiter bis jetzt: Krankenschwestern, Krankengymnastin, MTA, Sozialpädagoge, Psychologe, Heilpraktiker und Ärzte insgesamt 11 Leute, suchen dringend Ärztin/Arzt mit viel Erfahrung in innerer Medizin, möglichst auch Pädiatrie. Facharzt Innere wäre besonders gut. Bitte melden bei Jobst Ricke, Weideallee 20, 2 Hamburg 6

(7/29) Suche Hausarbeiten für 2. Staatsprüfung LA an berufsbildenden Schulen (Entwürfe für Unterrichtseinheiten oder Einzelunterricht), **Bereich Bautechnik** (mögl. BGJ oder 2. Ausbildungsjahr Hochbau). Kosten werden erstattet. H.J. Hansen, Budapesterstr. 25, 2 Hamburg 4

(7/30) Materialien/Arbeiten/Literaturhinweise etc. zum Thema **"Außerparlamentarische Opposition in der BRD 1949-1979** (nicht nur Studentenbewegung) gesucht. Unkosten werden erstattet. Christoph Nestor, Schillerstr. 31, 69 Heidelberg

(7/31) Über die **Vereinigungskirche (Moon-Sekte)** suche ich für eine Dokumentation Hinweise, Materialien, Fotos, nationale und internationale Kontakte auch zu Ehemaligen, eilt sehr. Schreibt mir unter Chiffre 7/31 an Sozialistisches Büro

(7/32) Suche Material zum Thema **"Humanisierung der Arbeitswelt"** für eine Ing.-Arbeit. H. Weinitschke, Hexenberg 6, 3153 Münstedt

Kanzler Strauß?

Institutionalisierung des Rechtsradikalismus

Die derzeitigen Personalquerelen in der CDU/CSU – Kohl demontiert, Strauß möchte gern, Albrecht wie Phönix aus der Asche, Biedenkopf, Dregger & Co. auf Außenseiterchancen lauernd – scheinen nun endgültig den Beginn einer durchgreifenden Veränderung der parteipolitischen "Landschaft" in der BRD einzuleiten. Was sich hier abspielt, erschöpft sich nicht mehr im Austausch politischer Charaktermasken, sondern deutet auf eine grundlegende Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse auf der Ebene der Staatsapparate und der Parteiformationen hin.

Die politische Landschaft verschiebt sich nach rechts. Mit zeitlicher Verzögerung beginnt sich das System der Parteiapparate und Koalitionen, wie es sich 1966-1969 herausgebildet hat, den Bedingungen der Krisenpolitik anzupassen. Was zunächst als Schwäche und Zerrissenheit von CDU/CSU erscheint, könnte sich als ein Prozeß der Neuformierung der reaktionären Kräfte erweisen.

Grundlage des Ganzen ist, daß das westdeutsche Parteienkartell in eigentümlicher Weise blockiert ist: wie die vergangenen Wahlen gezeigt haben, hat sich das Wählerverhalten entlang sozialstruktureller Linien derart stabilisiert, daß entscheidende Veränderungen von dorther kaum zu erwarten sind. Deshalb beharrt Strauß nicht ganz zu Unrecht darauf, daß CDU/CSU im derzeit existierenden Gefüge des Parteienkartells zur Regierungsübernahme nicht allzu große Chancen haben. Auf der anderen Seite verliert die Koalition umso mehr an Stabilität und Handlungsfähigkeit, als die Kluft zwischen der Partei und der "Partei in der Regierung" – sprich: Kanzler und Ministern – wächst. In der AKW-Frage ist dies inzwischen offensichtlich geworden.

Schmidt erscheint immer mehr als Kanzler ohne Partei. Nur mit massivem Druck auf die Parteigliederungen läßt sich noch die Regierungspolitik in Sachen Kernenergie durchsetzen – wie der Beschluß des jüngsten FDP-Parteitags zeigt. Schließlich schreitet der Prozeß der Polarisierung zwischen einem sozialkonservativen und einem reaktionären Flügel innerhalb der CDU sichtbar voran. Das Schmidtsche Konzept einer korporativistisch abgestützten "Modernisierungspolitik", d.h. die Durchsetzung eines dem Erhalt der imperialistischen Position der BRD dienenden ökonomisch-sozialen "Strukturwandels" mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratien und mit repressiver Ausgrenzung ihrer Opfer hat keine eindeutige parteipolitische Basis mehr. Dieses "Modell Deutschland" könnte mit geringen Modifikationen auch vom sozialkonservativen Flügel der CDU mit Albrecht getragen werden.

Aber nicht nur unter dem wahltaktischen Gesichtspunkt einer "klaren Alternative" zur Schmidtschen Regierungspolitik scheint eine bloße parteipolitische Erweiterung Teilen der Union wenig perspektivenreich. Mit dem Blick auf die Folgekosten (verstärkte Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, Strukturwandel mit wachsenden regionalen Disparitäten, wachsende Ausgrenzung der nicht-beschäftigten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen) und die Labilitäten – extreme Abhängigkeit von den politischen Entwicklungen auf dem Weltmarkt, Aushöhlung des staatlichen Legitimationspolsters (Indikatoren sind z.B. die Ökologie- und die Bürgerinitiativbewegung) – bei weiterhin funktionierenden parlamentarischen Absicherungsstrategien des "Modells Deutschland" steht auch seine Tragfähigkeit für die nächste Zukunft in Frage.

"Wir stehen vor einem Jahrzehnt schwerer Krisen. Energiekrise, Ostwest-Konflikt, Arbeitslosigkeit, ausufernde Bürokratie bevormundet den Bürger. Die Steuer bestraft den Fleißigen und belohnt die Faulen. In dieser Lage muß der beste Mann ran. Keiner kann sich da mit Strauß messen ... Bei allem Respekt: Schmidt schiebt die Krisen – so die Energiekrise – vor sich her. So kommen wir nicht durch die 80er Jahre." Diese Begründung Todenhöfers für den Kanzlerkandidaten Strauß (Bild-Zeitung vom 16.6.79) sollte nicht leichtfertig als Krisengerede abgetan werden. Strauß repräsentiert das Unions-Angebot für härteste Krisenzeiten, die nicht mehr im bislang etablierten Partei- und Koalitionsspektrum umgesetzt werden kann.

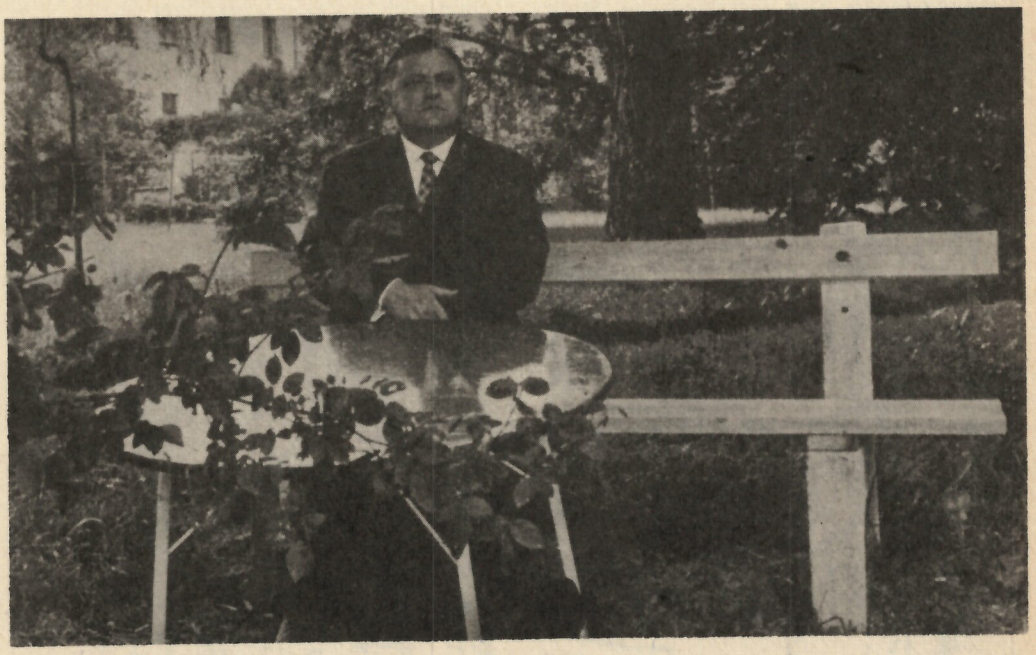
Gegenwärtig scheint jedoch das Straußsche Dilemma darin zu bestehen, daß sich die angestrebte Neuformierung der Parteienlandschaft und seine Kanzlerambitionen in gewisser Weise im Wege stehen. Will er Kanzler werden, so kann ihm an einer Spaltung von CDU/CSU nicht so ohne weiteres gelegen sein, gerade diese Spaltung aber ist Risiko oder vielleicht sogar Bedingung eines Neuarrangements der parteipolitischen Kräfteverhältnisse. Deshalb wohl auch sein Zaudern bis vor kurzem. Dem Dilemma sucht er dadurch zu entgehen, daß er einmal die Fredersdorfsche "Bürgerpartei" ins Spiel bringt, in der Hoffnung, daß diese zwar nicht ins Parlament kommt, aber die FDP unter fünf Prozent drückt und damit der Koalition die Mehrheit nimmt. Zugleich sucht er sich mit Hilfe einer gezielten Obstruktions- und Erpressungspolitik als einzig noch verbleibende Kanzleralternative von CDU/CSU aufzubauen. Der Witz liegt darin, daß sein vorrangiges Erpressungsmittel die Spaltungsdrohung ist, die er aber so ernst nicht meinen kann, will er wirklich Kanzler werden. Und das will er sicherlich.

Sonthofener Variationen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Mitte Juni) scheint es jedoch keineswegs mehr sicher, daß Strauß als gemeinsamer Kanzlerkandidat der Unionsparteien endgültig scheitert. Welche Möglichkeiten für eine Neuformierung des Parteiensystems für die 80er Bundestagswahl lassen sich absehen?

- Strauß setzt sich als Kanzlerkandidat der CDU/CSU durch. Gelingt es, mit Hilfe der "Bürgerpartei" (und Beihilfe der "Grünen") die FDP aus dem Bundestag zu jagen, so kann er Kanzler werden. Gelingt es nicht, so ist die Position von Schmidt als letzter Notanker gegen den Bayern unangreifbar, mag's in der Partei auch noch so rumoren.
- Setzt sich Albrecht (oder möglicherweise ein Kompromißkandidat) durch, so nur unter erheblichen Zugeständnissen an Strauß, dessen dominierende Position in der CDU/CSU damit noch fester zementiert wäre.
- Spaltet sich die CSU von der CDU ab bzw. bricht die CDU auseinander, so böte sich die Möglichkeit, durch eine Koalition von SPD und sozialkonservativer CDU dem "Modell Deutschland" wieder eine feste parlamentarische Basis zu schaffen, hieße der Kanzler nun Schmidt, Albrecht oder sonstwie. Eine kleine linke Abspaltung von der SPD, selbst wenn sie (oder die Grünen) ins Parlament käme, würde dabei keinesfalls stören.

Was realistischerweise einkalkuliert werden muß, ist jedenfalls eine deutliche Rechtsverschiebung des Parteienspektrums. Offen ist nur noch, ob sich die korporativistische, d.h. die Gewerkschaftsbürokratien einbeziehende



Der Brandstifter als Biedermann

Politik der "Modernisierung" und repressiven Ausgrenzung oder eine auf offenen Konfrontationskurs gegen die organisierte Arbeiterschaft gehende Linie durchsetzt (vgl. Hirsch/Roth in "links" Nr. 92). So oder so muß konstatiert werden, daß sich der etablierte Rechtsradikalismus in Gestalt von Strauß, CSU und ihrer Anhänger in der CDU als selbständige politische Formation jetzt durchsetzt. Daß seine soziale Basis noch etwas schwach erscheint, kann täuschen. Die Politik der Schmidt-Regierung hat die ökonomischen und ideologischen Voraussetzungen des allgemeinen Rechtsdrifts produziert (durch Arbeitslosigkeit, Marginalisierung, politische Repression usw.).

Die sozialliberale Regierungspolitik könnte sich dabei als Erfüllungsgehilfin der Sonthofen-Strategie von Strauß erweisen. Was Ende 1974 noch als realitätsferne apokalyptische Krisendemagogie erscheinen konnte, hat fünf Jahre später an Aktualität eher gewonnen. Strauß' Hoffnung hat sich wohl erfüllt, daß "die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst ... Die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute" (Sonthofen am 18./19. November 1974).

Dabei geht es heute keineswegs nur mehr darum, Strauß gewissermaßen als krisenpolitische Einsatzreserve der Opposition bereitzuhalten, wenn sich die düsteren Prognosen für die 80er Jahre bewahrheiten. Ebensowenig sollte Sonthofen heute für eine Wahlwerbestrategie stehen, die für eine konservative Ausbeutung der Krisenerfahrungen der letzten Jahre sorgen soll, ansonsten aber bloße Demagogie mit einigen symbolischen Zugeständnissen bleiben könnte. Die gegenwärtige Konstitutionskrise der Rechten, die ein Ende des Nebeneinanders von verschiedenen Strategien, Machtstrukturen und Mobilisierungsformen zugunsten einer eindeutigen Schwerpunktbildung und innerverbandlicher Durchorganisierung einläutet, trifft auf eine Politisierung von Teilen des Kapitals, die das Bedürfnis nach "starken" Krisenlösungen artikulieren (Stahlbereich, Atomindustrie u.a.). Dagegen steht gegenwärtig vor allem, daß die Gewerkschaftsführungen das korporativistische Konzept des "Modell Deutschland" mittragen und immer noch weitgehend auch intern durchsetzen können.

Diese Politikvariante mit den entsprechenden Parteikonstellationen dürfte zumindest für die technologisch fortgeschrittenen und auf dem Weltmarkt starken Kapitale immer noch recht akzeptabel sein. Allerdings muß man annehmen, daß es eine ganz eindeutige "Politik des Kapitals" in dieser Hinsicht wohl nicht gibt. Dies erklärt auch den verhältnismäßig großen Spielraum für personal- und organisationstaktische Winkelzüge und spiegelt sich in den diffusen Mehrheitsverhältnissen auf Bundesebene (CDU-Carstens gegen SPD-Schmidt, SPD/FDP-Bundestag gegen CDU/CSU-Bundesrat usw.). Was dem Kapital angesichts der bestehenden Konstellationen in den Staatsapparaten und im Interesse einer "rechten" Auflösung der gegenwärtigen politischen Blockierungssituation aber auf jeden Fall dient, ist eine Stärkung von Strauß und seiner Anhängerschaft, bietet er sich doch als sicherer Garant für eine offensive Eindämmung gewerkschaftlicher Interessenvertretung an. Ob Strauß als Kanzler dem Kapital derzeit nützlich ist, erscheint fraglich, aber als strategisches Spielmaterial nimmt seine Bedeutung zu und entsprechende Unterstützung kann er erwarten. Die Tragik des Kanzleraspiranten Strauß liegt wohl darin, daß der starke Mann aus Bayern, gemessen an den Kräften, die hinter dem ganzen Spiel stehen, eben auch nur eine Schachfigur ist.

Allerdings wird Strauß durchaus zu einem eigenen politischen Faktor, wenn ihm entsprechende politische Spielräume zugestanden werden, da er ohne Zweifel der am besten zur Massendemagogie befähigte Vertreter der westdeutschen Reaktion ist. Was in ihm steckt, hat Strauß jüngst bei einer Begrüßungsrede auf dem 18. Deutschen Evangelischen Kirchentag offenbart, als er unter dem Eindruck von Buh-Rufen "in unserer Reichshauptstadt" willkommen hieß (FR vom 15.6.79). Seine Wirksamkeit ist dabei keineswegs von außerparlamentarischen Massenmobilisierungen abhängig, sondern kann sich durchaus im Rahmen einer parlamentarisch etablierten Partei (wie in der bayerischen CSU) entfalten. Vorparlamentarische Hilfstruppen wie etwa Fredersdorfs "Bürger-Partei" oder vor einigen Jahren der Hessische Elternverein sind dabei durchaus willkommen. Darüber hinaus macht diese Perspektive deutlich, daß künftig neonazistische Strömungen und Gruppen an Bedeutung und Gefährlichkeit gewinnen: die eigenständige Etablierung eines institutionalisierten Rechtsradikalismus könnte sie schnell aus ihrer derzeitigen Randexistenz herausheben.

Die Zukunft des "Modell Deutschland"

Und die Linke?

Angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen der "politischen Landschaft", die einer genauen Analyse bedürfen, besteht dringender Anlaß, sich die Konsequenzen für eine linke Politik zu überlegen. Dazu sollen die folgenden stichwortartigen Überlegungen Anlaß bieten: Es ist damit zu rechnen, daß sich – bis hin zum äußersten Fall einer Machtergreifung des organisierten Rechtsradikalismus auf der Ebene der Staatsapparate – der politische Spielraum, der angesichts fortwährender Rechtsstaats-Demontage ohnehin schon eingeschränkt genug ist, noch erheblich verengen wird. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die sich abzeichnende Entwicklung noch einmal deutlich macht, in welchen Sackgassen sich parlamentarisch-institutionelle Strategien gegenwärtig bewegen müssen. Denn der "Wählerwille" spielt bei dem sich abzeichnenden "Neuarrangement" eine vergleichsweise geringe Rolle. Linke parlamentarische Initiativen wie auch Grüne und Bunte Listen geraten – selbst wenn sie prozentual erfolgreicher werden sollten – verstärkt in die Gefahr der politischen Funktionalisierung durch die sich neuformierende politische Rechte, indem sie zwar stark genug sind, sozialen Protest teilweise parlamentarisch zu bündeln, ohne jedoch die Auswirkung dieser Zusammenfassung in den Griff bekommen zu können.

Das Problem der nichtbeabsichtigten Folgen der eigenen Politik bringt auch die Bürgerinitiativbewegung in ein schwieriges Dilemma: zweifellos hat sie – vor allem in der AKW-Frage – durch ihre Existenz und Aktivität Wirkungen in den Parteiapparaten, vor allem der SPD und FDP, erzielt und insgesamt wesentlich dazu beigetragen, daß Schmidt sich der politischen Basis für seine Atompolitik vorerst nicht mehr sicher sein kann. Insofern sind die Bürgerinitiativen (und die durch sie gestützten Grünen) eine Ursache für die gegenwärtigen politischen Blockierungserscheinungen, damit aber zugleich auch Auslösungsfaktor für die sich abzeichnende Rechtsverschiebung des Parteienkartells. Das Dilemma der Bürgerinitiativbewegung liegt darin, daß

Eine Partei, die es gar nicht gibt?

Streit um die DKP in den Gewerkschaften

In letzter Zeit hat es eine sich ständig steigernde verwirrende Auseinandersetzung über die Rolle gegeben, die DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften spielen. An ihrem Anfang stand die Kontroverse über das Buch "Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" und die Diskussion über das Papier der Oberurseler Bildungsarbeiter. In diesem Beitrag versucht Horst-Dieter Zahn, verschiedene Ebenen der Debatte herauszuschälen: Konflikte um die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die Misere der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die gewerkschaftspolitischen Konsequenzen aus der Krise, aber auch die Frage des Umgangs der Linken mit der DKP.

1969 schrieb Reimut Reiche in der Frankfurter Studentenzeitung "diskus" einen Artikel: "5 Thesen und eine Schlußfolgerung zur DKP". Die Schlußfolgerung: "Die DKP ist die kläglichste kommunistische Partei, die es je gab. In Wirklichkeit gibt es sie gar nicht". Das war nicht nur salopp dahergesprochen, damit war gemeint, daß eine Partei keine gesellschaftliche Relevanz gewinnen kann, die eine blinde Orientierung auf den "realen Sozialismus" à la DDR und Sowjetunion als Bürde mit sich schleppt. Und die sich in den unauflösbaren Widersprüchen ihrer Strategie immer wieder aufreiben muß – wenn sie "zugleich drei Herren vasallentreu dienen" will (Reiche): dem "realen Sozialismus", dem DGB und den fetischisierten "antimonopolistischen Volksmassen".
Also: kläglich. Dennoch (oder gerade darum?) sitzen DKP-Mitglieder in erstaunlich vielen Gremien der Gewerkschaften und machen dort Politik, spielen DKP-Positionen oder ihnen nahestehende Stamokap-Analysen und Strategien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das ist auch denjenigen deutlicher geworden, die keine Insider sind, seitdem in der Frankfurter Rundschau, zahlreichen linken Journalen und in der Gewerkschaftspresse eine sich steigernde, aber auch verwirrende Auseinandersetzung begonnen hat.

Aus der Geschichte lernen! Aber was?

Ein im Pahl-Rugenstein-Verlag preiswert angebotenes Buch fand in den Gewerkschaften und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit schnell seine Abnehmer: Es ist die "Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung", von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer herausgegeben. Dieses Buch wurde zuerst von Manfred Scharrer aus Berlin scharf kritisiert. Die Rezension wurde an die Gewerkschaftspresse verschickt, die sich anschließende Kontroverse in offenen Briefen in der Frankfurter Rundschau und Zeitschriften der Gewerkschaften und der Linken veröffentlicht. Im Zentrum der Debatte stehen die Krisen und Wendepunkte in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem das in der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten 1914 zutagegetretene Ende des bis dahin proklamierten Pazifismus und Internationalismus, die Novemberrevolution, die Ausdifferenzierung der Arbeiterbewegung in unterschiedliche, verfeindete Richtungen und das "Versagen" gegenüber dem Faschismus. In objektivistischem Gewande enthält das Buch von Deppe und anderen im Grunde eine ganz traditionelle Organisationsgeschichte. Daten der allgemeinen ökonomischen Entwicklung und der Organisationsentwicklung werden beziehungslos aneinandergereiht und mit Wertungen und politischen Beurteilungen verbunden. Revisionismus wird dargestellt als eine Machination der Partei- und Gewerkschaftsführungen gegen eine im Grunde revolutionäre Masse. Die historische Relevanz all jener Ansätze, die mit "revolutionär" identifiziert werden, wird überschätzt, die außenpolitische Steuerung der KPD durch die Sowjetunion ab Mitte der 20er Jahre wird ebenso verschwiegen wie ihr RGO-Abenteuer verharmlost.
Zunächst war die Schärfe des Disputs noch erträglich, wenn auch die Marburger Autoren versuchten, ihre Kritiker in die Ecke von Chao-

---

sie zwar stark genug ist, diese Entwicklungen mit zu verursachen, aber möglicherweise zu schwach, um sich ihren politischen Konsequenzen mit Erfolg entgegenstellen zu können.
Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird sich auch die Auseinandersetzung um die politische Form und Stoßrichtung des sozialen Protests verschärfen. Der institutionalisierte Rechtsradikalismus wird versuchen, sich selbst als "Bewegung" zu artikulieren, um zusätzliche Legitimationsquellen für seine weitaus härtere Krisenpolitik zu erschließen. Mit den Stichworten "Steuern" und "Bürokratie" hat Todenhöfer die Stoßrichtung einer konservativen Mobilisierung von oben genannt, für die zumindest diejenigen zugänglich sein dürften, die aus der letzten Krisenphase mit einem blauen Auge davon gekommen sind, denen aber das Gefühl geblieben ist, daß sie etwas zu verlieren haben – und das sind nicht nur die alten und neuen Mittelklassen. Angesprochen werden sollen auch jene Teile der Lohnabhängigen, die es z.B. zu Haus und Garten gebracht haben. Diese Gegenmobilisierung wird weit bis in Teile der Bürgerinitiativbewegung hineinreichen und dort zu neuen Frontstellungen führen.
Die Drohung eines institutionalisierten Rechtsradikalismus dürfte auch an die Substanz der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gehen. Die Hoffnung, daß sich daraus eine politisch folgenreiche "Linkswendung" ergeben könnte, reibt sich hart an den Folgen des "Modells Deutschland". Um es durchzusetzen, wurden jene bürokratischen Strukturen verstärkt, die die Organisationspolitik gegen die Mitglieder absichern. Der Fall Patschkowski der IG Chemie und die Versuche in der Sozialdemokratie, das Antragsrecht der Parteiuntergliederungen bei Bundesparteitagen zu beschneiden, sollen nur als herausragende Beispiele dieser Tendenz genannt werden. Damit wird zugleich die Möglichkeit einer organisierten Gegenwehr untergraben. Die sich abzeichnende reaktionäre Entwicklung nötigt die westdeutsche Linke zu einer freilich längst überfälligen grundsätzlichen politischen und strategischen Neubestimmung. Das bloße Weiterwursteln oder der schnelle Griff in die parlamentarische Mottenkiste kann uns ebensowenig weiterhelfen, wie die reichlich beschrittenen Wege der inneren und äußeren Emigration. Zentrale Fragen sind wohl, wie es zu einer gemeinsamen Gegenwehr der gegenwärtigen und künftigen Opfer des "Modells Deutschland" und des institutionalisierten Rechtsradikalismus kommen kann, welche politischen Formen dafür zu entwickeln sind und welche Rolle dabei die Linke spielen kann. Die herrschende Politik gibt uns die Gewißheit, daß wir immer mehr werden – ob als Opfer, ist die entscheidende Frage.

JOACHIM HIRSCH/ROLAND ROTH

Gesinnungsfreunde Franco und Strauß

ten und "Unhistorikern" zu drängen, nachdem eine Diskussion mit ihnen nicht mehr verhindert werden konnte.
Seit der Stellungnahme Peter von Oertzens schlagen die Wellen hoch. Der hatte nämlich in einer Anlage zu seiner Stellungnahme einen "Argument"-Beitrag Abendroths (Nr. 111) analysiert, des Mentors der Autoren. In dem Abendrothschen Beitrag zu den "Dissidentenprozessen in den sozialistischen Staaten", der "Protestpropaganda der 'westlichen' Staaten" und der "westlichen Linken" entdeckte von Oertzen ein bloß taktisches Verhältnis zur sozialistischen Demokratie. Abendroth übt dort in der Tat eine nur immanente Kritik an der DDR und meint abschließend: "Wer mit solchen Kräften (der Reaktion) gemeinsam in diesen Fragen sozialistische Staaten kritisiert, treibt umgekehrt die sozialistischen Staaten ... in die Illusion hinein, sie seien so bedroht, daß derartige Dissidentenurteile notwendig seien, um ihre Macht in ihrem Herrschaftsbereich zu stabilisieren. Er gerät damit in die Gefahr, ... sich objektiv zum Instrument des Klassengegners zu machen." Auf diesen groben Klotz meinte von Oertzen einen groben Keil setzen zu müssen: "Jedenfalls sind die Auffassungen Abendroths unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung".
Die Folge dieser Ausgrenzung war berechtigter Zorn. Aber auch – und schnell dominierend – taktisches Kalkül. Nunmehr wird die Auseinandersetzung auf Abendroth zugespitzt. Im Kommentar Gremlizas in der "Konkret" beispielsweise oder in einer Unterschriftensammlung von Bernt Engelmann und Willy Bleicher für Abendroth wird ein Zerrbild gezeichnet: eine großangelegte und bösartige Kampagne gegen den aufrechten Demokraten und Antifaschisten. Der Nebel der wechselseitigen Beleidigung wird sich wohl leider noch verdichten – die zentralen Punkte des Streites sind in ihm nicht mehr zu sehen.
Die Heftigkeit dieser Kontroverse um ein Buch und um Geschichtsbetrachtung läßt sich nicht immanent erklären – auch wenn die Geschichte der Arbeiterbewegung noch so spannend ist. Es geht ganz handfest um Positionen innerhalb der Gewerkschaften, um Handlungsfreiheit und Spielraum, auch um Einfluß in Gremien – und nicht zuletzt um Personalpolitik. Am stärksten in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit – und dort ist der Streit auch am heftigsten ausgetragen worden. Selbst die Kontroverse um die "Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" nahm von daher ihren Ursprung.
Ein erster wichtiger Einschnitt war die 10. Bundesjugendkonferenz im Dezember 1977. Besonders die Beinahe-Verhinderung und dann entscheidende Abschwächung einer Solidaritätserklärung mit Rudolf Bahro durch einen Großteil der Delegierten offenbarte die Stärke der SDAJ in der Gewerkschaftsjugend. Die SDAJ und ihre Mutter, die DKP, hatten im Gefolge der Konferenz viel Prügel abbekommen. Aber letztlich wurde von manchen die SDAJ wie der Sack verprügelt – der Esel blieb verschont. Damals schon wurde abgelenkt von der grundlegenden Misere der gewerkschaftlichen Jugendarbeit überhaupt.
Mittlerweile kursierte in den Gewerkschaften ein Papier "zur Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich". Verfasser sind Mitarbeiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Darin werden wichtige Zielsetzungen DKP-orientierter Gewerkschaftsarbeit im Jugendbereich angeführt und die machtpolitischen Tricks und Taktiken erläutert. Es geht in diesem Papier auch um die Bündnispartner dieser Politik. Die sind wohl nicht DKP-orientiert, aber Nutznießer des Fleißes und der Unterwürfigkeit, mit der von dieser Seite Gremienarbeit gemacht und die Gewerkschaften von allem saubergehalten werden, was als "Chaoten"-Politik benannt wird. Als weitere Gemeinsamkeit wird in dem Papier genannt, daß "die Massen" als Objekt betrachtet werden: apathisch, mit einem unentwickelten und formbaren Bewußtsein. Die Kritik der Oberurseler ist von dem Interesse bestimmt, daß die gewerkschaftliche Jugendarbeit nicht mehr länger eine rituelle Politik der klotzigen Forderungen und "machtvollen" Kongresse ist. Daß sie abgelöst wird durch eine Politik, die aufklärt über die betrieblichen Auseinandersetzungen und dort konkrete Hilfe geben kann; die die Jugendlichen nicht als zu mobilisierende Masse betrachtet, sondern ihnen Eigenaktivität ermöglicht. Mit der zunehmenden Verbreitung des Papiers reagierten die immer nervöser, die gemeint waren. Und gemeint waren ja keineswegs nur die DKP-orientierten Jugendbildungsreferenten und Funktionäre – gemeint waren alle Hauptamtlichen, die eine solche Politik mit tragen und von ihr profitieren. Dieses (keineswegs herzige) Zweckbündnis war im Nerv getroffen. Entsprechend die Reaktion: Man sprach von der Denunzierung "fortschrittlicher Kollegen"; das Papier verhindere eine "konstruktive" und "positive" Auseinandersetzung. Gleichzeitig wurde mit allen administrativen Mitteln versucht, eine öffentliche Diskussion überhaupt zu verhindern. Denn sich "positiv" auseinandersetzen heißt in den Gewerkschaften immer noch überwiegend: gar nicht.

Krise der Jugendarbeit

Von der Mehrheit der Hauptamtlichen und der Jugendfunktionäre in den höheren Gremien ist nach wie vor nicht zu erwarten, daß sie mehr zustandebringen, als die Misere der Gewerkschaftsjugend verwaltungstechnisch zu bewältigen.
Ständige Überarbeitung der wenigen Jugendfunktionäre zum Beispiel wird nicht hinterfragt, sondern irgendwie gelindert. Die um sich greifende Skepsis bei den aktiven Jugendlichen wird durch markige Worte überspielt. Dort, wo sich Jugendliche zunehmend außerhalb der Gewerkschaften organisieren und engagieren, werden diese Zusammenhänge und Aktivitäten als subkulturell oder "chaotisch" abgetan.
Die zwei entscheidenden Fragen an die Gewerkschaftsjugend werden immer noch unterdrückt:

- Welche Interessen und Bedürfnisse können Jugendliche in die Gewerkschaften einbringen?
- In welchem Zustand sind unter diesem Gesichtspunkt Gremien und professionalisierte Bildungsarbeit?

Die Berufsbildungspolitik etwa ist eine Frage von wenigen Spezialisten, die sich auf ein kompliziertes System der beruflichen Bildung beziehen; auf dieser Ebene werden Scheinerfolge produziert, während die Unternehmer die wirkungsvolle Politik mit strategischen Konsequenzen machen. Was hat diese Berufsbildungspolitik der Gewerkschaften noch mit den Problemen der Jugendlichen zu tun, mit den Zielen der Vermenschlichung der Arbeit? Wo ist sie gegen Hierarchie gerichtet, gegen die Zerstückelung der Arbeit? Ist die katastrophal geringe Mobilisierung der Jugendlichen nicht eher darauf zurückzuführen, als auf Mängel in einer technisch begriffenen Aufklärungsarbeit?
Die lebendigen kulturellen und sozialen Bedürfnisse schließlich tauchen in der Gewerkschaftsjugend allenfalls in Form von professionell gemachten und inhaltlich streng reglementierten Shows und abgegrenzten Gruppen auf. Wer arbeitslos ist, wer sich um ein Jugendzentrum am Ort kümmert, wem die Zerstörung der Umwelt das zentrale Problem ist – wo innerhalb der Gewerkschaftsjugend kann so jemand mitmachen? Die wenigen Ansätze müssen sich eher noch gegen die gewerkschaftlichen Strukturen behaupten, als daß sie sich in ihnen entfalten könnten.

Szene aus einer Parade am 1. Mai 1937 in Moskau

Was nutzt mir die Losung „Solidarität"
Wenn jeder Verein mit ihr stiften geht
Und anderen Genossen den Hals umdreht
– da muß ich schrein

nein nein nein
ja ja ja
wir geh'n zusammen
und das wird wahr

Wolf Biermann: „Es gibt ein Leben vor dem Tod"

Die Antwort auf diese Fragen ergibt sicher keine massenhaft wirksame Strategie, mit der die Mehrheit der Arbeiterjugend erreicht werden könnte. Aber immerhin wäre die Gewerkschaftsjugend damit wieder offen für viele, die bisher zu aktiv, zu rebellisch und phantasievoll waren, als daß sie sich mit der angebotenen Gremienarbeit zufriedengegeben hätten.

Antikommunismus und linke Solidarität

Die Oberurseler haben mit ihrem Papier in ein Wespennest gestochen, indem sie das jedenfalls noch in den Gewerkschaften bei den Linken und "Fortschrittlichen" bestehende Tabu brachen: Kritik an der DKP (außer im kleinen Kreis) nützt den politischen Gegnern. Der große Krach wurde in der Tat von der bürgerlichen Presse mit Wonne aufgegriffen. Unter anderem nahm sich der Gewerkschaftsexperte der FAZ, Vetter, des Themas mit Akribie an. Vetter weitet das Thema von seinem Standpunkt her mit Recht aus. Demnach geht es nicht allein um die DKP, sondern um den Marxismus schlechthin. Um die zahlrei-

chen Hilfstruppen der DKP bei den Jusos, in der SPD, der IG Metall usw. Vetter differenziert dabei nicht mehr sonderlich zwischen unterschiedlichen Marxismen. Ihn interessiert nur, wer sich innerhalb der Gewerkschaften nicht mehr zur freien Marktwirtschaft bekennt.

Dieses nur zu bekannte Argumentationsmuster scheint also die schrillen Warnungen auch von Seiten der DKP zu untermauern: Schließt Euch nicht den Oberurselern an, die betreiben das Geschäft der Unternehmer. Letztlich sind dann alle Linken betroffen. Zunächst aber bleibt festzuhalten, daß die Absichten der Verfasser des DKP-Papiers andere waren. Daß sie Vetters Artikel nicht verhindert haben, kann man ihnen wohl ebensowenig vorwerfen, wie die Tatsache, daß sie in der FAZ nur in einem kurzen Leserbrief ihre marxistische Position klarstellen konnten.

Die Herren von der FAZ und vom Handelsblatt fanden aber in den Gewerkschaften tatsächlich willige Partner von der gleichen Denkungsart. Es sind Gewerkschafter, die einen stramm sozialpartnerschaftlichen Kurs steuern und sich eng an der Unterstützung sozialliberaler Regierungspolitik orientieren. Die Gewerkschafter malen im Stil der 50er Jahre "marxistisch-leninistische" Gespenster an die Wand. Sie wollen in der Tat die DKP schlagen und alle Linken in den Gewerkschaften treffen.

Handelt es sich also um eine Kampagne von FAZ und Handelsblatt, Chemie, Bergbau, ÖTV über rechte Gewerkschafter bis hin zu den linken "Chaoten" aus Oberursel, die mal wieder "den Rechten in die Hand spielen"? Der Antikommunismus ist nicht nur eine Herrschaftsideologie, die in der Bundesrepublik ausgeprägter und mächtiger war und noch ist als in vielen anderen kapitalistischen Staaten. Antikommunismus der Rechten und Verfolgung der Kommunisten sind gleichzeitig ein großes politisches Hindernis für die Linke gewesen, sich offen mit der DKP und ihrem Musterland des "realen Sozialismus" auseinanderzusetzen. Die DKP selbst hat aus dem Antikommunismus eine höchst wirksame Waffe geschmiedet. Wer hat nicht schon selbst persönliche Erfahrungen damit gemacht, wie von der DKP jede Kritik über den Kamm des "Antikommunismus" geschoren wurde? Schließlich hat die DKP dem wirklichen Antikommunismus der herrschenden Klassen und Parteien auch durch ihre These der Systemkonkurrenz Nahrung gegeben. So wie auf der einen Seite die greulichen Verhältnisse in der DDR als Material für Herrschaftsideologie dienten – so hat auf der anderen Seite die DKP das verblendete Bild von der "Systemkonkurrenz" entworfen. Demnach hätten die Unternehmer und regierenden Parteien vor nichts mehr Angst als vor dem prachtvollen Sozialismus, der in der DDR besteht. All ihre politischen Strategien, ja selbst Lohnzugeständnisse werden mit der Angst vorm Arbeiter- und Bauern-Paradies erklärt.

Diese sklavische Orientierung am Vorbild im Osten wird immer wieder zum Bumerang, weil sie jedem Argument gegen sozialistische Veränderungen mit einem Hinweis auf Verhältnisse in der DDR Kraft gibt.

Man muß sich klar darüber sein, daß für Linke dieses Dilemma nicht durch Schweigen gelöst werden kann. Den Antikommunismus gibt es, und er beherrscht weite Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit. Genauso gibt es eine moskautreue DKP. Es ist ein Gebot des politischen Überlebens aller Sozialisten, daß sie sich an den Rahmen der vorgegebenen "Diskussion" dieser beiden Fronten nicht halten. Wenn sie schweigen, lassen sie sich die Alternative "Antikommunismus" oder "realer Sozialismus" aufdrängen. Das eine schließt jede grundsätzliche Gesellschaftsveränderung in der Bundesrepublik gleich mit aus, das andere orientiert die Ziele und Wege solcher Veränderungen auf die despotische Herrschaft einer Parteibürokratie.

Schwäche der undogmatischen Linken

Neben dem Vorwurf des Antikommunismus dient als Abgrenzung von den Oberurselern auch das seltsam anmutende Argument, sie lenkten mit ihrer DKP-Kritik vom Hauptgegner ab – der rechten Sozialdemokratie in den Gewerkschaften. Diese Kritik verkennt wohl den Charakter der Auseinandersetzung. Es geht ja nicht um eine wissenschaftliche Beschreibung verschiedener politischer Einflüsse und Machtfaktoren, sondern um eine politische Auseinandersetzung, bei der zunächst tatsächlich DKP-Positionen oder nahestehende Richtungen die dominierende Rolle spielen.

Auf einem anderen Blatt steht, daß die Kontroverse in einem relativ kleinen, abgegrenzten Raum stattfindet und die offizielle Gewerkschaftspolitik davon nicht berührt wird. Auch wenn in der Hitze des Gefechts vielleicht die Relevanz von DKP- und Stamokap insgesamt überschätzt werden mag, ändert das noch nichts daran, daß in der Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit des DGB und einer Reihe von Einzelgewerkschaften eine Auseinandersetzung mit diesen Positionen unumgänglich ist.

Schwerer schon wiegt eine Kritik, die die strategischen Schwächen der Oberurseler Position genüßlich herausstellt. Dabei handelt es sich um Schwächen der undogmatischen Linken insgesamt: Die der DKP nahestehenden Hauptamtlichen können sich in ihrer Arbeit auf eine "Basis" stützen; die SDAJ vermag sozusagen von unten den Bezugspunkt und Vollstrecker ihrer Politik abzugeben. Die qualitativ andere Basisorientierung der undogmatischen Linken ist dagegen allzu oft auf Spekulation und Hypothese angewiesen. Sie bezieht sich stark auf theoretisch wohl einleuchtende, aber zumeist noch unpraktische Möglichkeiten einer veränderten Gewerkschaftsjugendarbeit. Zahlreiche der Jugendlichen, die hierbei Bezugspunkt sein könnten, haben der Gewerkschaftsjugend den Rücken gekehrt und sind in Jugendzentren oder der Ökologiebewegung aktiv. Eine Vermittlung aber zwischen solchen politischen Initiativen und Bewegungen mit den Gewerkschaften ist isoliert von ein paar Bildungsreferenten und allein aus den Gewerkschaften heraus nicht möglich. Diese strukturelle Schwäche wird genau getroffen, wenn der undogmatischen Linken vorgeworfen wird: Ja, was wollt Ihr denn nun eigentlich? Wie soll die "andere" Kultur- und Jugendarbeit aussehen?

Ein – allerdings kaum vermeidbares – Dilemma liegt darin, daß für die Entwicklung anderer, offenerer Formen und Inhalte der Gewerkschaftsjugend Spielräume nötig sind, die nur schwer zu schaffen sind – unter anderem wegen des hartnäckigen Widerstandes von DKP-orientierten Hauptamtlichen. Es geht also auch darum, neuen Perspektiven überhaupt eine praktische Chance zu geben. Sicher sind einige der kontroversen Fragen "abgehoben" – das heißt für die gewerkschaftliche Alltagsarbeit ohne unmittelbare Relevanz. Von daher neigen manche, die im Betrieb und vor Ort Gewerkschaftsarbeit machen, zur Einschätzung, die große öffentliche Debatte sei Schaumschlägerei. Nichts wäre jedoch schlimmer, als wenn sich diese Betriebsblindheit durchsetzte.

Die undogmatische Linke wird sicherlich auf dem Feld des öffentlichen Streits keinen entscheidenden Fortschritt erreichen – dazu ist es schon zu sehr Schlachtfeld geworden. Sie wird auch in den "entscheidenden" Gremien keine Mehrheiten erreichen können (und oft auch gar nicht wollen). Aber sie hat die politische Chance und die Fähigkeit, kleine und dennoch wichtige Handlungsfreiheiten zu wahren und zu nutzen.

HORST-DIETER ZAHN

Im vierten Jahr —

die Krise der europäischen Stahlindustrie

Die Krise der europäischen Stahlindustrie geht nun bereits ins vierte Jahr. Jährlich sinkende Produktionsergebnisse, unausgelastete Kapazitäten, ruinöser Preiswettbewerb, hohe Verluste, Kurzarbeit, Massenentlassungen, Stillegung ganzer Werke bestimmen das Bild, und Rufe nach Staatshilfe werden immer lauter. Wie immer, so wird auch diese Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden, wenn diese nicht rechtzeitig Widerstand leistet. Auch die Lösungsstrategien der Europäischen Kommission in Brüssel stellen keine Ausnahme von dieser Regel dar.

Die Stahlkrise brach 1975 völlig unvorhergesehen über die wichtigsten Stahlerzeugerländer des Westens herein. In den Vorjahren hatten die Konzerne noch kräftig expandiert, hohe Profite eingestrichen und ihre Kapazitäten zügig ausgebaut, allerdings bei gleichzeitigem schleichenden Abbau der Belegschaften. Die Gründe für diesen Einbruch sind rasch genannt: Zunächst einmal reduzierte die Weltwirtschaftskrise die Nachfrage der stahlverarbeitenden Industrie erheblich. Überkapazitäten waren die Folge. Jetzt wurde eine Entwicklung offenbar, die in Zeiten guter Konjunkturen eher verdeckt abgelaufen war, für die Misere der europäischen Stahlindustrie jedoch die eigentliche Ursache bildet.

Bis zum 2. Weltkrieg hatten die klassischen Stahlerzeugerländer des Westens (USA, EG-Staaten) den Stahlbedarf der gesamten Welt allein gedeckt. Die erste Bresche in diese Monopolstellung schlug Japan, das seit Beginn der 50er Jahre seine Rohstahlproduktion von 0 auf über 100 Mio. t jährlich steigerte. Hatte man diesen Angriff noch einigermaßen verkraften können, so wirkte sich umso schlimmer aus, daß die Ostblockländer (vor allem UdSSR, Polen und CSSR) sowie junge Industrieländer wie Brasilien, Mexiko, Iran, Südafrika, Nigeria, Taiwan und Indonesien – um nur die wichtigsten zu nennen – ihre Stahlproduktion soweit ausdehnten, daß sie aufgrund günstigerer Rohstoff-, Energie- und Lohnkosten zu ernsthaften Konkurrenten auf dem Weltstahlmarkt geworden sind und sich ein immer größeres Stück aus dem zu verteilenden Kuchen herausschneiden. So ist der Anteil der Stahlhersteller aus der EG an der Welt-Rohstahlerzeugung von 1970 bis 1978 von 27 auf rund 19 Prozent gesunken, der der USA von 20 auf 17 Prozent, der Japans von 16 auf 14 Prozent. Zugleich stieg der Anteil des Ostblocks (einschl. China) von 26 auf 34 Prozent und der der Entwicklungsländer von 8 auf 16 Prozent. Daß an dieser Lage auch eine konjunkturelle Belebung der Weltstahlnachfrage nichts Entscheidendes ändert, zeigt das Jahr 1978. Die gesteigerte Nachfrage wurde im wesentlichen durch die Ostblockstaaten und die Entwicklungsländer gedeckt. Die Rohstahlproduktion der Welt übersteigt mit 712 Mio. t 1978 zum erstenmal das Rekordergebnis von 1974 (708,8 Mio. t), jedoch blieben die westlichen Industrieländer um rund 43 Mio. t. hinter dem 1974 erreichten Ausstoß zurück. Auch neuere Prognosen des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IRI) und der Chase Manhattan Bank gehen von einem weiter sinkenden Anteil der europäischen Stahlindustrie am Weltstahlbedarf aus. Wenn man zusätzlich beachtet, daß die europäischen Stahlkonzerne bisher rund ein Fünftel ihrer Produktion in andere Regionen der Welt exportierten, zeigt sich die Misere noch deutlicher.

Die Krise der traditionellen Regionen

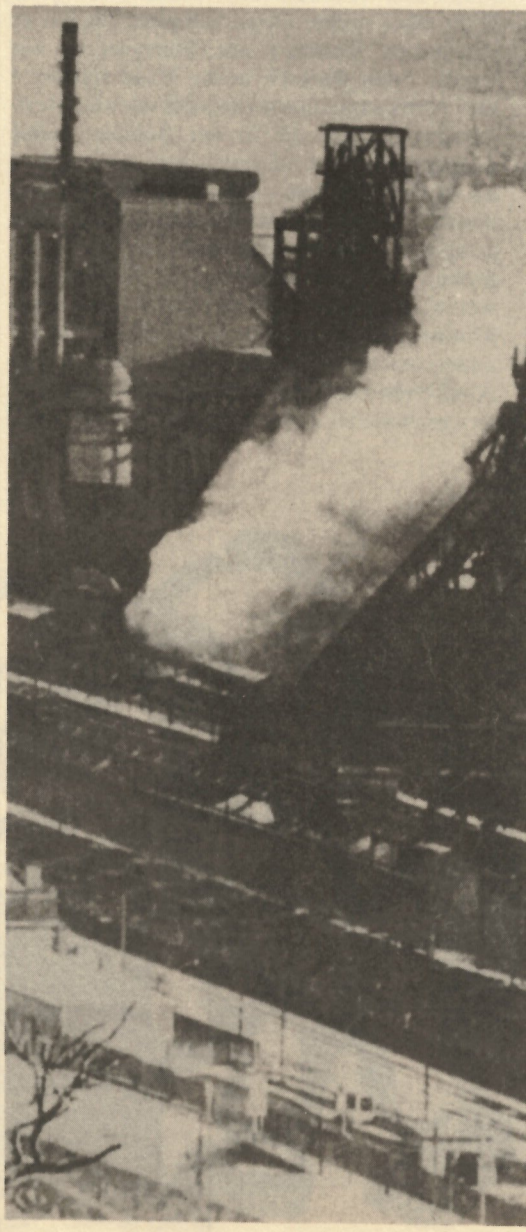
Besonders hart betroffen sind die traditionellen, rohstofforientierten Standorte Wallonien/Belgien, Luxemburg, Lothringen und Nordfrankreich, Saarland, Teile des Ruhrgebiets, Wales, Mittel- und Nordostengland. Hier wird größtenteils sogenanntes Massenstahl in teilweise zu kleinen, technisch veralteten Anlagen gekocht, den die überseeische Konkurrenz billiger anbieten kann. Jetzt rächt sich, daß in Zeiten der Hochkunjunktur die erzielten Gewinne nicht genügend zur Vergrößerung bzw. technischen Verbesserung der Anlagen oder der Hinwendung zur Fertigung von Spezialstählen oder Ausweitung der Weiterverarbeitung benutzt wurden. Vor allem Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien bieten genügend Beispiele dafür, wie man viel Geld in prestigeträchtige Großstahlwerke in Küstennähe investierte, die für die heutigen Verhältnisse um einige Nummern zu groß geraten sind und deshalb nicht weiter gebaut oder im Umfang reduziert werden mußten, während gleichzeitig die Werke in den traditionellen Regionen typische Monostruktur-Gebiete sind. D. h. die Kohle- und Stahlproduktion ist vorherrschend, andere Industrien wurden nicht genügend angesiedelt, die dort wohnenden Menschen finden kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Aus der Sicht der Stahlkonzerne gibt es nur eine sinnvolle Lösung der Krise: veraltete, personalintensive Anlagen müssen stillgelegt werden, auch wenn damit Tausende von Arbeitsplätzen verlorengehen und ganze Regionen aussterben. Die möglichst küstennahen Großstahlwerke sollen sich weitgehend auf die Herstellung höherwertiger Qualitäts- und Edelstähle spezialisieren und das Massengeschäft stark einschränken. Um die Exportmärkte zu sichern und die Kostenvorteile der Billiglohnländer wahrzunehmen, verlagert man am besten große Teile der Produktion in diese Länder. Dies alles erfordert wegen der hohen Kapitalkosten eine weitere Konzentration auf wenige leistungsstarke Einheiten bzw. Fusion mit bisherigen Konkurrenten. Diese – unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung – sicherlich "rationalste" Lösung wird allerorten – auch von den zuständigen Regierungen und der Europäischen Kommission – mit den Schlagworten Modernisierung, Rationalisierung und Spezialisierung verkauft.

Der Krisenplan

Allerdings handelt es sich auch hier um eine Strategie immer noch miteinander konkurrierender Kapitale. Deshalb die harten Auseinandersetzungen innerhalb der europäischen Stahlindustrie – Auseinandersetzungen, die direkt auf die um eine Koordination bemühten Landesregierungen und die EG-Kommission durchschlagen. Die Konzerne mit den modernsten Anlagen (vor allem die deutschen, vom Saarland abgesehen) sähen es am liebsten, wenn der Anpassungsprozeß nach rein marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten abliefe. Die weniger Starken (vor allem in Belgien, Frankreich, Großbritannien) möchten bei diesem Prozeß nicht geschluckt werden, rufen deshalb nach Marktdirigismus und streichen hohe staatliche Subventionen ein. Alle gemeinsam begrüßen sie eine Abschottung des europäischen Marktes gegenüber der überseeischen Konkurrenz.

Der Krisenplan (Davignon-Plan), den die Europäische Kommission seit 1977 zur Abstützung der "Gesundschrumpfungsstrategie"



durchgesetzt hat, stellt einen Kompromiß zwischen diesen unterschiedlichen Interessen dar: Nur kurzfristig (höchstens bis 1980) will die Kommission die Produktion und den Absatz im gesamten EG-Bereich durch Ablieferungsquoten, Mindestpreise für bestimmte Produkte sowie Importsperren absichern. Zusätzlich zahlt sie Subventionen für den Ausbau wettbewerbsfähiger Großanlagen und leistet den von Entlassung betroffenen Stahlarbeitern finanzielle Unterstützung. Inzwischen ist jedoch deutlich geworden, daß mit diesem Dirigismus die kapitalistische Konkurrenz im Stahlsektor nicht beseitigt wurde. Klagen und Vorwürfe wegen Unterschreiten der Mindestpreise, versteckter Rabatte, staatlicher Beihilfen, Unterlaufen der Absatzquoten durch Exporte über Drittländer häufen sich. In ihrem jüngsten Zustandsbericht muß die Kommission sogar feststellen, daß trotz durchgeführter Stillegungen die Rohstahlkapazität in der EG von knapp 200 Mio. t 1977 statt zurückzugehen sogar auf 210 Mio. t bis 1981 steigen wird. Und der Chef der Klöckner-Werke, Gienow, bringt die Position der führenden deutschen Konzerne auf den Punkt, wenn er klagt, daß unter dem "Regenschirm des Davignon-Plans" am Ende der Restrukturierungsphase überall hochmoderne Anlagen stünden, die Gesamtkapazitäten dann aber nicht geringer seien als jetzt und in der Konsequenz die deutsche Stahlindustrie im europäischen Vergleich dann schlechter dastehe als heute. Aus diesem Grund sind es gerade die um ihren Vorsprung fürchtenden Deutschen, die für ein baldiges Ende der Krisenregulierung eintreten und sich vehement gegen staatliche Beihilfen in den anderen Ländern aussprechen.

Bild: Rose

Bei der Bewältigung der Stahlkrise ist viel von sozialer Verantwortung für die betroffenen Stahlarbeiter die Rede. In der Praxis heißt das, daß bei dem eingeleiteten Gesundschrumpfungsprozeß 140.000 - 170.000 der rund 700.000 europäischen Stahlarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, abgesehen von dem schleichenden Freisetzungsprozeß, der bereits seit Jahren abläuft und von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Allein 1978 wurden nach Angaben der EG-Kommission 126.000 Stahlarbeiter entlassen. Wie stellen sich nun die Restrukturierung der Stahlindustrie und die damit verbundenen Massenentlassungen in den wichtigsten stahlerzeugenden Ländern der EG – BRD, Italien, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Luxemburg – dar?

Zur Lage in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik, dem führenden Stahlproduzenten Europas (rund 40 Mio. t Rohstahl pro Jahr) wurden bereits unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die modernsten Anlagen Europas aufgebaut und die Beschäftigtenzahl schrittweise (bis 1978 70.000; davon allein 29.000 von 1975 bis Ende 1977) verringert. Zur Zeit ist eine Reduzierung der Stahlkapazitäten auf 50 Mio. Jahrestonnen vorgesehen, was den Wegfall weiterer 50.000 Arbeitsplätze bedeuten würde. Erst vor diesem Hintergrund sind Härte und Dauer des Stahlstreiks vom vergangenen Winter verständlich; denn die Kollegen in den Stahlwerken haben besser als ihre Gewerkschaftsfunktionäre erkannt, daß nur durch eine drastische Arbeitszeitverkürzung ihre Arbeitsplätze gerettet werden können. Welche spektakulären Ausmaße die Gesundschrumpfung annehmen kann, haben sie bei den Kollegen im Saarland miterlebt. Während es den deutschen Stahlkonzernen an der Ruhr schon aus Konkurrenzgründen recht gewesen wäre, wenn die saarländische Stahlindustrie ganz von der Bildfläche verschwunden wäre, will der luxemburgische ARBED-Konzern mit der Übernahme der maroden Hütten in Neunkirchen, Saarbrücken-Burbach und Völklingen seinen Einfluß auf den deutschen Markt ausweiten. Allerdings erst, nachdem mittels eines von der Bundesregierung reichlich subventionierten Sanierungsplans die Konkurrenzfähigkeit wiederhergestellt ist, was bis einschließlich 1983 rund 10.000 weitere Arbeitsplätze kosten wird.

... und in anderen europäischen Ländern

In **Italien**, mit rund 23. Mio. t der zweitgrößte Stahlproduzent Europas, sind über 57% der Produktion bei Finsider, einer Tochter des Stahlkonzerns IRI konzentriert. Den Rest teilen sich im wesentlichen die zahlreichen Mini-Stahlwerke bei Brescia, die in den letzten Jahren wegen ihrer geschickten und flexiblen Export-Strategie den ausländischen Konkurrenten arg zu schaffen machten, inzwischen von der EG-Kommission aber an die Kette gelegt wurden. Italiens Stahlproduktion liegt seit Jahren weit über dem Bedarf; nur durch hohe finanzielle Spritzen des Staates kann die Finsider am Leben erhalten werden; 1978 hatte die IRI insgesamt 2,5 Mrd. DM Verluste aufzuweisen, 60% davon entfielen auf die Stahlproduktion. Entlassungen größeren Ausmaßes wurden bisher wegen des erfolgreichen Widerstandes der Gewerkschaften vermieden, allerdings sind Kurzarbeit und Entschädigung durch die staatliche Lohnausfallkasse an der Tagesordnung. Inzwischen werden die von der EG-Kommission geforderten Kapazitätseinschränkungen vorgenommen. Erster hart umstrittener Schritt war die Entscheidung, das projektierte Großkombinat in Gioia Taura/Kalabrien nicht zu bauen. Ob die ebenfalls von der EG-Kommission geforderten und vom italienischen Kapital unterstützten Entlassungen durchgeführt werden, hängt wohl entscheidend von der Entwicklung nach den Wahlen vom 3. Juni ab.

In **Frankreich**, 23 Mio. t, ist der Konzentrationsprozeß innerhalb des Stahlsektors auf Kosten der Arbeiter und der traditionellen Stahlregionen Lothringen und Nordfrankreich besonders brutal vorangetrieben worden. Praktisch kontrollieren heute zwei wiederum eng miteinander verzahnte Giganten – Usinor-Chiers-Chatillon und Sacolor-Sollac – die gesamte französische Stahlproduktion. Die Verquickung zwischen Staatsapparat und Stahlkapital ist seit Einführung der "Planification" 1946 besonders eng. Lothringen (Longwy) und Nordfrankreich (Denain bei Valenciennes) leiden heute deshalb besonders, weil in den 60er Jahren fast sämtliche Mittel in den Aufbau der Küstenwerke Fos-sur-Mer/Marseille und Dunkerque flossen. Nach dem Wahlsieg über die Gemeinsame Linke im März 1978 holten Staat und Kapital im Oktober 1978 zum großen Schlag aus: es wurde eine De-facto-Verstaatlichung mit dem Ziel einer umfassenden Umstrukturierung durchgeführt. Sollte der derzeitig erkennbare manifeste Widerstand der Arbeiter erfolglos bleiben, werden wohl vor allem in den beiden genannten Regionen 40.000 Arbeitsplätze verschwinden.

Auch die **britische** Stahlindustrie, 22 Mio. t, ist seit 1967 verstaatlicht. Der Staatskonzern British Steel wird seit Jahren mit Steuergeldern am Leben erhalten. Trotzdem war sich die gerade abgewählte Labour-Regierung im klaren darüber, daß umfangreiche Stillegungen und Entlassungen nötig seien. Starker gewerkschaftlicher und innerparteilicher Druck hielt sie jedoch von spektakulären Aktionen ab. In einem Weißbuch (1978) empfahl sie deshalb neben der Reduzierung des geplanten Investitionsprogramms einen "schleichenden" Abbau von Kapazitäten und Belegschaften, vor allem in den Regionen Nord- und Süd-Wales, Midlands (Corby), Birmingham und Nordostengland (Redcar). Eingeweihte sprechen in Großbritannien hinter vorgehaltener Hand davon, daß das "Overmanning" der britischen Stahlwerke um 20-25% (40.000-50.000 Arbeitsplätze) reduziert werden müsse. Inwieweit die neue konservative Regierung bei Aktionen dieser Art erfolgreich ist, muß abgewartet werden.

Den Weg der Staatsbeteiligung hat inzwischen auch der Fusionsprozeß in **Belgien** genommen. Während das nordbelgische Werk Sidmar/Gent – es gehört der luxemburgischen ARBED – bisher gut über die Runden kommt, spitzte sich die Lage dramatisch im Revier um Lüttich und Charleroi zu. Seit 1974 gingen

bereits 10.000 von insgesamt 55.000 Arbeitsplätzen in Wallonien verloren; weitere 9.000 sollen in den nächsten 5 Jahren wegfallen. Da die belgische Stahlindustrie 4/5 ihrer Produktion exportiert und mit Sidmar ein gesunder Produzent existiert, muß die Sanierung vor allem bei den südbelgischen Stahlwerken ansetzen. Die durch die Staatsbeteiligung angepeilte Neuordnung sieht in Südbelgien drei Stahlzentren vor: Cockerill S.A., Lüttich, das Dreieck von Charleroi und kleine Werke bei Brüssel. Dabei besteht zwischen Charleroi und der ARBED zusätzlich eine enge, an Fusion grenzende Kooperation. Eine zentrale Planungskommission für Investitionen soll unter Mitarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen die Gesundschrumpfung in fünf Jahren durchgeführt haben.

Die **Luxemburger** ARBED ist der größte Arbeitgeber des Landes. Durch Fusionen in Belgien und im Saarland wurde sie viertgrößter europäischer und zehntgrößter Stahlproduzent der Welt. Seit 1975 reduzierte sie die Beschäftigung bereits um ein Fünftel. Zur Zeit befindet sie sich in einem auf fünf Jahre angelegten Umstrukturierungsprozeß, der mit Staat und Gewerkschaften ausgehandelt wurde und großzügig mit staatlichen Subventionen beschenkt wird. Da auch hier Stillegungen und ein weiterer Belegschaftsabbau um 30% vorgesehen ist, sind es wieder die Arbeiter, die die Zeche bezahlen müssen, auch wenn die ARBED das unverbindliche Versprechen machte, 7.500 Arbeitsplätze neu zu schaffen.

Hilflose Gewerkschaften

Auch wenn der hier kurz zusammengefaßte Gesundschrumpfungsprozeß je nach nationalen Gegebenheiten unterschiedlich abläuft, das Ergebnis: Massenarbeitslosigkeit in den Stahlregionen wird überall dasselbe sein. Weil die absehbaren sozialen Konflikte auch den EG-Technokraten nicht so recht geheuer sind, überlegen sie derzeit angestrengt, ob nicht neben Mitteln für Sozialpläne auch Arbeitszeitverkürzungen oder Arbeitsumverteilungen in der gesamten europäischen Stahlindustrie die Konflikte dämpfen könnten. Die Reaktionen der einzelnen Regierungen auf diese Planspiele sind jedoch eher zurückhaltend. Und die deutschen Stahlkapitalisten, die gerade erst im eigenen Land die Arbeitszeitverkürzung für Jahre abwehrten, haben bereits den heftigsten Widerstand angekündigt.

Was bei derartigen Überlegungen im einzelnen auch herauskommen mag, die betroffenen Gewerkschaften stehen der Entwicklung im großen und ganzen hilflos gegenüber. Ohne hier auf einzelne Strategien eingehen zu können, drängt sich doch insgesamt der Eindruck auf, daß man eher bestrebt ist, für die betroffenen Stahlarbeiter ansehnliche finanzielle Abfindungen oder Frühverrentungen herauszuschlagen, als eine **gemeinsame** Widerstandsfront gegen den ablaufenden Rationalisierungsplan aufzubauen. Der kürzlich in München zu Ende gegangene Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes hat diesen Eindruck leider nur bestätigt.

JOSEF ESSER

siehe dazu von selben Autor Leviathan 1/79

★

Ein Jahr danach

Frankreich nach der Linksunion

2. Teil

Der Beitrag ist die Fortsetzung des Berichts, den wir in der vorigen Nummer begonnen haben. Im Mittelpunkt dieses letzten Teils steht die Schilderung der Stahlkrise in Frankreich, auf die wir auch an anderer Stelle des Hefts ausführlich eingehen.

Eine gewerkschaftliche Logik nach italienischem Muster

Im 9. Pariser Bezirk, ganz in der Nähe von Gare du Nord und Gare de l'Est, befindet sich sehr unscheinbar, entlang eines kleinen Platzes, der Hauptsitz der zweitgrößten französischen Gewerkschaft CFDT. Edmond Maire, ihr Generalsekretär, ist dort zu Hause. Letztes Jahr im Dezember schlug ihm die französische Tageszeitung "Libération" vor, doch mal darüber zu sprechen, wie er sozusagen "prospektiv" die gewerkschaftliche Zukunft sieht. Eine Unterhaltung, Überlegungen und Gedanken zur industriellen Wirklichkeit und zum "politischen Projekt" des französischen Syndikalismus, ein Hineinblick, einmal weg von der gewerkschaftlichen Taktik, in eine Zukunft, deren soziale Gegenwart so brennend ist.

"... Ich möchte nicht einfach so ohne weiteres sagen, daß sich große Brüche, soziale Erdbeben, gewaltige Umwälzungen ankündigen, aber ich bin sicher, daß die Krise dieser Gesellschaft eine strukturelle Krise ist, und daß wir daraus nur mit tiefgehenden Veränderungen herauskommen werden. In vielerlei Hinsicht meine ich das.

Diese Krise geht insgesamt mit einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung einher. Aber zwei Dinge wirken ganz entschieden darauf ein: Der Widerstand der unterentwickelten Länder gegen die augenblicklich vorherrschenden Formen der Ausbeutung und Beherrschung. Natürlich versuchen die Unternehmer, diese Widerstände zu überwinden, aber so tiefgehend die begonnenen Umstrukturierungen auch sein mögen, der Widerstand geht weiter. Nichts deutet darauf hin, daß er schwächer wird, selbst wenn auch zeitweise eine Abschwächung der Auseinandersetzung eintreten sollte. Die Unruhe und die Spannung steigen, und die Verwirklichung einer "gemeinsamen Allianz", angesichts der Krise, scheint nicht mehr wahrscheinlich zu sein. Im Gegenteil, die Zunahme der Gegensätze zeichnet sich ganz deutlich ab. Die gewerkschaftliche Entwicklung in Europa gibt da einige Hinweise darauf. Selbst in einem Land wie der Bundesrepublik ist das bemerkbar.

In Europa reift eine Zukunft heran, die sich von dem, was wir bis jetzt gekannt haben, sehr unterscheidet. Ich glaube, daß die Annäherung der gewerkschaftlichen Kämpfe in Europa zu tiefgehenden Veränderungen führen könnte.

Vielleicht versteht man jetzt besser, daß aus dieser Sicht der Zukunft unsere Suche nach einer wirklichen Alternative, die getragen wird von einer sozialen Mobilisierung, die unmittelbar von den Forderungen ausgeht, nicht zu einer gewerkschaftlichen Mäßigung führen wird ... Es gibt zwei große Richtungen in der augenblicklichen wirtschaftlichen Entwicklung. Sie sind unmittelbar miteinander verbunden. Auf der einen Seite sehen wir einer neuen internationalen Arbeitsteilung entgegen, die für jedes Land eine neue Spezialisierung zum Ergebnis haben wird ... und auf der anderen Seite, auf der mikrosozialen Ebene, sehen wir uns einer Reorganisation der Arbeitsinhalte gegenüber, die den sozialen Status quo erheblich in Frage stellt.

Ein Aspekt dieses sozialen Phänomens findet sich in einer Entwicklung wieder, die noch keineswegs aufgehört hat, eine Entwicklung hin zu dem, was man "periphere" Arbeiter nennen könnte, d.h. Arbeiter, die einen sehr unsicheren Status haben in bezug auf diejenigen, die sich im 'Zentrum' befinden und zum Beispiel in den großen Verwaltungen, in den großen Unternehmen der florierenden Sektoren arbeiten und dort sich in einer relativ abgesicherten sozialen Situation befinden. Das alles stellt nun nicht nur 'gewerkschaftliche' Probleme, denn durch solche Entwicklungen ist durchaus die Gefahr einer allgemeinen Destabilisierung der Gesellschaft

gegeben."
"... Gewiß, die Dinge sind nicht sehr einfach. Der Syndikalismus bekommt natürlich seine Stärke von den Beschäftigten der großen Unternehmen, und die Idee war immer, daß die gewerkschaftliche Dynamik in den großen Betrieben den Rest dann schon nachziehen wird. Heute ist positiv zu vermerken, daß unsere Gewerkschaften mehr und mehr Gewicht darauf legen, daß die Probleme der kleineren Betriebe mit in die Arbeit einbezogen werden. Ich glaube, das ist ein guter Weg ..." (9)
Die Veränderungen, die sich in der Zusammenarbeit der bisherigen gewerkschaftlichen Basis vollziehen, bleiben auf Dauer nicht ohne Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik selbst. Edmond Maire läßt in seinem Gespräch die nötige soziale Sensibilität spüren, die erforderlich ist, um die Inhalte der gewerkschaftlichen Bewegung zu "berichtigen" und an den richtigen Platz im veränderten gesellschaftlichen Gefüge zu stellen. Es gibt aber auch Kräfte, die hinausstreben, die vielleicht in Zukunft, trotz einer gewerkschaftlichen Breite, Offenheit und Flexibilität nicht mehr zu erfassen sind.

Deutlicher wahrscheinlich als in der Bundesrepublik ist hier in Frankreich diese Aufspaltung, dieses gefährliche Auseinanderklaffen der Lohnabhängigen in zwei Teile zu sehen. Vielschichtig ist dieser Prozeß, der da im Gange ist.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter ansteigen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist sicher höher als östlich des Rheins. Die Sprengkraft, die darin liegen könnte, deutet sich erst noch sehr vorsichtig an. Da und dort treten "autonome Gruppen" mit Aktionen an die Öffentlichkeit, deren Radikalität Ergebnis ihrer verzweifelten Lage ist. Die Gesellschaft gibt ihnen keine Zukunft mehr.

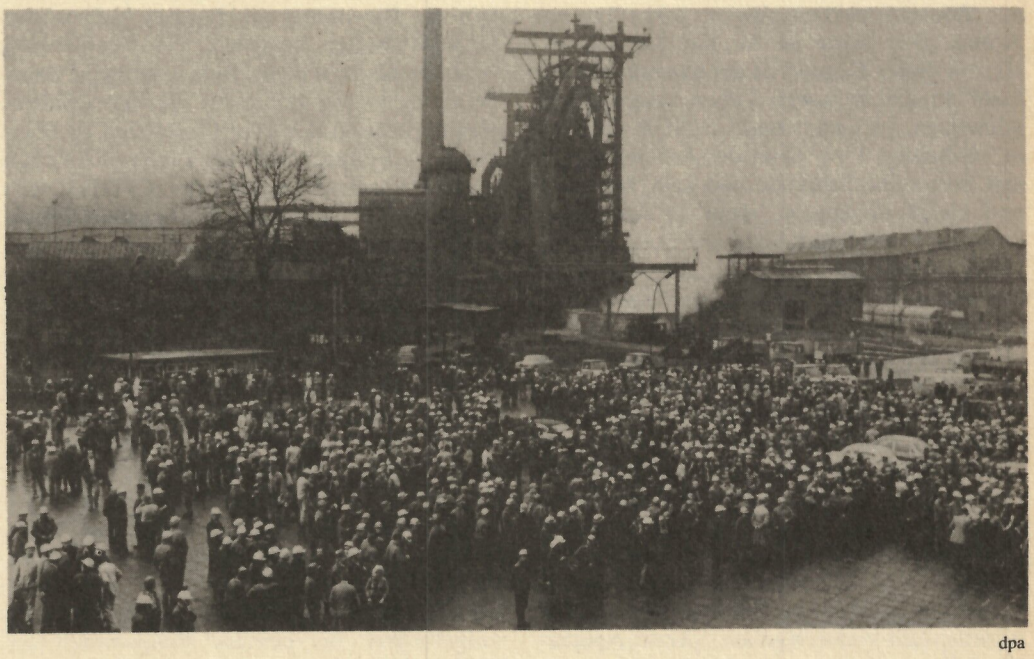
Den "unsicheren" Status vieler Lohnarbeiter erneuern von Tag zu Tag die vielen Zeitarbeitsunternehmen. Eine Erscheinung der Krise, die Konjunktur hat. In einigen Pariser Bezirken gibt es davon mehr als Bäckereien und Fleischereien zusammengenommen. Und in manchen Betrieben macht der Prozentsatz der "intérimaires" bereits ein Drittel der Belegschaft aus. Oft findet man auf einen fest angestellten Beschäftigten drei "ausgeliehene" Arbeiter. Das bringt Spannungen. Die sozialen innerbetrieblichen Beziehungen beginnen sich aufzulösen. Mißtrauen und Gleichgültigkeit sind die Folge. Zu den vorhandenen Abstufungen im Betrieb kommt nun noch eine neue "Arbeiterkaste" hinzu. Am Freitag schraubte noch ein Kollege an der Werkbank nebenan. Am Montag ist der Arbeitsplatz leer. Keine Worte. Kein Gespräch. Kein Aufwiedersehen. Begründungen gibt es nicht. Einige Wochen später, wenn's nötig ist, steht ein anderer da.
Und die, die im "Zentrum" stehen, beginnen sich zu entsolidarisieren. Sie werden vorsichtiger und wollen ihren Status nicht gefährden. Der Renault-Streik im letzten Jahr kann durchaus auch unter solchen Gesichtspunkten gesehen werden.

Aber es kann auch anders kommen. Wenn Härte und Zynismus der spätindustriellen Gesellschaft keinen anderen Weg mehr lassen, als langsam, Tag für Tag immer mehr, gemeinsam zu sprechen und zu handeln. Auch wenn es sehr schwierig ist, ja manchmal auch schon zum Verzweifeln.

Eine Region soll sterben

Westlich der Autobahn Metz-Luxemburg liegt, eingebettet in ein Tal, die Stadt Longwy. Man nennt sie auch Stadt der drei Grenzen, denn nach Belgien, Luxemburg und Deutschland ist es nur ein Katzensprung. Lothringen, der Norden und Osten Frankreichs, ist das, was in Deutschland das Ruhrgebiet ist. Seit den Anfängen der Industrialisierung bewegt sich diese Region im Rhythmus von Hüttenindustrie und Kohlebergbau.

In Frankreich dagegen bewegte sich bis jetzt nur sehr wenig. Die Beschäftigtenzahl in der Stahlindustrie verminderte sich kaum. Die Umstrukturierung kam nur langsam in Gang oder bereitete unvorhergesehene Schwierigkeiten. In Fos-sur-mer, nahe bei Marseille, stampfte man zwar ein neues Industriezentrum aus dem Boden. Aber die große Veränderung soll jetzt vollzogen werden. Westdeutsche Konzerne schaffen Druck. Krupp und Thyssen, die Großen des westdeutschen Stahls, diktieren den Schritt.



dpa

Der Winter ist kalt. Nach Schnee und Eis ziehen Regen und Nebel ins Tal. Schon von weitem sieht man die Hochöfen und Schornsteine der beiden Eisenhütten USINOR und La Chiers.
Am Eingang der Stadt türmt sich ein riesiger Schutthügel. Mehrere Millionen Arbeitsstunden und die Anstrengungen von drei Arbeitergenerationen stecken darin. Auf seiner Spitze, in mehr als 100 Meter Höhe, leuchten seit einigen Monaten Tag und Nacht drei große Buchstaben S.O.S. "S.O.S.-Emploi" (10), errichtet von Mitgliedern der CFDT, ist zum neuen Wahrzeichen dieser Stadt geworden. Die Mahnung ist bedrohlich. Die Situation ist ernst.
Das Stahlwerk von La Chiers wird im Juni zugemacht. USINOR wird 4.000 Leute entlassen. Von den 20.000 Einwohnern dieses Ortes waren bisher schon 3.000 arbeitslos. Bald wird die Hälfte ohne Beschäftigung sein. Tot. Abgeschrieben. Fast schon verzweifelt, beginnt sich die Bevölkerung zu wehren.

Wenn der Stahl umzieht

Die Stahlindustrie befindet sich nicht nur in Frankreich in der Krise. Billige Stahllieferungen aus Japan und Ländern der dritten Welt (Brasilien, Indien, Mexiko), neue Technologien, die Modernisierung alter Anlagen und Rationalisierungsmaßnahmen haben das Gefüge der europäischen Stahlindustrie gründlich durcheinandergebracht.
In Deutschland wurden im Zeitraum von 15 Jahren 80.000 Beschäftigte entlassen. British Steel senkte in acht Jahren seine Beschäftigtenzahl von 260.000 auf 195.000. Luxemburg und Belgien bildeten einen gemeinsamen Trust.

Durch Subventionen und Staatsinterventionen wurde bisher versucht, das Unvermeidliche hinauszuzögern. Jetzt hilft nur noch eine massive und bedrohliche Entlassungswelle. 20.000 Arbeiter und Angestellte der Stahlindustrie werden nach den nun bekannten Plänen bis zum Jahre 1981 endgültig arbeitslos sein. Das, was in England und der Bundesrepublik über einen langen Zeitraum vollzogen wurde, will Frankreich also in zwei Jahren nachholen.

Der Davignon-Plan

In einem Hochhaus in Brüssel sitzt Herr Davignon. Er ist Europakommissar und beschäftigt sich mit der Neuordnung der Stahlindustrie.
Nach einem Antikrisenplan hat er die jährliche Stahlproduktion für jedes Land der europäischen Gemeinschaft festgelegt. Und für Frankreich sieht er eine Konzentration der Produktion vor. Fas-sur-mer im Süden. Dünkirchen im Nordwesten und Neuves-Maisons im Nordosten. Mit der Konzentration ist auch eine Arbeitsteilung in Europa verbunden; Blechproduktion in Frankreich. Röhren und Qualitätsprodukte in Deutschland, zusammen mit Belgien, Luxemburg und Holland. Stahlträger und Schienen in Italien. Longwy, das heute so im Mittelpunkt steht, liegt verkehrsmäßig ungünstig. Es hat keine Verbindung zum Meer. Schienen- und Straßensysteme sind ungenügend. Im Süden, dem neuen Zentrum Fos-sur-mer, ist die Verbindung zu den mauretanischen Erzlagern nicht weit. Neuves-Maisons im Nordosten ist über die Mosel an Rhein und Ruhr angeschlossen. Das sind wichtige Transportwege für das Erz aus Nordeuropa. Und in dieser Gegend Frankreichs sind die Gewerkschaften weniger stark

als im Norden. Longwy hat eine kommunistische Gemeindeverwaltung. Der Südosten dagegen ist in der Hand der Regierungspartei UDF.

Ras-le-bol, die Schnauze voll

"Mein Vater", erzählt Jean-Jacques, "ist Walzwerker bei La Chiers. Seit 35 Jahren hat er kein einziges Mal gefehlt. Er glaubte, daß ohne ihn die Fabrik stillstehen würde." Und Patrick fügt hinzu: "Auch mein Vater arbeitet seit 35 Jahren auf der Hütte. Selbst mit seiner Rückenkrankheit ging er jeden Tag zur Arbeit. Die Hütte ist für ihn das Leben." Hier in dieser Gegend ist der Mensch und der Stahl zu einem harten Leben zusammengeschmolzen. La Chiers und USINOR sind "ihre" Fabriken. Und wenn die Arbeiter sagen, daß hier keine Schraube und kein Werkzeug und nichts wegkommt, dann ist das so, als wenn sie von ihrem Körper sprechen.
"Hier in La Chiers wird es vielleicht wie bei LIP kommen. Selbst wenn es nur zum Ruhme sein wird. Für acht Stunden, für ein Monat. Sie werden auch noch nach der Schließung weiter arbeiten", meint Jean-Jacques.
Der Wille durchzuhalten, sich zu wehren, nicht zuzulassen, daß ihr Lebens- und Arbeitsraum zerstört wird, abgebaut und vollkommen verändert wird, ist groß. Ladenbesitzer, Kleinhändler und Bistrowirte haben im Stil einer Todesanzeige folgenden Text in ihre Fenster gehängt: "Mit Schmerzen kündigen wir das Verschwinden des Handels an, wenn 12.000 Arbeitsplätze verloren gehen." Ärzte, Apotheker, Bürgermeister, Abgeordnete, Pfarrer und Lehrer erheben ihre Stimmen, erklären sich solidarisch und beteiligen sich an den Aktionen der Stahlarbeiter und ihrer Familien. Nach den Aktionstagen "tote Stadt" haben Schulkinder und Gymnasiasten demonstriert. Die Weihnachtsmessen standen ganz im Zeichen der sozialen Bewegung und Proteste. Straßenblockaden, Besetzungen von Direktorenetagen, Besetzung von Bahnhöfen und Blockade der Gleisanlagen, Sperrung der naheliegenden Grenzstationen nach Luxemburg und Belgien, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden, Solidaritätsstreiks und Operationen nach dem Motto "coup de poing" folgen in einem ständig wechselnden Rhythmus.
Am 16. Februar rief die "Intersyndicale" (11) zum nationalen Streik in der Stahlindustrie auf. Mehr als 100.000 beteiligten sich an diesem nationalen Aktionstag, der zu einer massiven Protestaktion wurde. Die Regionen von Longwy und Valenciennes waren an diesem Tag vollkommen paralysiert. Die Kleinhändler schlossen ihre Läden. Die Eingänge der großen Supermärkte wurden mit LKW's verstellt. Die Schulkinder blieben zu Hause. Sämtlich Zufahrtsstraßen in das Tal von Longwy wurden blockiert. Gearbeitet wurde nirgendwo mehr. Die anliegenden Grenzstationen wurden besetzt. Und aus der Fabrik von La Chiers schafften die Arbeiter in der Nacht einen riesigen Stahlkonverter auf den Marktplatz von Longwy. Am Morgen war er ein weiteres Symbol des Widerstands.
"Auf eine neue Art der Repression muß eine neue Strategie folgen", meint ein junges Gewerkschaftsmitglied. "Die Unternehmer zwingen uns die Gewalt von Entlassungen auf und schicken die Polizei hierher. Wir reagieren darauf mit einer pazifistischen Offensive, die aber genauso wirksam ist, wie die "sit-in"-Strategie von Ghandi. Die zukünftigen europäischen Arbeitslosen wissen im Augenblick, daß sie es können, daß sie es wollen, nämlich eine ganze Region lahmlegen." Und im jugendlichen Überschwange fügt ein anderer Gewerkschafter hinzu: "Wir haben eine neue Form der Stadtguerilla entdeckt".

Die offene Revolte

Es ist Samstagfrüh, drei Uhr morgens. Fabriksirenen, Autohupen und Kirchenglocken haben die Bewohner von Longwy aufgeweckt. Gewerkschafter beginnen, die Bevölkerung zusammenzutrommeln. Denn eine halbe Stunde zuvor ist die Polizei in die Fernsehübertragungsstation der TDF (Télévision de France) eingedrungen. Seit zwei Tagen wird sie von etwa hundert Mitgliedern der CFDT besetzt gehalten. Die Übertragung des regulären Fernsehprogramms wurde abgeschaltet. Stattdessen haben die Gewerkschafter begonnen, ihre eigenen Informationen in die drei Fernsehkanäle einzublenden.
Von dem einzigen Techniker, der diese Übertragungsstation bedient, lassen sie sich die Handhabung der Apparate erklären. Mit einfachen Tricks schaffen sie es, Lichtbilder auf etwa 60.000 Fernsehschirme zu projezieren. Zuerst sieht man die Fabriken, die geschlossen werden sollen oder Entlassungen angekündigt haben. Dann sieht man Schriftzüge, die die Gründe für den Zorn der Stahlarbeiter erklären und schließlich wird die Bevölkerung aufgefordert, die besetzte Relaisstation der TDF zu besuchen.
Der Andrang wird groß. Ganze Familien mit Frauen und Kindern drängen sich um die besetzte Station. Nur zur Übertragung von "Holocaust" werden die Kanäle freigegeben. Bis zur Räumung durch die Polizei an diesem frühen Samstagmorgen war "Télé-SOS-Emploi" der CFDT ein voller Erfolg.
Nach und nach versammelt sich die Bevölkerung auf dem Platz Laclerc von Longwy-Bas. Mehrere hundert entscheiden sich, zur Relaisstation hinaufzugehen. Oben angekommen, stellen sie fest, daß niemand mehr da ist. Die Polizei hat sich schon zurückgezogen und das Informationsmaterial der Besetzer mitgenommen. Währenddessen wächst die Menge unten in Longwy weiter an. Die Arbeiter holen aus den Fabriken Eisenstangen, Schrauben, Gabelstabler und Transportkarren. Gegen sieben Uhr explodieren die ersten Tränengasgranaten. Die Arbeiter, inzwischen mehr als tausend, wollen mit dem Gabelstabler die Tür zum Polizeikommissariat eindrücken. Molotow-Cocktails fliegen als Antwort auf die Tränengasgranaten, und neben dem Polizeirevier schüttet ein Lastwagen 15 Tonnen ungelöschten Kalk auf die Straße. Die Auseinandersetzung zwischen den wütenden Arbeitern und den im Revier eingeschlossenen Gendarmen beginnt.
Weiter unten dringen Arbeitergruppen in die Räume des örtlichen Unternehmerverbands ein. In einigen Minuten sind die Büroräume völlig zerstört. Schreibtische, Stühle, Büromaterial, Papiere und Unterlagen fliegen auf die Straße. Dort wird alles angezündet. Inzwischen kämpfen etwa fünftausend an der Seite der Stahlarbeiter. Bis spät in den Nachmittag halten die Auseinandersetzungen an. Um 18 Uhr kehrt Ruhe in Longwy ein. Einige Gruppen ziehen noch durch die Stadt. Die Geschäfte haben an diesem Samstag erst gar nicht geöffnet. Die Stadt war tot. Nur die gewalttätigen Auseinandersetzungen erhitzten die Gemüter. Zwölf lange Stunden.

Ein Tag danach

"Der Kampf in Longwy ist nun auf seinem Höhepunkt angelangt". So sieht Robert Giovanardi, örtlicher Sekretär der CFDT, die heftigen Auseinandersetzungen vom Samstag. Und André, ein junger Gewerkschafter, fügt noch hinzu: "Man kann schon sagen, daß die ganze Stadt auf unserer Seite war. Jedermann unterstützte uns."
Der Zorn und der Unwille beginnt sich tiefer festzusetzen. Die Bereitschaft zur direkten Aktion steigt. Und in einem Gespräch äußert ein Verantwortlicher der sozialistischen Partei: "Unbewußt wünschen sehr viele, einfach weiterzugehen als bisher. Man merkt, daß die großen Demonstrationen und Versammlungen zwar nötig sind, aber es ändert sich nichts danach."
Die Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmensleitungen von USINOR und SACILOR sind bisher ohne Ergebnisse verlaufen. Es zögert sich alles hin. Der Druck scheint nicht auszureichen. Ein Delegierter der CFDT macht sich Gedanken darüber: "Die Leute sagen jetzt: 'Wenn es irgendwelche Zwischenfälle gibt, dann liegt das an der Regierung, die das provoziert'. Diese Haltung ist hier vollkommen neu. Das beunruhigt vor allem auch die kommunistische Partei und die CGT, die hier in dieser Stadt und dieser Region eine Vormachtstellung haben. Das Risiko der Unkontrollierbarkeit wird größer. Und die CGT ist schnell bereit, die gewaltsamen Zwischenfälle auf 'unkontrollierbare Elemente' zu schieben. Das geht aber ganz und gar heute an der Wirklichkeit vorbei. Und der Angriff auf das Polizeirevier hat schon deutlich gemacht, daß die Kommunistische Partei in Schwierigkeiten kommt, ihre Rolle als kontrollierende Instanz der sozialen Bewegung aufrecht zu erhalten. Die CFDT hängt irgendwo dazwischen. Mitglieder der CFDT haben sich z.B. gegen die Einschließungen und Einsperrungen ausgesprochen, aber in den Auseinandersetzungen mit der Polizei standen sie mit in vorderster Reihe. Es beginnt sich eine schwierige Phase herauszubilden. Es werden Gruppen von Stahlarbeitern sichtbar, die sich unabhängiger bewegen wollen. Sie brechen keineswegs mit den Gewerkschaften. Aber zusammen mit Christen, Arbeiterpriestern, Unzufriedenen aus der sozialistischen Partei und Gewerkschaftern der CFDT haben sie ein "Kollektiv" gegründet. Sie organisieren Versammlungen, reichen Petitionen ein, machen Flugblätter und Plakate, organisieren Diskussionen und Zusammenkünfte in der ganzen Region."
Gérard Richon, Mitglied der CFDT und Geographielehrer in Valenciennes, sieht die Zielrichtung dieses "Kollektivs" so: "... man muß über eine industrielle Lösung im gesamten verhandeln. Wir wollen eigentlich zeigen, daß die Bevölkerung, Gewerkschafter, Lehrer, Wissenschaftler und alle, die Ideen haben, fähig sind, zu gemeinsamen Überlegungen zu kommen, daß sie Vorschläge ausarbeiten können, die sie der Regierung und der Verwaltung von USINOR vorlegen wollen. Darüber muß dann verhandelt werden ... Das ist das erste Mal, daß eine ganze Bevölkerung sich

durch ein gemeinsames Schicksal betroffen fühlt. Man muß wirklich andere Dinge herausfinden, als die sterile und verschlüsselte Sprache der politischen Parteien und der Gewerkschaften. Man will hier eigentlich weniger den Sieg einer Struktur oder eines Apparats ..." Die Arbeit dieses "Kollektivs" beginnt erst. Und sicher ist das keine "Mehrheit", die in dieser Richtung denkt. Es ist eine Gruppe unter den Aktiven dieser Bewegung. Es ist eine Tendenz, die der Haltung und Meinung der Bevölkerung nicht fremd ist.

Den Ereignissen eine besser und direkter entsprechende Form der Verständigung und des Handelns gegenüberzustellen, ist der Wunsch von nicht wenigen. Er kommt aus einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der "offiziellen Linken". Diese Entwicklung im Innern dieser Bewegung, im Innern der Arbeiterklasse des Nordens, ist eben auch als Kritik an der Kommunistischen Partei und der CGT zu verstehen.

Es ist kein Zufall, daß diese beiden Organisationen hier in dieser Region das politische und kulturelle Leben stark beeinflussen. Ihre Tradition ist nach wie vor ungebrochen. Eine alte Arbeiterklasse hat hier Geschichte gemacht. Und ihre Klassenkämpfe haben eine politische Kultur hervorgebracht, die in der kommunistischen Partei und der CGT ihre organisatorische Stärke gefunden hat.

Aber die Zeit ist nicht stehengeblieben. Soziale und strukturelle Veränderungen sind auch an der Arbeiterschaft in Lothringen nicht spurlos vorübergegangen. Neue Entwicklungen deuten sich an, an denen die "gesetzte Aristokratie" in der kommunistischen Partei nur schwer vorbeikommen wird.

Radio "SOS-Emploi"

"Meine guten Arbeiter. Wir sind ein altes Ehepaar und mein Mann ist krank. Aber wir nehmen von ganzem Herzen an dem teil, was ihr macht, um unsere Gegend und die Arbeit hier zu erhalten. Ich bin 73 Jahre alt, und das ist das erste Mal, daß ich so etwas Schwerwiegendes erlebe. Wir hoffen, daß ihr Erfolg habt ... Rettet unsere Fabriken." Unterschrift: "Ein altes Ehepaar."

"Armelle schaut in den Raum. Dann drückt er einen Knopf. Eine rote Lampe leuchtet auf. Es ist das Zeichen dafür, daß die Sendung beginnt. Ein junges blondes Mädchen beginnt, den Brief in ein im Raum hängendes Mikrofon zu sprechen. Es ist der Beginn der 33. Sendung von "Radio SOS-Emploi".

In der Nähe von Longwy reiben sich zwei Mitglieder der CFDT die Hände und vertreten sich die Füße, um der Kälte etwas Wärme abzutrotzen. Sie haben einen kleinen Sender aufgebaut. Daneben steht eine Autobatterie und ein Tonbandgerät. Zum gleichen Zeitpunkt macht eine andere Gruppe an einem anderen Punkt der Stadt dasselbe. "Mit zwei Sendern können wir die Gegend, etwa 30 km im Umkreis abdecken", meint Armelle. Vorsicht ist geboten, denn die Polizei ist auf der Hut. Aber bis jetzt gab es noch keine Schwierigkeiten.

"Radio SOS-Emploi" ist die erste freie Radiostation der CFDT (12). Sechs Mitglieder der Gewerkschaft stellen täglich eine Sendung zusammen. Zur Gruppe gehören drei Reporter, ein Redakteur, zwei Sprecherinnen und ein Tontechniker. Drei arbeiten bei USINOR, einer ist Grundschullehrer und ein anderer ist Techniker bei der EDF (Electricité de France). Eines der Mädchen ist arbeitslos.

"Zuerst dachten wir, daß das mit den freien Radiostationen eigentlich nicht unsere Sache ist. Aber nachdem auf dem großen Schutthügel hier dieses Symbol "SOS-Emploi" errichtet wurde, haben wir gedacht, daß man irgendwie in dieser Richtung weiter machen muß. Wir sind zu Freunden von "Radio-Verte Fessenheim" im Elsaß gegangen. Sie sind dann gekommen und haben uns erklärt, wie man so etwas macht."

Das Resultat ist erstaunlich. Auch die technische Ausrüstung. Im Studio: Tonbandgeräte, Mischpulte, Mikrofone, Verstärker. In der täglichen Sendung von 30 Minuten stecken ungefähr 30 Stunden gemeinsame Arbeit. Direkt nach Arbeitsschluß fangen sie an, die Sendung für den folgenden Tag zusammenzustellen. Das dauert fast immer bis Mitternacht und länger.

Am Donnerstag wurde der Bahnhof von Longwy besetzt. Die Gruppe ist am Ort des Geschehens. Es wird aufgezeichnet. Interviews mit dem Bahnhofsvorsteher und den Bahnbeamten werden auf Band aufgenommen. Danach wird zusammengestellt, gemixt, Zwischentexte gemacht und Musik eingeblendet. Die fertige Sendung nimmt ihre Gestalt an. Die Sendungen werden der CFDT vorgelegt. Ein örtliches Gremium der Gewerkschaft gibt in etwa den Rahmen der Sendungen vor. Es wird diskutiert. Jede Woche einmal. Das sind keine langen Strategiediskussionen. Das ist lebendig, so lebendig, wie die Inhalte der Sendungen von Radio "SOS-Emploi".

dpa

Wenn der Keller in Bewegung kommt

"Ich sehe hier eine unterschwellige und tiefsitzende Bewegung in der französischen Gesellschaft, die man vielleicht mit den Vorläufern des Mai 1968 vergleichen könnte. Das beunruhigt mich. Man hat den Eindruck, daß sich eine ziemlich große Veränderung vollzieht, die entweder zum Auseinanderfallen oder zur Erneuerung der Gesellschaft führt. Dieses alte Volk ist voll und ganz dabei, sich zu verändern ..."

Robert Poujade, der die Unruhe in der französischen Gesellschaft so sieht, gehört nicht zur Linken. Er ist Abgeordneter der R.P.R., dem von Chaques Chirac geführten rechten und nationalistischen Gaullistenflügel.

Immer wieder wurden in den letzten elf Jahren bei Streiks und sozialen Protesten die Verbindungen zum Mai 68 gezogen. Die Erlebnisse und Erschütterungen, die damals Frankreich bewegt haben, sitzen tief. Für manche sind sie zum Trauma geworden.

Und trotzdem, die Unruhe hat sich seit dieser Zeit nicht mehr zu einer alle gesellschaftlichen Sektoren gleichsam erfassenden Bewegung erweitert. Auch heute ist es wieder so, daß der soziale Protest lokal begrenzt ist. Es sind einzelne Branchen und Regionen, die besonders hart von der Krise betroffen sind. Und die Unterschiedlichkeiten sind sicher groß. Auch Gewalt bei Konflikten ist in Frankreich nicht neu. Was vielleicht auffällt, ist die Häufung von Explosionen der Unzufriedenheit in der letzten Zeit. In Banken und Versicherungen, bei Post und Bahn macht sich gleichfalls Unmut breit.

Es sind vor allem die Arbeitslosigkeit und die überall drohenden Entlassungen, die im Mittelpunkt der Konflikte stehen. Und oft ist ein ganz vage formuliertes Unbehagen über die Art und Weise der Arbeit in dieser Gesellschaft nicht zu überhören. Ob das ausreicht, um Nachdenklichkeit und Engagement zu verbinden? Oder wird man sich darauf einrichten, mit diesen Bedrohungen in Zukunft zu leben?

Die soziale Zerstückelung der Gesellschaft geht weiter. Gewachsene Schicht- und Klassenzusammenhänge werden aufgebrochen und Veränderungen unterworfen. Einheitliches Wehren wird schwerer. Und die traditionellen Arbeiterorganisationen können sich nur schwer auf die neuen gesellschaftlichen Veränderungen einstellen. Ihre Überlegungen und Programme gehen vielfach daran vorbei. Denn auch sie befinden sich in der Krise.

BERND MEYERSPEER

(9) Das vollständige Interview mit Edmond Maire ist in der "Libération" vom 19. und 20. Dezember 1978 nachzulesen.

(10) "SOS-Emploi" läßt sich in etwa mit SOS-Arbeitsplätze oder SOS-Beschäftigung übersetzen.

(11) In der "Intersyndicale" haben sich mehrere Gewerkschaften zusammengeschlossen: CGT, CFDT, FO, CGC und FEN. Die CGC ist eine Angestellten-Gewerkschaft. Die FEN eine Lehrergewerkschaft.

(12) In Frankreich heißen sie "radio libre". Und im letzten Jahr gab es fast hundert solcher kleinen Stationen in ganz Frankreich. Die Inhalte der Sendungen sind recht verschieden. Aber allen ist gemeinsam, daß sie "Betroffene" direkt sprechen lassen, ja von ihnen selbst gemacht werden.

Gewerkschaften in Lothringen

Gespräche mit Stahlarbeitern

Nach rund sieben Monaten Kampf gegen die Zerstörung von Arbeitsplätzen in der nordfranzösischen Eisen- und Stahlindustrie kam es Ende Mai/Anfang Juni zu Gesprächen, Vorverhandlungen mit Unternehmern und Regierungsvertretern. Angeboten wurden hohe Geldprämien bei frühzeitiger Aufgabe des Arbeitsplatzes (erhöhte Prämien für Arbeitsemigranten) und die Möglichkeit, früher auf Rente zu gehen. Hauptpunkt: Abbau der Stahlindustrie und Umstrukturierung auf neue Industrien (Auto/Chemie) in den nächsten Jahren.

Die CGT sieht keine ernsthafte Verhandlungsbasis, nahm aber teil, die CFDT macht Positives- und Negatives aus. Die CGT fordert (Hauptpunkte):

- keine Arbeitsplatzvernichtung, sondern
- Modernisierung und Steigerung der Produktion, bessere Verknüpfung des Erzabbaus mit Eisen/Stahlindustrie,
- Arbeitszeitverkürzung,
- Investitionspläne für öffentlichen Transport, Bauwesen usw.,
- mehr Mitspracherechte für Arbeiter,
- Rentenalter: 55 Jahre
- regionale/staatliche Planung,
- Diversifikation, neue Industrien.

Die CFDT fordert (Hauptpunkte):

- keine Schließung von Betrieben, ohne daß neue Arbeitsplätze geschaffen sind,
- Arbeitszeitverkürzung (35 Stunden),
- Rentenalter: 55 Jahre,
- neue Industriepolitik: Langzeitprodukte, vor allem für öffentliche Einrichtungen, d.h. keine forcierte Autoindustrie usw.,
- mehr gewerkschaftliche Rechte,
- verstärkte Diversifikation und staatlich unterstützte Forschungsarbeit für neue Industrien.

An den Gesprächen (die keinen Interviewcharakter hatten) nahmen jeweils Stahlarbeiter und Gewerkschaftsgenossen von der Ortsverwaltung teil (die in den Betrieben arbeiten). Die Ortsverwaltung Longwy der CFDT ist verstärkt Versammlungsort geworden (auch Arbeitslose kommen). Bei der Auseinandersetzung um das Vorgehen bei Kämpfen und Verhandlungen ist – das grundsätzliche Bemühen um Aktionseinheit vorausgesetzt – daran zu erinnern, daß ein Großteil der ersten Aktionen außerhalb der Betriebe getragen und gestützt worden ist.

Der Radiosender der CGT, der erste halblegale Arbeitersender Frankreichs, ist nicht nur für die zahlreich erscheinenden Mitglieder zu einem wichtigen Kommunikationszentrum geworden. Er hat zur Dynamik der Kämpfe beigetragen, wie die große Unterstützungsdemonstration für den Sender Mitte Mai, als die Post ihn auflösen wollte, deutlich zeigte. Bei den Gesprächsauszügen handelt es sich natürlich nicht um "Stellungnahmen" von Gewerkschaftsverbänden.

Michel (CGT): Wir haben uns also gesagt, als wir den großen Betrieb Usinor besetzt hatten (Mitte Mai), es gehe jetzt angesichts der Taktik der Unternehmer, alles hinauszuzögern, vor allem darum, den Kampf zu verstärken, sogar noch weitergehende Forderungen zu stellen, um von dem erreichten günstigen Kräfteverhältnis auch profitieren zu können und Unternehmer und Regierung zu ernsthaften Verhandlungen über industrielle Lösungen, nicht nur über soziale Fragen zu bringen. Unglücklicherweise folgten uns da nicht alle Gewerkschaftsorganisationen, schon bei der Besetzung nicht. Es gab nicht nur über taktische Fragen Uneinigkeit, sondern über grundsätzliche, d.h. keine einzige Entlassung zuzulassen, keine Betriebsstillegung, so wie es am 19.12.78 bei der großen Demonstration in Longwy festgelegt worden war.

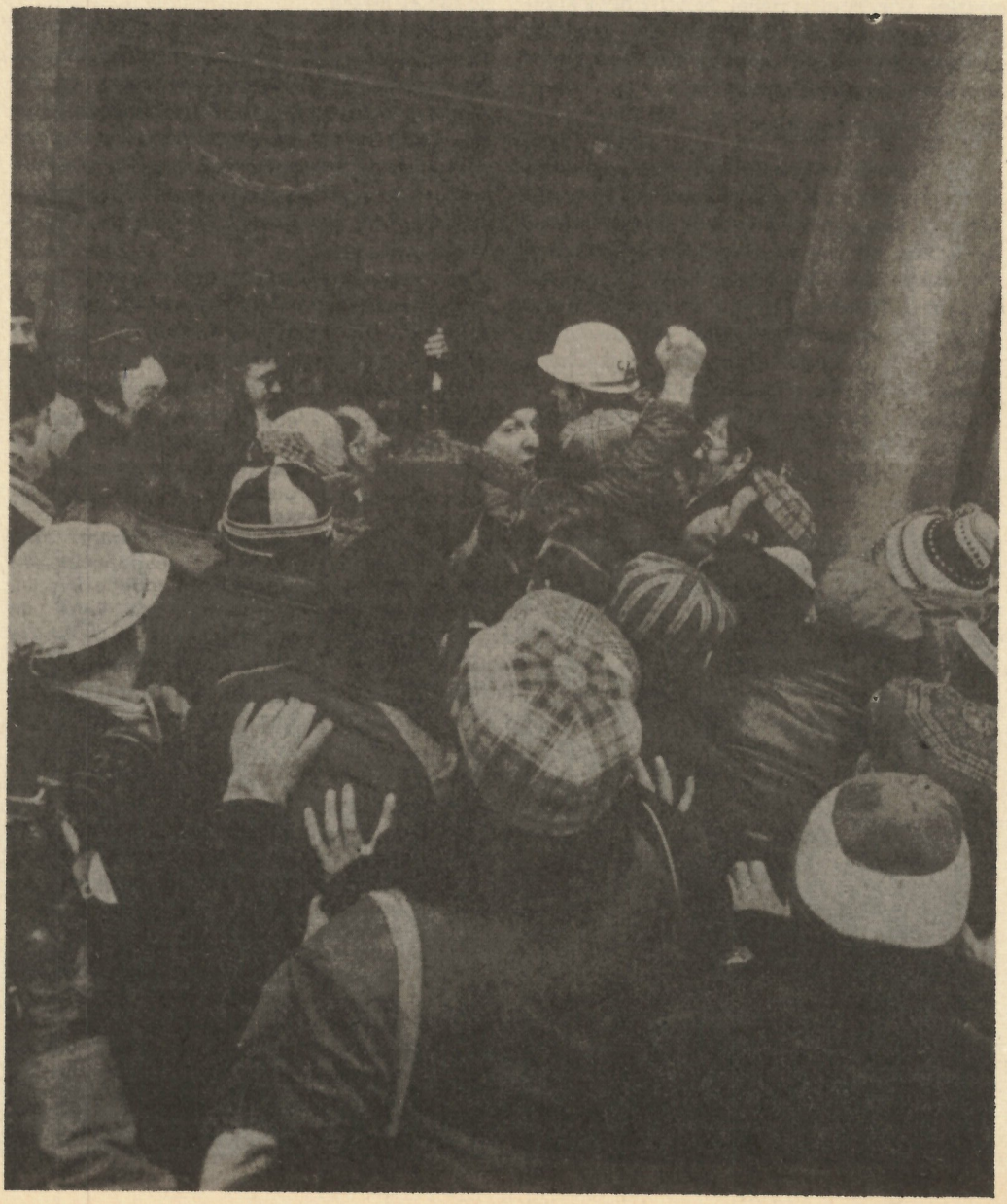
Frage: Kann man sich überhaupt noch verständigen, also über Beibehaltung des industriellen Potentials und Modernisierung, Diversifizierung auf dieser Grundlage und soziale Maßnahmen? Gibt es keine neuen Aktionsbeschlüsse?

Michel: Was soll man sagen, man muß sich der Lage nach verhalten. Andere Gewerkschaften (CFDT) räumen ja ein, man könne die Stahlindustrie umstrukturieren, sie wollen über Schaffung neuer Arbeitsplätze verhandeln, die Zusagen sind bis jetzt äußerst fragwürdig ... die Position der CGT ist klar, die anderen Gewerkschaften scheinen nur noch über soziale Maßnahmen zu verhandeln, keine industriellen Maßnahmen. Wir gehen als CGT trotzdem zu Gesprächen, wir müssen dabei sein, im Interesse der Arbeiter.

Frage: Gibt es noch Möglichkeiten gemeinsamer Aktion, Aktivitäten auf Betriebsebene?

Michel: In der Mobilisierung haben wir alle gezeigt, wie wir beteiligt waren. Gut, Überlegungen müssen jetzt sein, das ist verständlich. Aber wenn der Industrieminister jetzt seine Beruhigungsvorschläge macht, nimmt man Verhandlungen auf. Es wird gesagt, Lothringen wird sein Industriepotential behalten. Also wenn das so dargestellt wird, verbreitet man Illusionen unter den Arbeitern ... Nach sechs Monaten sind wir an einem schwierigen Punkt, ich meine, wir müssen den Kampf weiterentwickeln, vor der Ferienzeit, sonst ist es zu spät.

Wenn die großen Stahlfirmen jetzt Verhandlungen untereinander ankündigen über Betriebszusammenlegungen, da weiß man doch, was dabei herauskommt: Arbeitsplatzvernich-



tung. Wir bleiben trotzdem optimistisch, wichtig ist die Aktionseinheit der Gewerkschaften.

Frage: Wie siehst Du die Entwicklung neuer Kampfformen?

Michel: Es gab eine Reihe von Aktionen, die zu besonderen Kampfformen geführt haben, wie wir sie im Gebiet von Longwy nicht gekannt hatten, die aber auch neu waren für das ganze Land. Bei der großen Demonstration vom 19. Dezember 1978 war schon die entscheidende Zusammensetzung da – ein Kampfpotential, mit dem man sehr weit gehen kann ... Es war ein langer Kampf zu erwarten, zuerst bestand das Risiko, sich in einer Reihe Streiks aufzubrauchen, doch wir hatten uns vorgenommen, zwei entscheidende Punkte zu beachten: erstens, Verständnis in der öffentlichen Meinung zu schaffen, zweitens, die Arbeiter dürfen so wenig Geld wie möglich verlieren. Es kam also zu einer Reihe aufsehenerregender Aktionen. Wir von der CGT haben die Arbeiter unterstützt, immer darauf geachtet, daß die Organisation dahintersteht – das ist schon wichtig, denn man kann mit 10-20 Mann was unternehmen, wir sind nicht dagegen, wenn's drauf ankommt, aber wichtig ist auch die breite Teilnahme der Arbeiter bei spektakulären Aktionen. Natürlich kann man bei bestimmten kurzfristig angesetzten Unternehmungen nicht mit Flugblättern die Bevölkerung vorher unterrichten. Zu diesen neuen Formen gehörte auch das Stoppen und Ausleeren von Eisenbahnwaggons mit ausländischem Erz.

Frage: Eure Aktionen haben ja über Grenzen großes Echo gefunden, wie seht Ihr die Entwicklung der Kämpfe im internationalen Vergleich? Die CGT ist ja gerade, obwohl die größte französische Gewerkschaft mit zweieinhalb Millionen Mitgliedern, vom Europäischen Gewerkschaftsbund, besonders vom DGB, brüsk zurückgewiesen worden.

Michel: Das ist natürlich Sache der Arbeiter, wie sie den Kampf führen. Oft genug kommen Arbeiter zu mir und schlagen diese und jene Initiative vor, das sollte nicht von oben dirigiert werden, sondern wirklich ständig besprochen und neue Kampfformen gemeinsam entwickelt werden. Wir können bei unseren Erfahrungen nicht stehen bleiben, müssen unsere Phantasie ein bißchen anstrengen. Unsere Erfahrungen kann man nicht exportieren, auf andere Länder übertragen, in den Betrieben muß mit den Arbeitern über besondere Kampfformen entschieden werden.

Bild aus "express"

Die Probleme der Stahlindustrie betreffen nicht nur Frankreich; uns interessiert, da das ganz Europa angeht, wie man Kämpfe koordinieren kann, um den Multis entgegenzutreten, bei denen schließlich die Entscheidungsgewalt liegt ... Wir meinen, was immer es für Tendenzen, unterschiedliche Sicht der Probleme und unterschiedliche Vorstellungen von der erstrebenswerten Gesellschaftsordnung sein mögen, das Interesse aller europäischen Gewerkschaftsorganisationen müßte es sein, sich über einige wenige Fragen zu einigen, sich über gewerkschaftliche Aktionen abzustimmen. Es ist bedauerlich, daß man uns jetzt wieder abgewiesen hat.

Stahlarbeiter: Sicher ist zunächst der Austausch von Erfahrungen wichtig. Wir haben unsere besonderen Erfahrungen hier gemacht. Ohne die Mobilisierung der letzten Monate, ohne die breite Teilnahme der Bevölkerung an Protesten würden wir hier gar nicht mehr reden. Die Öffentlichkeit, die wir haben, ist zum Beispiel auch unsere Radiostation, die letzte Woche noch (Mitte Mai) in einer Massendemonstration verteidigt worden ist, das zählt zu den besonderen Erfahrungen hier in der Region.

Michel: Man kann aus anderen Kämpfen lernen, die Arbeiterbewegung hat sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht, auch unser Kampf kann für andere Bedeutung haben und weiterhelfen. Wir haben uns sehr gefreut über die Solidaritätsbesuche von Stahlarbeitern aus der BRD. Wir berufen uns nicht auf irgendein verbindliches Ideal – wir müssen sehen, wie wir hier weiterkommen, die Kämpfe weiter koordinieren. Das Kräfteverhältnis – die Radiostation zeigt es auch – haben wir geändert, davon können wir ausgehen.

Frage: Es gibt drei industrielle Zentren in Lothringen, die alle von der Krise betroffen sind, Ihr habt – als Minderheitsgewerkschaft, etwas weniger stark als die CGT – besonders zu Anfang einen großen Teil der Aktionen getragen. Wie kam es zur Entwicklung gerade in Longwy?

Robert (CFDT): Hier hat die Arbeiterbewegung starke Traditionen, besondere Umstände, auch durch die Tradition der Arbeitsemigration, polnische und vor allem viele italienische Arbeiter, man kann sagen, auch eine anarchosyndikalistische Tradition, gerade was Kampfformen angeht. Aber die große Mobilisierung bekam den entscheidenden Anstoß durch die schockartige Ankündigung von Massenentlassungen. Und Longwy liegt zwischen Grenzen eingeklemmt, isoliert, was die Lage im Lande betrifft, selbst für Lothringen etwas abseits – uns blieb gar nichts anderes übrig, als besonders zu mobilisieren.

Frage: Hat sich auch die Lage nach den Wahlen 1978 bemerkbar gemacht, die Entlassungswellen danach?

Robert: Das hat sehr harte Nachwirkungen für die Arbeiter gehabt und nicht zu einem gewerkschaftlichen Aufschwung in den Kämpfen geführt. Viele Kämpfe gibt's zur Zeit nicht, man muß nur die Werft- und Textilkrise sehen, da wären mehr Kämpfe nötig ...

Frage: Viele Streiks und Besetzungen wurden von Unternehmern und Staat so behandelt, daß sie sich totlaufen sollten. Man ließ die Arbeiter einfach schmoren, trotz härterer Kampfformen wie aktiv organisierter Besetzung.

Robert: Besetzungen sind zurückgegangen, wir meinten hier, daß wir uns angesichts der

Lage nicht in langen Streiks verausgaben sollten wegen Geld und der Dauer der Mobilisierung. Wir mußten anders an die Öffentlichkeit, an die Medien heran – die Radiostation, mit der wir begonnen haben und vor allem die Aktionen, das hat Aufsehen gemacht, ein anderes Kräfteverhältnis geschaffen, so was wie die Besetzung einer Fernsehsendestation (weil völlig unzureichend und verdreht über unsere Probleme berichtet wurde), die Besetzung von Handelskammern, Banken, Steuerbüro, Polizeikommissariat, auch mit Gewalt.

Stahlarbeiter: Also neue Kampfformen, die sich aber nicht weiter verbreitet haben. Natürlich hat das Anlaß zu Streit gegeben in den großen Gewerkschaftsorganisationen.

Frage: Wie sahen die die Probleme?

Stahlarbeiter: Die Gewerkschaften haben bestimmte Traditionen. In der Stahlindustrie, da wird Umstrukturierung grundsätzlich bejaht. Und nach der Niederlage der Linken in den Wahlen (März 1978) hat sich manches geändert. Auch wenn die offiziellen Forderungen auf dem Papier anders aussehen, Umstrukturierung wird tatsächlich akzeptiert. Die Kämpfe hier veranlaßten die Gewerkschaftsorganisationen zu neuen Forderungen oder sie versuchten den Kampf zu instrumentalisieren wie die CGT, die dem alten Schema treu bleibt: gegen Europa, die Stahlschlacht führen, Betrieb besetzen usw.

Frage: Wie stellt sich Euch die Lage in Longwy dar?

Robert: Von Seiten der CGT kümmert man sich nur um die Stahlindustrie, aber zu sehr der KP-Politik verbunden. Hier wurde ein Mythos geschaffen vom Stahlarbeiter – es gibt andere Industriebranchen, wo die CGT auch mehrheitlich vertreten ist, es aber keine Kämpfe gibt. Was soll's, wenn Marchais (KP-Vorsitzender) hier Wahlparolen ausgibt: "Nein zu den Monopolen", "Nein zu einem BRD-beherrschten Europa" usw. Die wirklichen Fragen werden nicht gestellt, die nach der Emanzipation der Arbeiter. Das ist das wirkliche Problem. Ich kritisiere das, weil keine Alternative für Arbeiter, für die Arbeiterklasse angeboten wird. Von der CGT wird das neue Kräfteverhältnis, das hier geschaffen worden ist, ausgenutzt, um die alten Sprüche gegen die Bourgeoisie zu klopfen – reformistisch ist das, und was hier passiert ist, waren revolutionäre Aktionen.

Frage: Reformismus ist ja nun nicht nur politische Meinung, sondern entwickelt sich als politisch-soziale Realität auch in Frankreich.

Robert: Auch in der CFDT hat die Sozialistische Partei ein Übergewicht. Die CFDT versucht, besonders seit den Wahlen, seit dem Ende der Linksunion, sich etwas mehr Spielraum zu erhalten. Aber was die Krise angeht, fürchte ich, daß die Gefahr größer wird, daß die Gewerkschaften die Krise nur mitverwalten. So kann es ausgehen.

Frage: Also keine besonderen Erwartungen auf europäischer Ebene? Wie stellt sich Euch die Lage nach rund sieben Monaten Kampf dar?

Stahlarbeiter: Es wird jetzt viel über soziale Lösungen geredet. Die Basis fordert aber zunächst mal Erhaltung der Arbeitsplätze, keine Zerschlagung der Stahlindustrie. Jetzt werden demagogische Versprechungen gemacht, aber von einem Tag auf den anderen entstehen keine neuen Arbeitsplätze ...

Frage: Wie also umstrukturieren? Gibt es noch Aussichten auf Aktionseinheit?

Robert: Wenn Autoindustrie angesiedelt wird, dann wird es über kurz oder lang auch neue Arbeitslosigkeit geben. Umstrukturieren könnte schon gemacht werden in bestimmter Art. Aber es darf nicht passieren, daß dabei andere Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Kurz, soll man nach kapitalistischer Logik neue Arbeitsplätze vorschlagen, im selben Produktivismus bleiben oder Arbeitszeitverkürzung mit anderen Industrien verbinden? Warum immer weiter im Stahl arbeiten?!

Frage: Heißt das, bei diesem Anlaß die Frage nach der Grundrichtung der Produktion stellen?

Robert: Wir sind mit der Stahlindustrie aufgewachsen; wenn wir jetzt sagen, wir wollen das weitermachen, dann wissen wir im Grunde, daß es auch wieder Arbeitslose geben wird. Mit dem Stahl wird das nicht ewig so weitergehen. Wir haben versucht, die Überlegungen mal weiterzutreiben. Man kann den Kindern und Jugendlichen nicht schon einpflanzen, alles was sie erwartet, sei, auch mal Stahlarbeiter zu werden. Wir haben unter uns überlegt, welche Arbeit, welchen Arbeitsplatz, welche Zukunft es für uns geben kann. Wollen wir denn immer mit dieser Industrie leben, die uns vergiftet, die uns Tag und Nacht knechtet? Wie wir unsere Arbeitersituation ändern, wie wir aus dem kapitalistischen Schema herauskommen, darum geht's auch. Wir wollen keine andere Art Ausbeutung. Aber es stimmt natürlich, daß wir mit der ganzen Last der Vergangenheit fertig werden müssen.

Frage: Auch wenn solche Probleme, die schon in anderen Kämpfen wichtig waren, hier wieder neu gestellt werden, gibt es doch den Druck, kurzfristig in Verhandlungen Lösungen aushandeln zu müssen. Die Frage nach Sinn und Qualität der Produktion soll gleichzeitig gestellt werden.

Robert: Man muß sehen, daß auch der Inhalt der Kämpfe verändert wird, neue Gebiete erschlossen werden. Die Kämpfe müssen wir aus den Betrieben heraustragen. Das ist ein Streitpunkt mit den Genossen von der CGT. In Cherbourg gibt es z.B. gerade Aktionen gegen den Bau eines Atom-U-Bootes. Obwohl Cherbourg wesentlich vom Schiffbau lebt. Da sieht man, daß es um mehr geht, als um die Erhaltung der bisherigen Arbeitsplätze. Wenn man gegen die Atomenergieentwicklung ist, heißt das nicht, gegen neue Arbeitsplätze zu sein.

DAVID WITTENBERG

Kunden, Vaganten und Landstreicher

Der Städtetag möchte sie durch Gesetz abschaffen: die Stadt- und Landstreicher. Es ist zu befürchten, daß der Widerstand dagegen nicht sehr groß sein wird, denn nur wenige wissen Genaueres über sie. In diesem Beitrag weist Hannes Kiebel darauf hin, daß es eine organisierte Bewegung der Nichtseßhaften gab, und stellt ihre Sprache und Lieder vor.

"Im kleinen Bückeburger Land,
den Naturstenz in der starken Hand,
hat sich wieder eingefunden
eine Schar von lauter duften Kunden.
Sie talfen, sie zotteln und schmoren ganz charmant
in dem kleinen Bückeburger Land."

Es ist schon etliche Zeit her, daß Freunde und ich dieses Lied sangen. Mitgebracht hatten wir das Lied von den Kunden im Bückeburger Land vom Festival Folklore International auf der Burg Waldeck im Hunsrück; hier war der avantgardistische Wegbereiter des deutschen Folksongs, Peter Rohland (1933-1966), aufgetreten. Neben den Liedern von François Villon, den jiddischen Liedern und den Liedern deutscher Demokraten hatte Peter Rohland große Mühe aufgewandt, Landstreicher-Balladen zu erforschen. Er suchte in Bibliotheken, Liederbüchern und Dokumenten und nahm Lieder direkt von Landstreichern in sog. Arbeiterkolonien und Herbergen zur Heimat in Deutschland auf Band auf. Er fand so noch eine Menge unbearbeitetes Material, das auf eine Veröffentlichung geradezu wartete.

Tief beeindruckt war ich von der Geschichte der Kunden im Bückeburger Land. Die oben genannte Strophe hatte eine Fortsetzung, die mich schauern ließ. Die charmanten Kunden blieben nämlich, so wußte Peter Rohland als Sänger-Chronist zu berichten, nicht lange unter sich. Der Bückeburg'sche Amtsanwalt empfand sie als Last für den Beamtenstand und zu lumpig für das von Besitzbürgern geprägte Straßenbild. Er stellte die üblichen Strafanträge und der Richter verbannte die Kunden in die 'Landeskorrektionsanstalt' und in das 'Arbeitshaus'.

Die Landstreicher-Balladen, die Peter Rohland und zum Teil mit ihm Schobert Schulz sangen, sind u.a.: 'So leben wir', 'Als wir jüngst verschüttjegangen waren', 'Wir drei, wir gehn jetzt auf die Walze', 'Der Bettelvogt', 'Ich bin ein Kunde, kennt ihr meinen Namen'. Einen Teil dieser Landstreicher-Balladen verdankt Peter Rohland dem Hans Ostwald, der um die Jahrhundertwende die 'Lieder aus dem Rinnstein' sammelte. Andere Lieder wieder sprechen von deftigem Galgenhumor. Sie halfen den deklassierten und verfolgten 'Chausseegrabentapezierern', sich über ihre Lebenssituation hinwegzuhelfen. Sie erklangen abends in der 'Penne', abends vor dem Einschlafen, in den von Bürgern gemiedenen Spelunken bei 'Soruff' (Alkohol) und auf der Walze, wenn sich ein paar lustige Vögel gefunden hatten. Die 'Kunden' lebten das Leben regelrechter 'Outcasts'. Keine Brücken führten in die andere, die 'bürgerliche' Welt.

Eine gewisse Verbindung gab es jedoch zu den revolutionär eingestellten Linksintellektuellen: Bekannte Dichter gründeten die 'Bruder-

schaft der Vagabunden' und lebten selbst jahrelang auf der Landstraße. Damals kam der Begriff des 'Edelvagabunden' auf, das heißt, des sein Leben bewußt und weltanschaulich lebenden Landstreichers.

Ernst Klee schreibt hierzu, daß es einmal eine organisierte Bewegung der Nichtseßhaften (Kunden) gegeben hat. 'In der nachinflationistischen Zeit, als die Arbeitslosigkeit immer bedrohlicher wurde, sammelte sich erstmals ein klassenbewußter Typ, der Sozialreformen und politisches Bewußtsein der Nichtseßhaften wollte. Beim Kongreß 'Der Kunde' nahmen 1929 in der Nähe von Stuttgart über tausend Interessierte teil. Man gab die Zeitschrift 'Der Kunde' heraus.

Beim Stöbern im 'Hauptarchiv Bethel' fand ich die Nr. 3/4 'Der Kunde' aus dem Jahre 1929 und las folgende Sätze: 'Im Strafrecht ist der Kunde, der Vagabund ein Objekt, niemals Subjekt der Strafrechtspflege. Die Justiz betrachtet den Kunden lediglich vom negativen Gesichtswinkel aus als ein zum mindesten asoziales, also sozialindifferentes, wenn nicht antisoziales, also gesellschaftlich schädigendes Element, und so kommt es, daß hauptsächlich das Strafrecht in dem Kunden sein Objekt, seinen Feind sieht, gegen den es vernichtend einzuschreiten sich verpflichtet hält. Das zeigen uns die in das Strafgesetzbuch Deutschlands aufgenommenen Bestimmungen, welche Landstreicherei, Betteln, unerlaubtes Hausieren (u.a.) unter Strafe stellen.'

Im Jahre 1974 wurde Betteln, Trunksucht und Landstreicherei aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Die Kunden hatten dann einige Monate Ruhe vor dem 'Putz' (Polizei). Schon Peter Rohland, der uns seine Lieder vortrug, war der Auffassung, daß die meisten Kunden zufrieden gewesen wären, irgendwo am Rande der Gesellschaft ihr Tippel-Leben führen zu dürfen und nicht ständig vom Putz gejagt zu werden.

Heute kann ich feststellen, daß die Kunden (Nichtseßhaften) um ihre Ruhe fürchten müssen. Eine Arbeitsgruppe des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städtetages hat ein Papier mit dem Titel 'Stadtstreicher – Kommunale Erfahrungen, Probleme, Antworten' vorgelegt, in dem die Wiedereinführung von Strafandrohung und Zwangsarbeit empfohlen wird. Ähnlich dem Bückeburg'schen Amtsanwalt wird in diesem Papier von Platzverweis gesprochen, einer ambulanten therapeutischen Maßnahme auf Anordnung eines Gerichts, von Festhaltung und Schaffung einer spezialisierten Polizeieinheit. Diese Polizeieinheit soll vergleichbar zu den bereits bestehenden Prostitutionstrupps eng mit dem Träger der Sozialhilfe und den freien Trägern der Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. "Siehste. Jetzt machen die auch eine eigene Polizei für Penner", sagte mir vor kurzem ein Sozialpädagoge in einem Jugendfreizeitheim, der handfeste Probleme mit dem Jugendkommissariat (Jugendpolizei) hatte.

Mit aller Entschiedenheit gilt es, dafür Sorge zu tragen, daß die öffentliche und parlamentarische Diskussion nicht einseitig zu Lasten der Kunden (Nichtseßhaften) weitergeführt wird. Zur Zeit werden die Stadtarmen durch das Städtetag-Papier an den Pranger gestellt! Ihre öffentliche Armut und Krankheit werden öffentlich gedemütigt! Sie werden zum Opfer einer billigen und unwürdigen Kampagne.

HANNES KIEBEL

In dem kleinen Oldenburger Land

1. **In dem kleinen Oldenburger Land,**
   den Naturstenz in der starken Hand,
   hat sich wieder eingefunden
   eine Schar von lauter duften Kunden.
   Sie talfen, sie zotteln und schmoren ganz charmant
   in dem kleinen Oldenburger Land.

2. **Und wie jeder dufte Kunde weiß,**
   dort im Oldenburg'schen ist es heiß,
   denn die Herrn vom Teckelgeschlechte
   sind fürwahr die reinsten Henkersknechte.
   Von oben bis unten wird man dort bespannt,
   in dem kleinen Oldenburger Land.

3. **Der Herr Amtsanwalt er spricht:**
   „Schon wieder ein bekanntes Gesicht,
   das ist sicher einer von den Alten,
   in Lumpen eingewickelten Gestalten,
   o welch eine Last für den Beamtenstand,
   in dem kleinen Oldenburger Land."

4. **Vater Philipp vom Gericht,**
   er schont die armen Kunden nicht.
   Läßt sie wacker klopfen auf die Steine.
   daß ihn'n wackeln die Arme und Beine,
   denn nur so vergeht die Lust zum Kundenstand,
   in dem kleinen Oldenburger Land.

5. **Wer hat denn dieses Lied erdacht?**
   Ein dufter Kunde hat's gemacht,
   man nennt ihn den langen Ludewig,
   er sitzt jetzt in Wechte und bessert sich,
   ein Jahr lang ist er auf die Winde verbannt,
   von dem kleinen Oldenburger Land.

Wörter aus dem Rotwelsch:
Naturstenz – Naturstock; talfen – betteln; zotteln – stehlen; schmoren – trinken; heiß – sehr gefährlich; Teckel – Polizei; bespannen – beobachten; Wechte – „Landeskorrektionsanstalt" in Oldenburg; Winde – Arbeitshaus.

Quellen:
Deutscher Städtetag: *Stadtstreicher. Beiträge zum Kommunalrecht, Heft 3. Köln 1978*
Klee, Ernst: *Pennbrüder und Stadtstreicher. Fischer-Taschenbuch, Nr. 4205, Frankfurt/M. 1979*
Zupfgeigenhansel: *Es wollt ein Bauer früh aufstehn. 222 Volkslieder. U.a. die Landstreicher-Balladen mit Texten und Noten. Pläne-Verlag, Dortmund 1978*
Landstreicherballaden *von Peter Rohland, FTH 154, Schallplatte beim Südmark-Verlag, 7920 Heidenheim*
Weiterführende Literatur *und weitere Quellen gegen Rückporto DM -,50 bei Hannes Kiebel, Alemannenstraße 8, 4630 Bochum 1.*

★

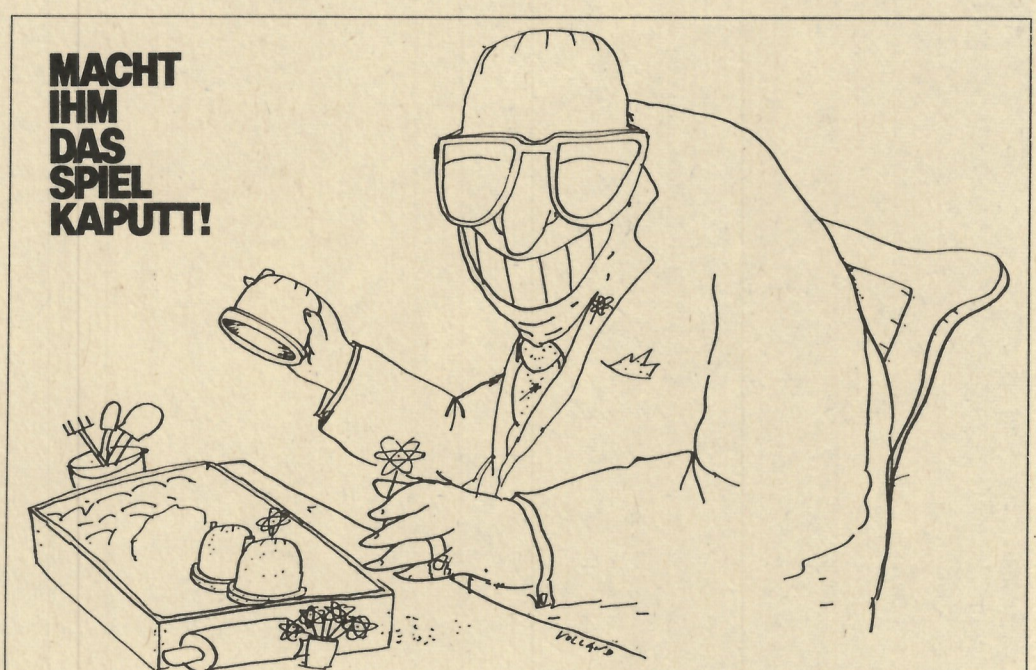
Zur Krise der Atomindustrie

In "links" Nr. 110 stellte Rainer Stange technische und politische Aspekte der Beinahe-Katastrophe Harrisburg zur Diskussion. In diesem Beitrag soll dagegen die ökonomische Dimension zur Sprache kommen. Zu diesem Zweck skizziert Lutz Mez Lage und Perspektiven der Atomindustrie insgesamt und verdeutlicht an der bundesdeutschen Sparte einige Ursachen der Krise.

Zum Jahresende 1977 waren in der Welt 208 Reaktoren mit einer Gesamtleistung von 98.425 MW in Betrieb (gegenüber 190 Reaktoren mit 84.795 MW im Jahr 1976). Weitere 357 Reaktoren mit 340.035 MW waren zu diesem Zeitpunkt in Bau oder bestellt.
1978 wurde ein "Rekordjahr": Die Zeitschrift Nuclear News, das Organ der "American Nuclear Society" vermeldete, daß weltweit insgesamt 43 neue AKW in Betrieb genommen wurden. Das ist die umfassendste Erweiterung der AKW-Kapazitäten innerhalb eines Jahres. Die globale Leistung erhöhte sich damit um 34.000 MW auf 132.000 MW. Trotzdem ist die Atomlobby mit dem Atomgeschäft nicht zufrieden. Denn seit einigen Jahren wikkeln die Hauptlieferanten von AKW lediglich Auftragspolster ab, die sich nur schleppend wieder auffüllen, aber nicht vergrößern. Nach den Energieverbrauchsprognosen für die westliche Welt soll bis zum Jahr 2000 Elektrizität zwischen 35 und 43 Prozent des Primärenergieverbrauchs ausmachen, wobei der Atomenergieanteil an der Stromerzeugung auf 32 bis 39 Prozent prognostiziert wird. Damit würde sich der Atomenergieanteil an der Energieversorgung auf 16 bis 20 Prozent erhöhen. Aber die erwartete wesentliche Rolle, die der Atomenergie für die gesamte Energieversorgung zufallen soll, tritt viel langsamer als geplant ein. In den kapitalistischen Industriestaaten lag ihr Anteil 1977 lediglich zwischen 1 und 10 Prozent der gesamten Energieversorgung, wobei z.B. die USA oder die BRD nicht einmal 4 Prozent ihres Energiebedarfs mit Atomenergie deckten. Die UdSSR liegt sogar mit weniger als 1 Prozent noch dahinter. Auffallend ist, daß die Länder mit dem größten Atomenergieanteil, Schweden und die Schweiz, im politischen Bereich mit am stärksten vom Atomkonflikt betroffen sind. In Schweden scheiterten bereits zwei Regierungen an der Atomfrage. Zuerst die sozialdemokratische Regierung, die wegen des von ihr getragenen Atomprogramms die Wahl verlor, und dann die Koalitionsregierung von Fälldin, der es nicht gelang, das Wahlversprechen der Center-Partei einzulösen und das Atomprogramm zu stoppen. In der Schweiz hat sich inzwischen die mitregierende Sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund kritisch zum Atomprogramm und zum weiteren Bau von AKW geäußert. Daraus läßt sich schließen, daß zwischen Höhe des Atomenergieanteils und Stärke der Atomkritik ein Zusammenhang besteht. Aber wie sieht dieser Zusammenhang aus?
Anatoli Alexandrow, Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dreifacher Held der sozialistischen Arbeit, äußerte sich kürzlich in einem Iswestija-Artikel "Perspektiven der Energiewirtschaft" zum "Lärm um den Bau von Kernkraftwerken" in der kapitalistischen Welt. Als Ursachen der "Kampagne gegen Kernenergetik" verweist er keineswegs auf ungelöste technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme und Folgen der Atomkraft, sondern meint, "die Entwicklung großer Kapazitäten von Kernkraftwerken könnte die Profite der Brennstoffmonopole gefährden". In diesem Sinne sei die Berichterstattung der westlichen Presse über die Beinahe-Katastrophe in Harrisburg, "die im Grunde genommen geringfügige, unangenehme Folgen stark übertrieben dargestellt hat", ebenfalls eine Folge dieser Kampagne. Und die DDR-Zeitschrift "Freie Welt" bescheinigte den AKW-Gegnern, sie ließen sich "ahnungslos in den Konkurrenzkampf jener Monopole einspannen, die verschiedene Energieträger erzeugen".
Der sowjetische Regimekritiker Sacharow erhob gar im Deutschen Fernsehen einen warnenden Zeigefinger: Wenn das Tempo der Atomkraftentwicklung nicht beibehalten werde, liefen "die westlichen Länder Gefahr, sehr wichtige Vorteile im wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu verlieren".

Wirtschaftlichkeit in weiter Ferne

Aber lediglich in der Aufbauphase der Atomindustrie waren die Interessen von Lieferanten herkömmlicher Energieträger, besonders der Ölmultis, und die der Atomindustrie kontrovers. Die Erdölkonzerne plädierten wegen der Preisvorteile für einen "Freien Markt", während die Atomindustriekonzerne eine protektionistische Energiepolitik forderten, die ihr die notwendige staatliche Kostendeckung zur Entwicklung konkurrenzfähiger AKW bot. Nach Erreichung dieser Etappe besetzten die Ölmultis mehr und mehr strategisch wichtige Schaltstellen im "atomaren Brennstoffkreislauf". Der "Ausschuß für Energie und Rohstoffe" des US-Senats mußte 1977 feststellen, daß die Ölmultis im Besitz von 47% der US-Uranreserven waren. Bei der Uran-Verhüttung kontrollieren acht Konzerne, davon fünf Ölmultis, 87,7 Prozent der US-Kapazität von 25.000 t pro Jahr. Genosse Alexandrow ist also auf dem Holzweg, wenn er vermutet, die Brennstoffmonopole haben die Atomkritik angezettelt. Vielmehr haben die strukturellen Widersprüche in Größe und Zeitplanung der Atomprogramme, sowie die gesellschaftliche Reaktion der betroffenen Bevölkerung diesen Widerstand zu verantworten. Die Langzeitplanung der Atomindustrie – insbesondere der AKW-Hersteller – zielt durch Atomprogramme, staatliche Übernahme von Forschungs- und Entwicklungskosten für Atomanlagen, Marktbereitstellung im In- und Ausland usw. auf eine überdurchschnittliche Profitmasse. Das bedeutet, daß ein Hersteller eine möglichst große Anzahl von AKW verkaufen muß, um den langfristig geplanten Profit auch wirklich zu realisieren. Untersuchungen am Beispiel des Leichtwasserreaktors haben ergeben, daß die Profitschwelle heute bei einer Serie von etwa 100 Reaktoren liegt. Wir können davon ausgehen, daß der Reaktorweltmarkt bis zum Jahr 2000 nahezu identisch mit der Verbreitung des Leichtwasserreaktors ist, der als Druckwasser- und Siedewasserreaktor von einem knappen Dutzend Hersteller angeboten wird.



Als Plakat 5 Mark;
Ernst Volland, Deidesheimerstr. 29, 1 Berlin 33

Marktbeherrschend sind die beiden US-Multis Westhinghouse und General Electric, die einen Marktanteil von zusammen rund 50% haben. Dann folgen die UdSSR – die ab 1980 zwei Reaktortypen in Fließbandproduktion herstellen werden, die Framatome und die KWU. Die Framatome hat aufgrund des ambitiösen französischen Atomprogramms die KWU einstweilen überholt. Das Programm basiert auf standardisierten Serien des 900 MW- und 1300-MW-Reaktors von je dreißig Stück. Später sollen Schnelle Natriumbrüter mit Blöcken zwischen 1200 und 1800 MW folgen. Ob Frankreich allein in der Lage ist, die Finanzierung dieses Programms zu bestreiten, ist jedoch zweifelhaft.

Bei der Statuszahl von 500 Reaktoren in Betrieb, Bau oder Planung dürfte der Kreis der Anbieter in den nächsten Jahren beachtlich zusammenschrumpfen. Lediglich Westinghouse erfüllt bislang die obengenannte Voraussetzung zur Profitrealisierung. Die UdSSR hat bei funktionierender Fließbandproduktion ebenfalls gute Chancen, weiter im Geschäft zu bleiben, zumal die Abnahme hauptsächlich von Comecon-Ländern erfolgt. Für die Westeuropa-Konzerne besteht eine Überlebenschance wohl nur bei Fusion. Die nationalstaatliche Absicherung der Produktionskapazität übersteigt bereits heute die vorhandenen Möglichkeiten selbst von Industriestaaten wie Frankreich, Großbritannien und BRD, da die Binnenmärkte für die gesteckte Profitmarke zu klein sind. Eine Auslastung der AKW-Produktionskapazität ist also nur durch Exporte möglich.

Und hier fängt die Crux erst an: Die größeren Industrieländer fallen als Käufer aus, da sie eine eigene Atomindustrie haben. Die kleineren Industriestaaten wollen sich derzeit nicht auf Atomenergie festlegen. Interesse zeigen vor allem unterentwickelte Länder, von denen keines nur annähernd in der Lage ist, die teure Nukleartechnologie zu bezahlen. Außerdem gilt ihr Interesse nicht unbedingt dem Atomstrom, sondern zugleich dem militärisch verwendbaren Know-How. Bekanntlich beinhalten die Export-Verträge mit Brasilien und dem Iran auch Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen. Die deutsche KWU hat sich nach Meinung ihres Exportleiters, Hildenbrand, in den letzten Jahren lediglich durch diese beiden Export-Aufträge über Wasser halten können. Das ist symptomatisch für den Zustand der deutschen Atomindustrie.

Die Zukunft der deutschen Atomindustrie

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wies kürzlich in einer Anfrage darauf hin, daß der AKW-Bau zu den wichtigsten Zweigen der bundesdeutschen Volkswirtschaft gehört. Am Bau von AKW sind insgesamt etwa 700 Unternehmen beteiligt, davon allerdings 71 Prozent Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 200 Beschäftigten. Die Struktur der Atomindustrie ist einerseits gekennzeichnet durch die Beteiligung der führenden Multis der deutschen Elektro-, Stahl- und Bauindustrie und andererseits durch vom Atomgeschäft weitgehend abhängige Klein- und Mittelbetriebe. Der Abhängigkeitsgrad nimmt beim Atomgeschäft mit der Größe des Einzelkapitals ab, d.h. die kleinen Unternehmen tragen relativ ein größeres Risiko als die Großkonzerne. Dennoch besteht das Konkursrisiko für alle am Atomgeschäft Beteiligten, seien es Hersteller oder Betreiber, Komponenten-Hersteller oder Unternehmen, die den Profit im Brennstoffkreislauf machen wollen.

Für dieses Risiko ist Harrisburg mehr als ein Symptom: das betriebswirtschaftliche Risiko für Betreiber und Hersteller wird quantitativ erfaßbar. Seit dem Unfall muß die Metropolitan Edison zur Erhaltung des Netzes monatlich Strom für 32 Mio. Dollar kaufen. Die "Bergungsmaßnahmen" – gemeint sind die Versuche, den Reaktor unter Kontrolle zu bringen und abzuschalten – kosteten bislang 20 Mio. Dollar, für den Juni wurden weitere 5 Mio. Dollar veranschlagt. Inzwischen kündigte das Unternehmen umfangreiche Entlassungen an und will für den Fall, daß kein Darlehen in Höhe von umgerechnet 855 Mio. DM gewährt, sowie Tariferhöhungen genehmigt werden, die es erlauben, die Unfall-Kosten auf die Verbraucher und Stromabnehmer abzuwälzen, Konkurs anmelden. Die Herstellerfirma des Reaktors, Babcock & Wilcox, hat noch nicht bekanntgegeben, wieviele Aufträge inzwischen bei ihr storniert wurden. Um einer Schließungsverfügung der US-Atombehörde zuvorzukommen, haben alle Elektrizitätsgesellschaften mit Babcock & Wilcox-Reaktoren diese einstweilen außer Betrieb gesetzt.

In der Geschichte der bundesrepublikanischen Atomindustrie findet sich ein ähnliches Beispiel. Das von der AEG erstellte AKW-Würgassen mußte 1974 zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren wegen eines Schadens stillgelegt werden. Diesmal stand die Anlage 14 1/2 Monate still, denn die Wellen der beiden Niederdruckturbinen hatten tiefe Risse und mußten ausgetauscht werden. Ursache war ein Konstruktionsfehler der AEG. Die Preußenelektra als Betreiber des AKW konnte die Anlage erst am 11.11.1975 übernehmen. AEG war zu diesem Zeitpunkt noch mit 50 Prozent an der KWU, dem führenden Hersteller der Bundesrepublik, beteiligt. Nunmehr trennte sich die AEG völlig von ihrem KWU-Anteil, denn 1976 mußte sie schon insgesamt 1,5 Mrd. DM Verluste aus dem Atomgeschäft verbuchen, und bis 1980 waren weitere Verluste in Höhe von 750 Mio. DM zu erwarten. Seit dem 1. Januar 1977 ist das Haus Siemens Alleinherrscher über die KWU-Gruppe.

Die KWU hat derzeit rund 20.000 Beschäftigte, nach eigenen Angaben hat sie Kapazitäten für sechs Atomkraftwerke jährlich. Im Geschäftsjahr 1977/78 machte sie rund 5,5 Mrd. DM Umsatz. Der Verlust wurde mit 13 Mio. DM angegeben. In den Auftragsbüchern stehen noch Orders im Wert von etwa 25 Mrd. DM, aber das Auftragspolster muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Den letzten Auftrag für ein AKW hat die KWU im Sommer 1975 hereingeholt. Rund 11 Mrd. DM stammen aus Industrieaufträgen, 14 Mrd. DM aus dem Ausland. Durch Gerichtsverfahren und sonstige Verzögerungen beim Bau sind allein im Inland 7,5 Mrd. DM blockiert. Nach Einschätzung der KWU ist dieselbe Summe auch bei den Auslandsaufträgen fragwürdig. Das fängt beim AKW Zwentendorf an: Die Restzahlung in Höhe von 15% des Kaufpreises ist erst nach Inbetriebnahme des Reaktors fällig. Durch das Nein zum Atomstrom ist der Zahlungstermin in alle Ferne gerückt. Zusätzlich bestehen Forderungen an Siemens/KWU wegen Terminüberschreitungen beim Bau. Weil die Alpenrepu-

IRAN

oder Das Ende von 1001 Nacht

von Masud Ahmad Rajai

Der Film zeigt dokumentarisch die Ereignisse der letzten Phase der Revolution in Iran (Dez. 1978 bis Febr. 1979). Auskunft bzw. Verleih Masud Rajai, Tel.: 030/3238327.

medico international

Wir sind eine private sozialmedizinische Entwicklungshilfeorganisation mit Sitz in Frankfurt und suchen zwei Mitarbeiter(innen) für die Aufgabengebiete:

Logistik

Koordination, Beschaffung und Abwicklung von Hilfsgüter- und Projektausrüstungssendungen in Entwicklungsländer in enger Zusammenarbeit mit unserer medizinischen Abteilung; Übersetzungen, medizinische bzw. pharmazeutische Vorkenntnisse sind erwünscht aber nicht Voraussetzung.

Innere Verwaltung

Finanz- und Personalverwaltung sowie allgemeine Verwaltungsaufgaben; Übersetzungen; Kenntnisse in den Bereichen Buchhaltung, Rechnungswesen und Organisation sind erforderlich.

Wir wünschen uns

Mitarbeiter(innen) mit Kenntnissen über die Probleme der 3. Welt, entwicklungspolitischem Engagement, der Bereitschaft, in einem Team von hauptamtlichen Mitarbeitern und Zivildienstleistenden zu arbeiten und nach entsprechender Einarbeitung eines oder mehrere unserer Projekte zu koordinieren; Sprachkenntnisse in Englisch, Französisch oder Spanisch.

medico international, Homburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt 50, Telefon 0611/54 10 91.

blik als künftiger AKW-Kunde ausfällt, storniert die KWU jetzt Aufträge bei österreichischen Unternehmern, die für die KWU AKW-Komponenten herstellen.

Jahrhundertgeschäft – Jahrhundertpleite

Noch düsterer sieht es mit den Export-Geschäften des Jahrhunderts Brasilien und Iran aus. Die planmäßige Errichtung der beiden ersten Reaktoren bei Angra dos Reis an der Atlantikküste bei Rio de Janeiro verzögert sich durch aufwendige Fundamentierungsarbeiten im sandigen Küstenboden immer mehr. Vor dem Kongreß erklärte jetzt der Chef der brasilianischen Atomenergiebehörde, aufgrund dieser Verzögerungen sei Brasilien voraussichtlich nicht in der Lage, bis 1990 die acht vereinbarten Atomkraftwerke von der KWU abzunehmen. Zwar hat die KWU den Vertragswert der beiden Reaktoren weitgehend durch Hermes-Bürgschaften abgedeckt. Durch diese Exportversicherung kann die KWU das Exportrisiko auf 10 bis 15 Prozent verringern, läuft das Geschäft schief, muß die Staatskasse einspringen. Entsprechendes gilt für das Iran-Geschäft. Bisher hat Iran etwa 5,5 Mrd. DM in Erdöl gezahlt. Der ursprünglich vereinbarte Preis für die beiden Reaktorblöcke lag bei 8 Mrd. DM. In Iran wird befürchtet, daß die Kosten bis zur Fertigstellung auf über 13 Mrd. DM klettern werden. Die KWU räumt zumindest 10 Mrd. DM ein. Deshalb ist jetzt von Kündigung des Vertrages die Rede. Iran hat die beiden letzten Raten von zusammen 950 Mio. DM bereits nicht mehr gezahlt. Derzeit werden die Reaktoren eingemottet, damit sie nicht verrosten. Die Hermes-Versicherung begrenzt den möglichen Verlust für Siemens/KWU auf 230 Mio. DM. Für weitere vier Reaktoren in dieser Größenordnung in Iran ist indessen eingetreten, was im November 1978 noch Befürchtung war: "tiefgreifende politische Umwälzungen könnten die Kaufabsichtserklärungen der iranischen Atomenergie-Behörde in Schall und Rauch auflösen."

Die Alternative, aus dem Atomgeschäft auszusteigen und sich mit dem Bau herkömmlicher Kraftwerke zu begnügen, stellt sich für die KWU kaum, denn sie müßte die in den letzten Jahren eingekauften 6.000 bis 7.000 hochqualifizierten Spezialisten entlassen. Für einen schlüsselfertigen 1.300 MW-Reaktor kann die KWU 1,7 Mio. Ingenieurstunden abrechnen. Beim Bau von konventionellen Kraftwerkblöcken mit der gleichen Gesamtkapazität würden bei der KWU nur 36.000 Ingenieurstunden zu Buche schlagen, weil die Betreiber ihre eigene Bauabteilung einsetzen und die KWU nur Turbine, Generator und Kondensator liefern lassen.

Der zweite AKW-Bauer, die Babcock-BBC-Gruppe steckt ebenfalls in der Bredouille. Zwar kassierte die BBC im November 1978 noch einen Planungsauftrag für ein 1.300 MW-KKW in Neupotz/Pfalz, aber ob dieses Projekt verwirklicht wird, ist ungewiß. Durch die Iranereignisse und den schweren Harrisburg-Störfall geriet die BBC wegen der Anwendung der Babcock & Wilcox-Reaktorlinie in "ein gewisses Odium", wie BBC-Vorstandsvorsitzender Goehringer im Mai mitteilte. Dadurch wird ein Bestellvolumen von 1,5 Mrd. DM blockiert. Allerdings hat sie weit weniger Aufträge als die KWU. Bei der Deutschen Babcock sah es zunächst danach aus, als würde Iran seine Beteiligung verkaufen. Inzwischen hat der Aufsichtsrat von offizieller persischer Seite die Mitteilung bekommen, daß Iran sich von seinem Aktien-Paket (25,02%) nicht trennen wolle. Die Deutsche Babcock baut in Iran ein konventionelles Großkraftwerk am Kaspischen Meer – Auftragsvolumen 650 Mio. DM –, das die Stromversorgung von Teheran übernehmen soll, deshalb rechnet man damit, daß es auch fertiggestellt wird.

Im Gegensatz zur KWU würde es Babcock/BBC leichter fallen, vom AKW-Geschäft Abschied zu nehmen. Die Kapazität liegt bei zwei AKW pro Jahr. Die Entlassungen wurden schon vor anderthalb Jahren ausgesprochen, gerade rechtzeitig, um der Dortmunder Jubelveranstaltung "Gesicherte Energieversorgung" der fünf größten DGB-Gewerkschaften den notwendigen "Basisdruck" zu verschaffen. Es dürfte außerdem zweifelhaft sein, ob in Zukunft ein Elektrizitätsunternehmen sich auf die von dieser Gruppe verfügbare Reaktortechnik einläßt. Der einzige Reaktor dieses Typs in der BRD ist noch nicht fertiggestellt. Es handelt sich um Mülheim-Kärlich bei Koblenz, und nach Harrisburg gab die BBC weitere Verzögerungen bekannt.

Offensichtlich gibt es einen Widerspruch zwischen der Entscheidung der Bundesregierung über die Verwirklichung des Atomprogramms und der Rentabilitätsentwicklung in der Atomindustrie, dessen politische Folgen für die BRD diskutiert werden müßten.

LUTZ MEZ

pogrom
Zeitschrift für bedrohte Völker

„pogrom" informiert über die Situation diskriminierter und verfolgter ethnischer Minderheiten (Mehrheiten) in aller Welt.

Themen verfügbarer Sonderausgaben:
Die Afrobrasilianer, Südafrikas Bantustans, Völkermord in Burundi, Selbstbestimmung für Namibia, Südsudan – Araber gegen Afrikaner?, Japans Unberührbare (Burakumin), Südvietnams Montagnards, Freiheit für Osttimor, Indianervölker in Paraguay, in Ostbolivien, in Argentinien und in Kolumbien, Chiles Mapuche, Lateinamerikas Tieflandindianer, Dene-Indianer in Kanadas Norden.

Genaues Verzeichnis der Sonderausgaben anfordern.

Aktuelle Neuerscheinungen in der Reihe „pogrom"
Nr. 50/51 „Indianer sprechen: Forderungen, Erklärungen, Berichte aus Nord- und Südamerika" (150 Seiten, DM 5,80) 2. Auflage
Nr. 54/55/56 „Indianer in Europa: Dokumente zur Genfer Indianerkonferenz, zum Weltein geborenenrat in Kiruna/Lappland und zum BRD-Besuch" (200 Seiten, DM 7,50)
Nr. 57/58 „Westsahara – Kampf um Selbstbestimmung (mit Berichten von TdH u.a.)"
(110 Seiten, DM 5,80)
Nr. 59 „Assyrer heute – unbekanntes, verfolgtes Volk im Nahen Osten" In Buchform
(240 Seiten, DM 7,50)

'pogrom' ist auch im Buchhandel erhältlich.
Abonnement für 10 Nummern DM 30.-- (incl. Porto).
'pogrom' erscheint jetzt auch als zweimonatliches Magazin mit aktuellen Beiträgen zur Situation der 'Vierten Welt'
Einzel- und Abo-Bestellungen bei:

Gesellschaft für bedrohte Völker
Gemeinnütziger Verein
Bramscherstr. 200 4500 Osnabrück
Postscheck Hamburg 297793-207

sozialistisches INFO
OSTEUROPAKOMITEE

INFO 34: DDR - BERICHTE ZUR WEHRDIENSTVERWEIGERUNG UND ZUM WEHRKUNDEERLASS; POLEN - "FLIEGENDE UNIVERSITÄTEN"; UNGARN - OPPOSITION; CSSR - DER FALL SABATA; BRIEF V.PETR UHL; RUMÄNIEN - BERICHT
April 1979, 34 S. DM 2,oo

INFO 35: INTERVIEW MIT BORIS WEIL (UDSSR) - DISKUSSION IN DER CHARTA 77 (CSSR) - M.HARASZTI (UNGARN): WAS IST MARXISMUS? - FREIE GEWERKSCHAFTEN IN RUMÄNIEN
Juni 1979, 3o S, DM 2,oo

INFO 36: THEMENSCHWERPUNKT "FRAUEN IN OSTEUROPA" (POLEN, CSSR, RUMÄNIEN, UDSSR); POLEN: OPPOSITION UNTER ARBEITERN
Juli 1979, ca. 32 S. DM 2,oo

Bezugsbedingungen: Alle Bestellungen an SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE, Postfach 2648, 2ooo Hamburg 13; die Lieferung von Einzelheften erfolgt nach Vorauszahlung (Heftpreis zuzüglich Portoanteil von DM o,4o); Abo: Jahresabonnement DM 2o,oo (6 Hefte + 1 Sonderheft). Überweisungen: Postscheckamt Hamburg, Kto.Nr. 531 73-2o6 P.Offenborn,Sonderkto.,2 Hamburg 19

Ja, links bin ich geblieben

Gespräch mit Theo Pinkus (1. Teil)

Theo Pinkus feiert am 21. August 1979 seinen siebzigsten Geburtstag. Er ist nicht nur einer der bekanntesten Linken in der Schweiz, sondern er ist dort für alte und neue Linke seit Jahrzehnten geradezu eine Institution geworden. Auch hierzulande ist er weit über die Kataloge seines – inzwischen in eine Genossenschaft umgewandelten – Antiquariats hinaus zahlreichen Genossen bekannt. Seit seiner Berliner Lehrzeit im Rowohlt-Verlag und seiner Arbeit im "Neuen Deutschen Verlag" Willi Münzenbergs in den Jahren 1931-1933 engagiert er sich in der deutschen Linken. Seit fast 50 Jahren ist Theo Pinkus in der kommunistischen Partei, zugleich nimmt er aber auch teil an den Diskussionen und Aktivitäten der Neuen Linken. Das folgende Interview bezeugt dies: es wurde am 6. Juni am Rande der vom SB veranstalteten Sommerschule '79, die unter dem Motto "Anders arbeiten – anders leben" in den Räumen der Arbeiterselbsthilfe Frankfurt (ASH) stattfand, von Heiner Halberstadt und Heinrich Grün aufgenommen. Aus Platzgründen bringen wir es in zwei Teilen.

Grün: *Der Generation, die sich in der Protestbewegung politisierte, sind die Erfahrungen der Linken aus den letzten Jahrzehnten zumeist eher aus Büchern bekannt als aus dem Kontakt mit den wenigen älteren Genossen, die es in der Bundesrepublik – und auch in der Schweiz – gibt. Außerdem sind wir in den letzten Jahren damit konfrontiert, daß zahlreiche junge Genossen ihr sozialistisches Engagement nach vergleichsweise kurzer Zeit wieder aufgeben, wozu Repression, die sogenannte Tendenzwende, aber auch Enttäuschung und Desillusionierung beitragen. Theo, Du wirst jetzt 70 in diesem Herbst und bist noch immer ein dezidierter Linker, nach Jahrzehnten politischer Arbeit. Wie kommt's?*

Pinkus: Ja, links bin ich geblieben. Sozialist oder vielmehr Kommunist. Ich hatte dabei auch ein bißchen Glück. Denn 1923/24 bin ich in eine Schülerbewegung gekommen, aus der dann eine linke Jugendbewegung wurde, der "Freibund", in dem es intensive Auseinandersetzungen über Marxismus oder religiösen Sozialismus und ähnliche Dinge gab. Ich machte dann zusammen mit einigen Studenten einen kleinen Arbeitskreis über Geschichte der Arbeiterbewegung. Das war 1925/26 in Zürich. Dann habe ich an den Maidemonstrationen teilgenommen und die sozialdemokratische Presse gelesen. Die starke Kampagne damals gegen die Kommunisten weckte mein Interesse für diese: ich abonnierte die kommunistische Presse – "Kämpfer" hieß die Zeitung der KPS damals – und die Inprekorr, die "Internationale Pressekorrespondenz" –, die in meinem späteren Leben noch eine wichtige Rolle spielen sollte –, das war das Organ der Kommunistischen Internationale.

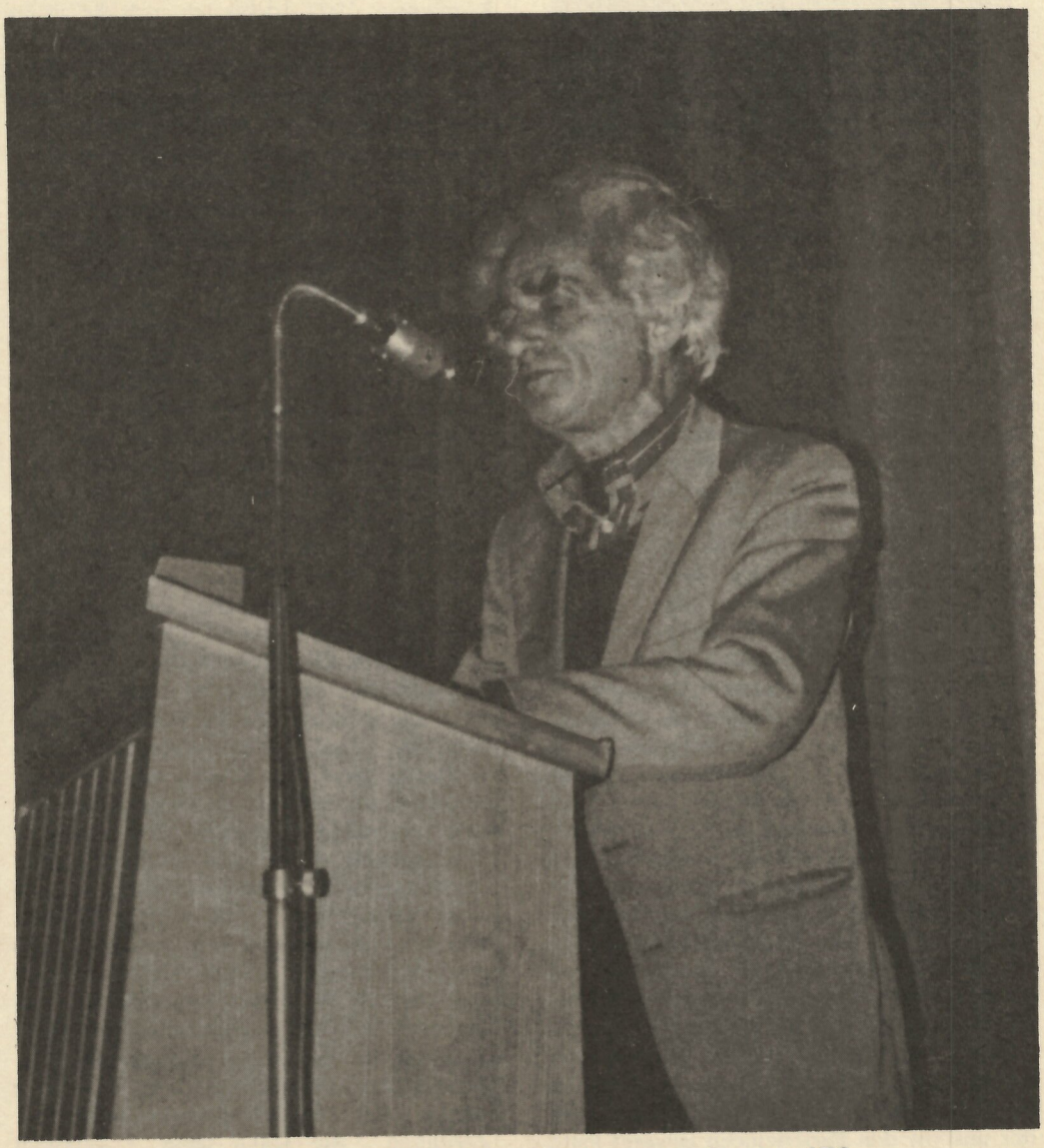
Halberstadt: *Ich habe kürzlich in den Memoiren Willi Münzenbergs (1) gelesen, daß die Schweiz aufgrund der vielen Einwanderer aus all den Ländern, in denen Sozialisten und Kommunisten verfolgt wurden, ein wichtiger Treffpunkt war. Haben diese Impulse und Berührungen mit ausländischen Sozialisten und Kommunisten für Dich und für Eure Gruppe eine Rolle gespielt?*

Pinkus: Ohne Zweifel war in den frühen zwanziger Jahren Münzenberg noch lebendig in der Kommunistischen Jugendbewegung, in der KP und auch in der Sozialdemokratischen Partei. Ich kannte ihn zwar damals noch nicht, denn als er, noch vor Kriegsende, als unerwünschter Ausländer aus der Schweiz ausgewiesen wurde, war ich neun. Aber wir lasen sein Buch "Die dritte Front" und kannten Broschüren von ihm. Der "Neue Deutsche Verlag" hatte in Zürich eine Niederlassung: eine KP-Buchhandlung, die die Vertretung hatte. Da ich Buchhändler werden wollte, weil ich keine Lust hatte, die Matura fertigzumachen, bat ich diese Buchhandlung, einen Brief an Münzenberg weiterzuleiten: ich bewarb mich für eine Lehrstelle im "Neuen Deutschen Verlag". Leider ging das nicht. Aber 1927, nach dem geschäftlichen Zusammenbruch meines Vaters, bin ich dann nach Berlin gegangen.

Halberstadt: *Was war denn Dein Vater?*

Pinkus: Zuletzt hat er ein Bankgeschäft gehabt, das elend verkracht ist. Vorher war er Journalist und hat alle möglichen Berufe ausgeübt, aber hauptsächlich Journalist, Spezialist für wirtschaftliche Fragen. Er wurde dann einmal zur Liquidation einer Bank berufen und wurde dann von den Leuten um Hugo Simon herum in Berlin, mit denen er befreundet war – Hugo Simon war 1919 oder 1920 Finanzminister von Preußen –, veranlaßt, in Zürich eine kleine Bank zu gründen. Das hat er gemacht in der Absicht, bald wieder auszusteigen, nachdem er ein bißchen zu Geld gekommen wäre, um seinen eigenen Ideen nachzugehen. Ich habe damals mit ihm Diskussionen darüber gehabt, weil ich das für falsch hielt.

Halberstadt: *Waren das auch schon linke Ideen*



Theo Pinkus als Diskutant bei einer SB-Tagung, Januar '79 Bild: Vack

bei Deinem Vater?

Pinkus: Ja. Mein Vater hat 1899 in Breslau bei Sombart studiert. Und als dieser gemaßregelt wurde, gab's einen großen Klamauk, mein Vater hat eine fürchterliche Wut auf die Preußen bekommen und ist zum Abschluß seines Studiums in die Schweiz gegangen. Er war dann Assistent bei dem Nationalökonomen August Oncken in Bern und blieb in der Schweiz. Meine Mutter, die ebenfalls aus Breslau stammt, ist 1908 in die Schweiz gekommen. Sie hatten geheiratet und sollten beide beschäftigt werden in einem zu gründenden Volkstheater in Zürich – meine Mutter war Schauspielerin. Mein Vater war für kurze Zeit auch einmal Dramaturg in Lindau, wo meine Mutter engagiert war. Aber das Volkstheater in Zürich war dann schon pleite, bevor das Haus fertiggebaut war. Während des Krieges wurde mein Vater dann Redakteur der "Schweizer Export-Revue" und kam so in die Wirtschaft – unter anderem eben zu diesem kleinen eigenen Bankgeschäft, das scheiterte. Seine Sympathien lagen während dieser Jahre politisch beim Zionismus. Er war nämlich Sekretär Theodor Herzls auf dem ersten Zionistenkongreß in Basel, und ich heiße auch nach Herzl – eben Theodor. Ich bin denn auch in den liberalen zionistischen Ideen aufgewachsen, die allerdings schon bei meinen Eltern eine kritische und sozialistische Tendenz hatten. Meine Mutter, die einen großen Einfluß auf mich hatte, war eine begeisterte Anhängerin der Kreise um Gerhart Hauptmann und Bruno Wille, die ja alle in der Nähe der Sozialdemokraten standen oder sogar – wie Arno Holz – entschiedene Sozialdemokraten waren. Sie war Schauspielschülerin bei Reinhart und hat auch mit Wedekind gespielt. In diesem sehr lebendigen Milieu mit vielen Büchern, Theater und Literatur bin ich aufgewachsen. Das hat natürlich seine Auswirkungen gehabt: es war ein kritisches und undogmatisches Milieu.

Halberstadt: *Du hast Dich vorhin auf Münzenberg bezogen. Nun war das ja wohl doch ein Übergang von dem mehr sozialistisch-liberalen, bürgerlich geprägten Elternhaus zu einer entschiedeneren politischen Gruppe in Richtung Parteikommunismus. Ist dieser Übergang langsam erfolgt oder gab es da einen Erkenntnispunkt?*

Pinkus: Es gibt einen Punkt. Der "Freibund" hat nämlich 1926 eine Schulungs- und Ferienwoche am Zuger See durchgeführt. Dort waren junge und auch ältere Kommunisten, die mit uns sehr energisch diskutiert haben. Es gab dann zwei Gruppierungen: die einen wollten gemeinsam das "Kommunistische Manifest" lesen, die anderen interessierten sich mehr für die Schriften von Leonhard Ragaz, einem der führenden, großartigen religiösen Sozialisten. Ich war natürlich auf der marxistischen Seite. Danach gründeten wir – zwei Studenten, eine Studentin und ich – in Zürich den schon genannten Arbeitskreis und haben Mehrings "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" studiert. Und so ging das dann ziemlich logisch weiter: aufgrund der antikommunistischen Haltung der Sozialdemokratie, unter dem Einfluß der Oktoberrevolution und des dezidierten Kampfes Münzenbergs gegen den Krieg wurde ich Kommunist. Eingetreten bin ich nur noch nicht, weil ich ja im Herbst 1927 nach Berlin gehen wollte.

Halberstadt: *Haben die Ereignisse 1919-21 im Nachbarland Deutschland auf Deine Entscheidung auch Einfluß gehabt, Dich der entschiedeneren Richtung anzuschließen?*

Pinkus: Damals stand ich ganz unter dem Eindruck: hier die siegreiche russische Revolution mit den Bolschewiki, die die Staatsmacht erobert hatten und tatsächlich eine neue Gesellschaft aufbauen wollten – und dort die deutsche Revolution mit Noske, Scheidemann und dem Verrat der Revolution, aufbauend auf dem Verrat von 1914. So haben wir das damals gesehen. – Also 1927 bin ich dann nach Berlin gegangen, wo ich bei Rowohlt eine Lehre als Buchhändler machte und sofort in den Kommunistischen Jugendverband eintrat. Dort war ich Mitglied bis 1929, dann

Heartfield-Montage aus AIZ, 1932

haben wir die Parteimitgliedschaft erhalten. Die letzten zwei Jahre vor 1933 habe ich dann tatsächlich bei Willi Münzenberg gearbeitet: in der AIZ, der "Arbeiter-Illustrierten Zeitung". 1927, als ich nach Berlin gekommen war, hatte die KPD ja eine relativ gute Zeit. Damals, die sogenannten Versöhnler Brandler und Thalheimer waren gerade aus Moskau zurückgekehrt, fand die letzte Auseinandersetzung statt, die noch ideologisch-politisch-theoretischen Charakter hatte, nämlich mit den Trotzkisten. Ich war immer sehr antitrotzkistisch; und zwar nicht, weil ich Trotzki nicht auch für einen großen Mann gehalten hätte, sondern aus dem einfachen Grund: wenn ich schon in die KPD eintrat, dann habe ich mich natürlich nicht mit der Opposition in der Partei verbinden können, die sozusagen die Organisation wieder zerstörte. Da war ich selbstverständlich auf der Seite der anderen. Allerdings sind wir, die Leitung des Verwaltungsbezirks Schöneberg, in der Heinrich Kurella – der Bruder von Alfred Kurella – und ich waren, vor den Kontakten mit den 'Rechten' in der KPD gewarnt worden, Kontakte, die es durchaus gab. Das Erschütternde dabei war, daß derselbe Genosse, der uns gewarnt hatte, ein Lette, später bei den ersten Moskauer Prozessen einer der Hauptangeklagten war – zwar unter einem anderen Namen, aber wir wußten, daß es derselbe war. Das war für mich sehr beunruhigend: ausgerechnet der, der uns vor den Parteifeinden gewarnt hatte, kam als Oberparteifeind vor das Gericht und wurde verurteilt und hingerichtet.

Grün: *Das schützte Dich aber damals nicht davor, nach wie vor überzeugter Stalinist zu sein?*

Pinkus: Genau, das schützte mich gar nicht, wenn auch der Begriff Stalinismus damals überhaupt noch nicht existierte. Das machte mir aber wie auch die folgenden Prozesse große Schwierigkeiten, zumal ich als Grundlektüre damals Bucharins "Theorie des historischen Materialismus" gründlich gelesen hatte und von den alten Bolschewiki begeistert war. Aber die Sowjetunion war das einzige Land der Welt, in dem die Arbeiterklasse gesiegt hatte, sie war von Feinden umstellt, und es leuchtete uns durchaus ein, daß alle Gegner der Sowjetunion jede oppositionelle Strömung, die durchaus entstehen konnte, in ihren Dienst zu stellen versuchten. Daß es dann zu solchen extremen Verschwörungen kam, wie's die Moskauer Prozesse zeigten, das war zwar schon ein bitterer Brocken für uns. Aber: Wußten wir denn, was stimmt? Wir haben eben Vertrauen gehabt. Die mußten schließlich wissen, was wirklich passiert war. Aber damals feierten wir – zehn Jahre vorher, 1927 – den zehnten Jahrestag der Sowjetunion und hörten, daß der Sieben-Stunden-Tag eingeführt werden sollte – natürlich bloße Propaganda. Wir studierten dann eifrig die folgenden Parteitage und was eben so dazugehörte und erlebten 1928 den VI. Komintern-Weltkongreß mit dem neuen Programm, wir studierten und feierten Bucharin als den großen Theoretiker und Vorsitzenden der Komintern. 1928 erlebte ich auch die größte Demonstration, die ich je erlebt habe, eine Maidemonstration in Berlin, zu der SPD, KPD und die Gewerkschaften aufgerufen hatten, mit schätzungsweise 2 Millionen Teilnehmern. Wenn Ihr Euch vorstellt, daß ein Jahr später der 1. Mai in Berlin verboten war und es zu den berüchtigten Schießereien kam und zu 32 Toten durch den damaligen Polizeipräsidenten Zörgiebel, so seht Ihr, was sich in einem Jahr abspielen kann.

Grün: *Wie hast Du den VI. Komintern-Kongreß damals aufgenommen, den Umschwung von der – verkürzt gesagt – Politik der Einheit zur Bekämpfung der Sozialdemokratie?*

Pinkus: Das habe ich natürlich richtig gefunden. Die Theorie lautete, die Sozialdemokratie sei die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, was sachlich stimmte. Denn hätte die Sozialdemokratie anders gehandelt als sie gehandelt hat, wäre die Geschichte in Deutschland anders verlaufen. Schon 1914, erst recht 1918, aber auch vielleicht 1928 oder 1929. Aber eine solche theoretische Feststellung zu einer politischen Parole zu machen, das hat genau die Stärkung der Sozialdemokratie bewirkt: die Arbeiter solidarisierten sich mit ihrer Partei gegen die Kommunisten, die behaupteten, die SPD sei das Gegenteil dessen, wofür sie selbst sie hielten. Das haben sie nicht geglaubt, denn – und das ist eine wichtige theoretische Erkenntnis, zu der ich erst später gelangt bin – die Sozialdemokratie kann noch so verrottet sein, sie kann etwa eine Politik machen wie Euer Helmut Schmidt hier, aber sie ist immer Repräsentantin der Gegenmacht. Wenn sie das nämlich nicht mehr ist, dann ist sie völlig uninteressant. Die Theorie der Hauptstütze, die dann zur Theorie des Sozialfaschismus führte – "Zwillinge", wie Stalin sagte – verkennt völlig das Problem Macht-Gegenmacht.

Die Bourgeoisie benutzt die Gegenmacht, wo sie nur kann, aber wenn diese nichts mehr repräsentiert, wenn sie keine Kraft mehr ist als Klassenkraft, dann ist sie uninteressant und wird nie weder in einer Regierung noch sonstwo sitzen.

Grün: *Wie hast Du den Zusammenbruch der Arbeiterbewegung und den Sieg des Faschismus erfahren? Bei Franz Jung habe ich einmal gelesen, daß es Leute gab, die die Machtübernahme durch Hitler zunächst gar nicht richtig mitbekommen haben, weil sie schon vorher in der Illegalität waren – eine Blindheit, die mich doch einigermaßen frappiert hat.*

Pinkus: Es ist keine Frage, daß wir das sehr genau erlebt haben. Erstens einmal war das Wachsen der Nazis ja parlamentarisch sichtbar nach 1931; zweitens sind wir ihnen auf der Straße ja dauernd begegnet – und die SA-Leute waren nicht immer sehr freundlich. Schließlich haben wir – allerdings in Schöneberg nur in ganz wenigen Fällen – erlebt, daß Genossen zu den Nazis gegangen sind.

Grün: *Aber es gab doch in der KPD auch die illusionären Sprüche wie "Nach Hitler kommen wir", was für eine nicht eben realistische Einschätzung spricht ...*

Pinkus: Ja, wir haben schon geglaubt, daß die Nazis sich nicht durchsetzen würden. Es gab die Tendenz: "Lassen wir die erst mal an die Macht, dann wirtschaften sie sofort ab!". Der "Vorwärts", die sozialdemokratische Zeitung, schrieb: "Deutschland ist nicht Italien!". Und auch bei den Kommunisten gab es diese fatale Tendenz, nur mit dem Unterschied, daß sie auch noch gegen die Sozialdemokraten Stellung nahmen, was durchaus verständlich war bei deren Verhalten: die schon erwähnten Berliner Mai-Ereignisse etwa gaben der Sozialfaschismus-Theorie gewaltig Auftrieb.

Halberstadt: *Viele sozialdemokratische Funktionäre weisen ja öfters darauf hin, daß es zwischen 1928 und 1933 gelegentlich Aktionsgemeinschaften zwischen Faschisten und Kommunisten gegeben habe. Mir ist eigentlich nur die Sache mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik (2) bekannt, wo die Aktionseinheit zwei Tage dauerte. Gibt es tatsächlich andere Beispiele, die dazu berechtigen, solche Behauptungen aufzustellen?*

Pinkus: Man muß die Situation sehen. Die Nazis haben die gesamte kommunistische Propaganda- und Organisationsform regelrecht kopiert. Auch die Parolen, die Art und Weise, wie sie an die Massen herangegangen sind, das haben sie immer erst bei den Kommunisten abgeguckt. Und nicht zufällig mußte Hitler ja auch wiederholt bei den Industriellen den Nachweis erbringen, daß es gar nicht so gemeint sei. Diese Gleichartigkeit der Propaganda wird heute zu Unrecht den Kommunisten in die Schuhe geschoben – von Totalitarismustheoretikern und -propagandisten. Beim BVG-Streik ist es offensichtlich, daß die NSBO (= nationalsozialistische Betriebsorganisation), die aus Arbeitern bestand, die in den BVG arbeiteten, den Streik voll unterstützt hat und versuchte, ihn auf ihre Mühle zu lenken, und daß die Nazi-Zeitungen versuchten, das als ihre Sache hinzustellen.

Halberstadt: *Du warst in Berlin in der Angestellten-Gewerkschaft und zugleich in der RGO-Angestellte. Nun haben wir ja heute wieder Versuche, eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) zu beleben, wenngleich da zutrifft, was Marx einmal gesagt hat, daß nämlich manche Sachen sich wiederholen, einmal als Tragödie, dann als Farce. Dennoch wäre es nützlich, in einer rückwirkenden Betrachtung einige Überlegungen zur damaligen RGO-Politik anzustellen.*

Pinkus: Die sogenannten K-Gruppen heute kopieren Formen der kommunistischen Arbeit, bis hin zur Linie und was weiß ich allem. Insbesondere haben sie auch eine Zeitlang – jetzt ja nicht mehr – diese RGO nachgemacht, ohne einen wirklichen Hintergrund in den Massen und in der Arbeiterklasse zu haben. In Wirklichkeit ist eine solche Imitation – das bezeichnest Du mit Recht als Farce – vollkommen verfehlt. Die Intelligenz und die Schichten, die nach 1968 – nach meiner Ansicht mit ein bedeutendes revolutionäres Ereignis in der deutschen Geschichte – entstanden sind, hätten sich ganz anderen Aufgaben stellen müssen, als die KPD zu kopieren und gar eine neue wiederaufzubauen oder zu gründen, wie sie es getan haben. Bei der alten RGO, die man verstehen konnte, muß man auch ihre Zusammensetzung und ihre Entstehungsgeschichte berücksichtigen. Natürlich war es eine völlig verkehrte Politik, ein klassisches Leiden der Kommunistischen Bewegung seit ihrer Gründung. Man nannte es in Parteikreisen: "rin in die Kartoffel, raus aus die Kartoffel!" – damit ist gemeint: einmal hieß es, in den Gewerkschaften zu arbeiten sei die Hauptsache, dann wieder wurden eigene rote Verbände aufgestellt. Stalin gab die berühmte Erklärung ab, daß man sich auch in Deutschland vorstellen könne, daß es parallel zu den reformistischen Gewerkschaften wieder revolutionäre gebe. Immerhin gab es das in Frankreich – CGT und CGTU – und in anderen Ländern auch, in Spanien gab es sogar noch starke anarchistische Gewerkschaften. Also kann man nicht sagen, daß das einfach vom Himmel heruntergeholt worden wäre. Aber für Deutschland war das eine ganz katastrophale Einschätzung der Gewerkschaften. Allerdings kam es bei dem Verelendungsprozeß der deutschen Arbeiterklasse zwischen 1929 und 1933 immer wieder zu Streiks, die von den Gewerkschaften nicht anerkannt worden sind, zu Arbeitslosenkundgebungen und großen Demonstrationen, die keine gewerkschaftliche Unterstützung fanden, und so entstand auch in den Massen immer wieder der Wunsch, das irgendwie zu organisieren. So entstand aus den Komitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition – wobei schon der Begriff ja sagt, daß sie **innerhalb** der Gewerkschaft Opposition machen sollten – plötzlich eine zentrale Leitung, neue Verbände, die sich bezeichnenderweise Einheitsverbände nannten, wurden gegründet und die RGO löste sich los und wollte alle oppositionellen und unorganisierten Kräfte organisieren, um die Gewerkschaften zu überrunden oder wenigstens zu einer anderen Haltung zu zwingen. "Die Bonzen zu zwingen", das ist ja wohl heute auch noch nicht ganz vom Tisch ...

November 1932

Halberstadt: *Wann hast Du Deutschland verlassen und was war der unmittelbare Anlaß?*

Pinkus: Im Januar 1933. Wenige Tage, nachdem der Reichstag angezündet worden war, erlebte ich eine Hausdurchsuchung. Sie wurde durchgeführt von einem SA-Mann und einem – anscheinend sozialdemokratischen – Polizisten. Der SA-Mann war Arbeiter und hielt sich völlig an den sozialdemokratischen Fachmann. Da ist dann weiter nichts passiert, die haben halt nur die Bücher gesehen und so, aber mein Paß wurde beschlagnahmt. Ich ging zur schweizerischen Botschaft, wo man mir sagte, es hätte gar keinen Zweck, wenn ich hierbliebe, das sei doch alles ein bißchen viel: Jude, Kommunist und Ausländer. Man gab mir einen neuen Paß mit der Empfehlung, in die Schweiz zurückzureisen. Ich reiste dann nach Rücksprache mit einigen Genossen ab, meine Mutter schickte mir sofort die ganze

Olle und Wolter

Der Bahro-Kongreß
Aufzeichnungen, Berichte, Referate
Beiträge von Dutschke, Mandel, Hejzlar, von Oertzen, Rossanda, Altvater, Pelikan, Bolaffi u.v.a.
Die Dokumentation des Berliner Bahro-Kongresses vom Nov. 78.
240 Seiten, DM 16,80

Norman Geras
Rosa Luxemburg
Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus
192 Seiten, DM 19,80

Perry Anderson
Antonio Gramsci
Eine kritische Würdigung
116 Seiten, DM 9,80

Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg u.a. (Hrsg.)
Lateinamerika
Analysen und Berichte 3
Neue Klassenverhältnisse und Widerstandsformen
320 Seiten, DM 24,80

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1 Berlin 30

Bibliothek nach Zürich. Einige Tage später waren die Nazis tatsächlich wiedergekommen und verfügten die Ausweisung. Meine Eltern gingen nach Paris, meine Schwester kam auch nach Zürich. Dort erschien seit 1932 die Inprekorr unter dem Namen "Rundschau" als Fortsetzung der Internationalen Pressekorrespondenz, des Organs der Komintern. Diese hatte einen Tagespressedienst, und in diesem wurde ich als legaler Redakteur angestellt. Ich hatte ja den Vorteil, legaler Schweizer zu sein. Ich war fünf Jahre lang Korrespondent und Redakteur, und in jener Zeit habe ich sehr viel dazugelernt. Aus vielen Ländern kamen sogenannte Privatbriefe, das heißt Berichte von illegalen Leuten, die wir zu Nachrichten und Meldungen verarbeiteten. Dabei bin ich natürlich über die ganze kommunistische Weltbewegung informiert worden, das war eine hervorragende internationale Lehrzeit.

Halberstadt: *Gab's denn eine Steuerung dieses Pressedienstes? Mußtet Ihr Euch an die jeweilige Parteilinie halten?*

Pinkus: Ja sicher. Aber das wirkte sich weiter nicht so sehr aus, weil ein Pressedienst ja jeden Tag erscheint und einfach das Material, das er bekommt, zu verwerten hat. Wir erhielten aus Moskau die Telegramme über die weltpolitischen Ereignisse und über das, was sich in der Sowjetunion abspielte, das hieß auch über die Prozesse und die Kongresse. Und wir bekamen von den anderen kommunistischen Parteien Berichte. Unser Chef, der uns alle halbe Jahre zu Aussprachen holte, war Julius Alpari, der mit Liebknecht und Hendrik de Man 1907 in Stuttgart die Jugendinternationale (3) gegründet hatte, 1921 die Inprekorr aufgebaut hatte und sie bis zu seiner Ermordung durch die Nazis leitete.

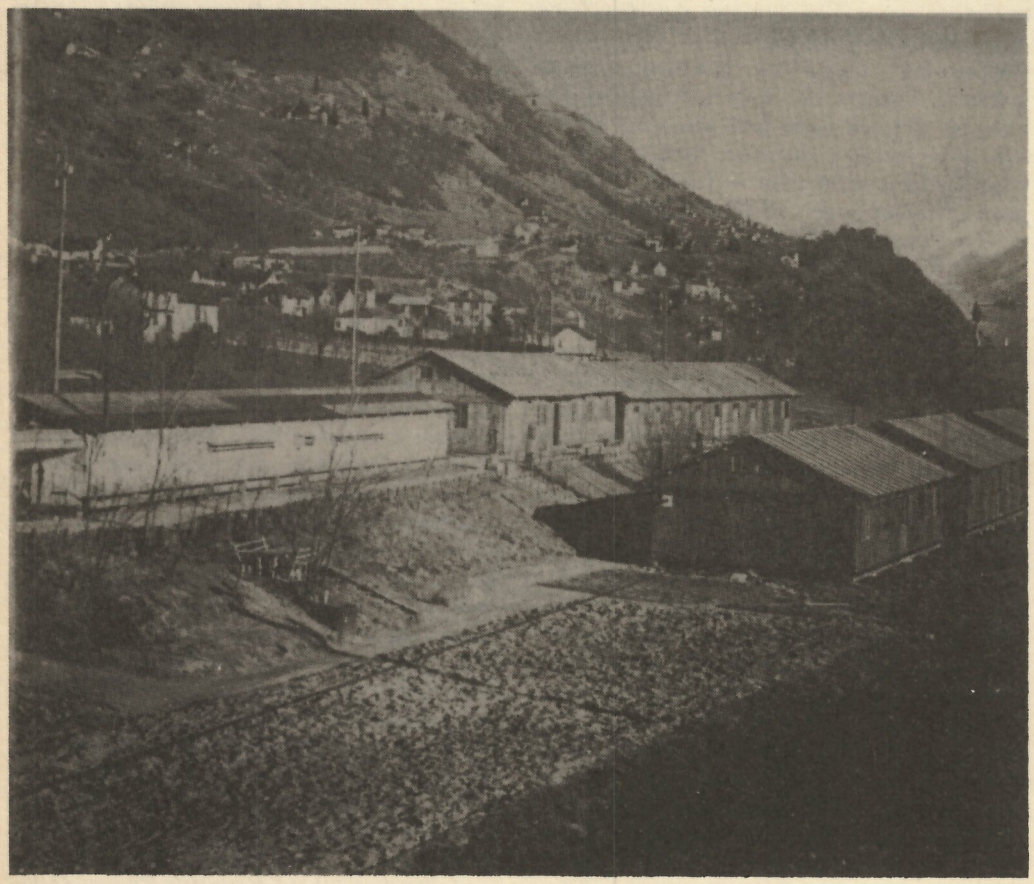
Grün: *Du kamst aus der Berliner KPD-Zentrale nach Zürich, aus dem AIZ-Verlag und aus dem großen Münzenberg-Konzern. Was hat denn damals die KPS repräsentiert? Ich kann mir vorstellen, daß es damals in Zürich nichts Vergleichbares gab ...*

Internierte beim Dammbau im schweizerischen Gordola

Pinkus: Nein. Die KPS war 1933 eine sehr sektiererische Gruppe, aber noch mit einem gewissen Einfluß in Zürich. In Basel war sie ziemlich fundiert, da gab es ja auch zwei Gewerkschaftszentralen, weil die Sozialdemokraten, da sie die Mehrheit nicht erhielten, sich abgespalten hatten. Die KPS war zwar klein, aber sie war doch immerhin in der ganzen Schweiz verbreitet und hatte in Basel den "Vorwärts" und in Zürich den "Kämpfer" als Tageszeitungen. Natürlich bin ich in die KPS übergetreten und in die zuständige Gewerkschaft. Sicher hatte ich am Anfang so wie viele deutsche Genossen, sogar Emigranten, die als Verfolgte kamen, ein bißchen Lehrmeisterallüren gegenüber den Schweizern: "Weil wir det so gemacht haben, müßt ihr det ooch so machen." Zum Beispiel in der RGO-Frage. Ich habe 1934 in der Partei Amalie kennengelernt, mit der ich jetzt 45 Jahre zusammenlebe. Sie habe ich dann veranlaßt, sie war Angestellte, in den Kaufmännischen Verein einzutreten und dort unsere Losungen ein bißchen zu vertreten. Das war natürlich völliger Unsinn, wie sie dort dann aufgetreten ist, aber das war eben damals noch Parteilinie. Im Jahr 1935 fand dann der VII. Weltkongreß statt, wonach die ganze Führung der KPS abgesetzt worden ist. Jules Humbert-Droz (4), der zehn Jahre Kominternsekretär war und 1932 in die Schweiz zurückgeschickt worden ist als Mitarbeiter des ZK, aber ohne großen politischen Einfluß, weil er ja mit Stalin wegen der RGO, dem Sozialfaschismus und ähnlicher Dinge Krach hatte, wurde jetzt verantwortlicher Leiter der KPS. Es kam zu dem vielleicht besten Kongreß der KPS 1936 in Zürich, der von Humbert-Droz vorbereitet worden ist. Er blieb dann an der Spitze der Partei bis 1939/40, als die Illegalität der Partei begann und er durch das Wirken von Hofmaier (5), der später eine führende Rolle in der Partei spielte, ausgeschlossen worden ist, wie alle Leute, die Hofmaier irgendwie unsicher erschienen.

Halberstadt: *Habt Ihr auch mit dem antifaschistischen Widerstand in Deutschland zusammengearbeitet? Es gab ja in der Schweiz auch Internierungslager.*

Pinkus: Natürlich gab es Zusammenarbeit, und ich habe heute noch freundschaftliche Verbindungen mit Genossen, die damals in der Schweiz interniert waren, mit Paul Meuter in Dresden oder Bruno Kaiser, dem langjährigen Leiter der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus, der damals auch in einem Lager war, dann allerdings entlassen wurde, damit er in Liestal das Herwegh-Mu-



Sonderlager für "Linksextremisten" 1933-45 in der Schweiz

seum einrichten konnte. Es gab eben immer wieder Möglichkeiten, über Beziehungen bestimmte Leute dann doch wieder herauszubekommen, aber sie saßen tatsächlich in Arbeitslagern und wurden keineswegs immer sehr freundlich behandelt. Das ist bekannt. Vor allem das neue Buch von Mittenzwei, "Exil in der Schweiz", ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich.

Grün: *Und die KPS ist 1940 verboten worden. Was war der Anlaß und die offizielle Begründung? Ging es dabei um die Frage der Landesverteidigung?*

Pinkus: Nein. Die Ursache war der direkte Druck der Nazis und die Tatsache, daß die Reaktionäre im Schweizer Bundesrat die Gelegenheit nur allzu gerne benutzt haben, um die KPS zu verbieten.

Halberstadt: *Wie stark war die KPS, als sie verboten wurde?*

Pinkus: Das kann ich zahlenmäßig nicht genau sagen, wahrscheinlich so zwischen vier- und fünftausend Mitglieder.

Halberstadt: *Ich frage deshalb, weil mich interessiert, ob es namhaften Protest gegeben hat.*

Pinkus: Sicher gab's Protest. Es wurde das Freiheitskomitee gegründet, das gegen die Prozesse gegen Kommunisten Stellung nahm und das von Sozialdemokraten und Liberalen, aber in engem Kontakt mit den Genossen der KP, geführt wurde. Es gab Proteste, und die KP arbeitete dann illegal weiter, wurde teilweise auch verfolgt. Ich wurde dann 1943 ausgeschlossen mit der absurden Anschuldigung, ich hätte immer am Rand der Partei gestanden und eine Fraktion gemacht, was überhaupt nicht stimmte. Meine Haupttätigkeit in diesen Jahren lag allerdings bei den Naturfreunden. Von 1935/36 an waren Amalie und ich als Kommunisten aktiv bei den Züricher Naturfreunden, dann auch in der Landesleitung. Und da haben wir eine sehr gute Arbeit geleistet, von der Partei eher beargwöhnt. Wenn wir mit immerhin tausend Leuten Skilager im Engadin durchgeführt hatten oder mit 500 zum ersten Mal nach Zermatt gefahren sind für wenig Geld, so haben wir unseren KP-Genossen geantwortet: "Bitte, kommt doch hin, Ihr könnt ja agitieren, aber wenn wir's nicht organisieren, habt Ihr ja nicht einmal den Ort, wo Ihr agitieren könnt."

Grün: *Vielleicht kannst Du noch etwas sagen zur Bedeutung der Naturfreunde damals, Du hast ja an anderer Stelle einmal von der "Eroberung der Alpen durch die Arbeiter" gesprochen ...*

Pinkus: Die Naturfreundebewegung ist bekanntlich in den neunziger Jahren in Österreich gegründet worden, die Schweiz war lange nur ein kleiner Ableger; aber 1915 oder 1916 wurde dann ihre selbständige Organisation gegründet, und die Naturfreunde sind heute eine Bewegung, die immerhin an die 35.000 Mitglieder zählt und über hundert Stützpunkte und Häuser hat. In den dreißiger Jahren hatten die Linken einen recht großen Einfluß, der heute zurückgegangen ist. Wir wurden 1950 in einer Art Putsch von den sozialdemokratischen Vertretern mit knapper Mehrheit abgesetzt. Wir haben uns dann dadurch ein bißchen gerächt, daß wir das einzige Naturfreundebuch, das es gibt, geschrieben haben, es heißt: "Sonne, Fels und Schnee" und hat eben die "Eroberung der Alpen durch die Arbeiter" zum Thema. Es wäre natürlich nie zustande gekommen, wenn nicht damals der Verlag "Neues Leben" mal zehntausend in der DDR verkauft hätte. Wir haben in der Schweiz dann immerhin auch an die 2.000 Exemplare verbreitet.

Grün: *Wie war das mit Deinem Ausschluß aus der KPS und Deinem Eintritt in die SP?*

Pinkus: Also ich wurde 1943 ausgeschlossen unter Ausnutzung der Illegalität, in der man sich nicht wehren konnte. Man hat mir das in zwei illegalen Besprechungen mit zwei, drei Leuten mitgeteilt. Amalie ist daraufhin einfach aus der Mitgliederliste gestrichen worden, mit ihr hat man gar nicht erst geredet. Das hat sie tief getroffen, da sie immer eine feministische Grundhaltung hatte – mit klar sozialistischer Richtung natürlich. Sie fand das unerhört, in einer kommunistischen Partei gestrichen zu werden, bloß weil ihr Mann ausgeschlossen worden war. Die Genossen, die in der Basis waren, haben uns dann gebeten, sie zu unterstützen und in die SP zu kommen, wo sie – auch auf Anweisung der Partei natürlich – aktiv waren. So traten wir in die SP ein. Nach dreimonatigen Verhandlungen wurden wir aufgenommen. Die SP hatte noch einiges vor, ich hätte allerhand Karrieren machen können, etwa im Bildungswesen. Ich habe mich jedoch darauf beschränkt, bei den Naturfreunden zu arbeiten und vor allen Dingen in der SP jedesmal einen revolutionären oder kommunistischen Standpunkt einzunehmen. Vor allem habe ich mich für die Weltfriedensbewegung, gegen die Atombombe und

Anti-Atom-Kampagne nach 1945

diese Dinge eingesetzt. Im Jahre 1948 war ich in Prag, wenige Tage nach der kommunistischen Machtübernahme. Von dort fuhr ich nach Dresden, das damals noch vollständig zerstört war. Dort traf ich eine ganze Reihe Freunde und Genossen, die ich aus ihrem Exil in der Schweiz kannte. Sie baten mich, an dem dort stattfindenden Volkskongreß – das waren Kongresse, die in einem gewissen Sinn die spätere DDR vorbereitet haben – ein paar Worte zu sagen. Ich habe als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und als Leiter der Naturfreunde die Prager Ereignisse begrüßt. Das ist dann in die Presse gekommen und in der Schweiz ausgeschlachtet worden. Die bürgerliche Presse stellte mich als "untragbar" für die SP hin. Das hat zu einem zweijährigen Ausschlußverfahren gegen mich geführt, an dessen Ende ich – wenn auch "mit Bedauern" – als untragbar ausgeschlossen wurde. Beim Ausschluß war zuletzt der Genosse Humbert-Droz, inzwischen Sekretär der SPS, beteiligt, derselbe, der früher, weil er damals selber noch nicht ausgeschlossen war, schon bei meinem Ausschluß aus der KPS assistiert hatte. Merkwürdige Schicksale! Trotzdem haben wir uns später in der Friedensbewegung, der Anti-Atombewegung wieder gesehen und wieder einigermaßen verstanden. Also das ist die Ausschluß-Geschichte.

Anmerkungen

(1) Willi Münzenberg (1899-1940) gehörte zu den besten Köpfen der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Mitgründer und Vorsitzender der Jugend-Internationale gleich nach dem Krieg (vgl. Fn. 3). Dann organisierte er im Auftrag Lenins 1921 die Internationale Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, die sich zur größten proletarischen Hilfsorganisation entwickelte. 1924-1933 KPD-Abgeordneter im Reichstag, 1927 ins ZK der KPD berufen. Seit 1924 Leiter des "Neuen Deutschen Verlages", der mehrere Zeitungen – unter anderen seit 1925 die berühmte "Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" (AIZ) – herausgab. 1933 emigrierte er nach Paris und setzte den agitatorischen und propagandistischen Kampf gegen Hitler fort, u.a. mit dem von ihm herausgegebenen "Braunbuch über den Reichstagsbrand". Die Moskauer Prozesse führten zu Münzenbergs Bruch mit der kommunistischen Partei. Auf der Flucht vor den 1940 in Paris einmarschierenden deutschen Truppen wurde er von unbekannter Hand ermordet.
Ausgewählte **Literatur***: Willi Münzenberg, "Die dritte Front. Autobiographische Aufzeichnungen", Berlin 1929, Reprint Ffm, 1972 (Verlag Roter Stern); ders., "Propaganda als Waffe", Paris 1937; Babette Groß, "Willi Münzenberg, Eine politische Biographie", Stuttgart 1967; zur AIZ vgl. "Ästhetik und Kommunikation", Heft 10, 1973.*

(2) Im November 1932 riefen die Arbeiter der sozialistisch geführten Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) einen Streik aus gegen eine Lohnkürzung. Die Gewerkschaftsführung versagte aber dem Ergebnis einer Urabstimmung für den Streik ihre Anerkennung, während dieser Streik der vorherrschenden Geschichtsschreibung zufolge, von KPD und Nationalsozialisten gemeinsam unterstützt, zur Machtergreifung Hitlers beitrug. Die bekannte Gleichsetzung von Linksradikalismus und Rechtsradikalismus, angeblich beide in derselben Weise antidemokratisch und totalitär und an der Zerstörung der Weimarer Republik beteiligt, stützt sich immer wieder darauf, daß die KPD den Volksentscheid der Nazis gegen die sozialdemokratische Preußen-Regierung unterstützt habe, und auf den BVG-Streik. Die ideologische Funktion dieser Gleichsetzung heute liegt auf der Hand.

(3) Am Rande des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale 1907 wurde die Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen gegründet, kurz Sozialistische Jugendinternationale genannt, die in Wien ein Büro unter Robert Danneberg unterhielt. Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte Danneberg die Tätigkeit des Büros faktisch ein, die Jugend-Internationale schien wie die II. Internationale ein unrühmliches Ende gefunden zu haben. Aber der Sozialistische Jugendverband der Schweiz unter Münzenberg organisierte im April 1915 in Bern eine Internationale Sozialistische Jugendkonferenz gegen Krieg, Kapitalismus und Burgfriedenspolitik. Das Büro wurde in die Schweiz verlegt, Münzenberg wurde zum internationalen Sekretär gewählt. Er gab seit 1915 auch die Zeitschrift "Jugend-Internationale" heraus, an der Lenin, Trotzki, Karl Liebknecht, Bucharin, Radek, Alexandra Kollontai, O. Rühle und andere mitarbeiteten. Die Jugendkonferenz bildet nicht weniger als die internationalen Konferenzen in Zimmerwald (Sept. 1915) und Kienthal (April 1916) eine wichtige Station zur Wiederaufnahme des revolutionären Internationalismus.

(4) Jules Humbert-Droz (1891-1971) stammte aus einer Uhrenarbeiterfamilie aus La Chaux-de-Fonds, Doktor der Theologie und Pfarrer. Er führte während des Ersten Weltkriegs die Sozialistische Jugend der französischen Schweiz, dann Mitbegründer der KPS und von 1921 bis 1932 Sekretär im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. 1932 Rückkehr aus Moskau, 1936 Generalsekretär der KPS, 1943 ausgeschlossen. Eintritt in die Sozialdemokratische Partei, 1945 deren Sekretär für die französische Schweiz, 1946 bis 1956 Zentralsekretär der SP. Ausgewählte **Literatur***: "Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal", Wien 1964; dreibändige Memoiren von Humbert-Droz sind zwischen 1969 und 1972 im Verlag A la Baconnière in Neuchâtel erschienen (in französischer Sprache).*

(5) Karl Hofmaier (geb. 1897), Mitbegründer der KPS 1921, 1924-1936 Funktionär der Komintern, v.a. in Italien. 1927-1934 in den Kerkern Mussolinis, 1934 freigelassen, Rückkehr in die Schweiz bzw. nach Moskau, wo er weiter im Dienst der Komintern arbeitete. 1943 vom Schweizer Bundesstrafgericht wegen verbotener kommunistischer Tätigkeit zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. 1944 Zentralsekretär der unter dem Namen Partei der Arbeit neu gegründeten Kommunistischen Partei, 1947 ausgeschlossen.
Literatur*: Karl Hofmaier, Memoiren eines Schweizer Kommunisten 1917-1947", Zürich 1978 (rotpunkt-Verlag).*

Linke Pfadfinder

Die Entwicklung des BDP zum politischen Jugendverband

Mit dem Beitrag von Axel Hübner nehmen wir unsere Berichte zur Geschichte der Neuen Linken in der Bundesrepublik wieder auf.

Die Tatsache, daß sich der Bund Deutscher Pfadfinder von einem traditionellen Pfadfinderbund zu einem linken Jugendverband entwickelt hat, erregt den Argwohn von Verfassungsschützern und Jugendministerien, die Überraschung von Eltern, die beim Eintritt ihrer Kinder in diesen Verband befürchtet haben, daß diese bald mit einer Uniform nach Hause kommen. Diese Entwicklung des BDP ist eng mit der Geschichte der außerparlamentarischen Opposition verknüpft, mit ihrem Angriff auf verkrustete Strukturen, aber auch mit den Wirrungen des Zerfalls dieser Bewegung. Am Ende hatte sich aber doch ein Jugendverband im politischen und pädagogischen Zusammenhang der undogmatischen Linken konstituiert.

Zwei Legenden verstellen heute den Blick auf diese Entwicklung, zwei Legenden, die auf Eindeutigkeit zielen und Widersprüchlichkeiten nicht dulden.

Die eine Legende besagt, hier sei ein reaktionärer, autoritärer bis faschistisch organisierter Jugendverband unter dem Ansturm der APO in Bewegung geraten und habe sich nur durch den totalen Bruch mit seiner Vergangenheit zu einem linken Jugendverband entwickeln können. Eine andere Legende hat unlängst Reinhard Schmöckel, der persönliche Referent des Altbundeskanzlers in dem Buch "Strategie einer Unterwanderung – vom Pfadfinderbund zur revolutionären Zelle" in die Welt gesetzt. Danach hat eine kleine Clique junger Männer, "fanatisierte rücksichtslose Parteigänger einer revolutionären Umwälzung unserer gesamten Gesellschaftsordnung, erfüllt vom Haß auf die freiheitlich-pluralistische Demokratie" den BDP unterwandert, zersetzt und schließlich in eine "revolutionäre Zelle" verwandelt. (S. 15)

Die Bündischen und die Scouts

Beide Versionen gehen an der widersprüchlichen Geschichte dieses Verbandes vorbei. Seit seiner Gründung 1948 vereinigte er zwei unterschiedliche politische und pädagogische Strömungen: Auf der einen Seite wirkte die bündische Tradition der deutschen Jugendbewegung fort, geprägt durch Kleingruppenarbeit, Abenteuerlust, die sich in Großfahrten auszuleben versuchte, musische Aktivitäten wie Gesang und Theater, liberales politisches Engagement. Für diejenigen, die in diesen Gruppen aufwuchsen, bedeutete dies die Sicherheit eines überschaubar strukturierten Freizeitbereichs, der wesentliche Bedürfnisse nach Aktivität, Solidarität, Orientierungsmöglichkeit und Geselligkeit erfüllte – sich nach außen aber weitgehend abschottete und so notwendig borniert blieb. Die Erinnerung an diese Zeit ist für viele Beteiligte daher – bei aller Einsicht in die Notwendigkeit des Bruches – auch immer mit der Trauer über einen verlorenen Lebenszusammenhang verbunden. Auf der anderen Seite wirkte eine militäristisch-scoutistische Tradition fort, die sich durch Forderung nach strikter Disziplin, starre formale Regeln, Mutproben, Großlager und eine ausgeprägte Hierarchie auszeichnete. Beide Strömungen prägten die einzelnen Landesverbände des BDP in unterschiedlicher Weise und führten so zu einem sehr heterogenen Erscheinungsbild.

Studium des realen Sozialismus

Der Landesverband Hessen, in dem ich "aufgewachsen" bin, war stark von der bündisch-jugendbewegten Tradition beeinflußt. So organisierte er z.B. 1963 das große Lager zur 50jährigen Wiederkehr des Jugendtages auf dem hohen Meissner mit, zeichnete sich in der Praxis der Jugendarbeit durch eine strikte Ablehnung aller Varianten des Scoutismus aus. Dem entsprach ein unorthodoxes politisches Engagement, das den Verband auch in Auseinandersetzungen mit den Staatsschützern verwickelte: So unterhielt er als einer der ersten bürgerlichen Jugendverbände offizielle Kontakte zur FDJ; 1961 reiste eine Gruppe auf Einladung der FDJ nach Leipzig, lud die Leipziger zu einem Gegenbesuch nach Hessen ein, der allerdings vom hessischen Innenministerium verboten wurde – damals war das "Handschellen-Gesetz" noch in Kraft. 1967 fuhr eine Gruppe von 60 Jugendlichen des BDP-Hessen nach Prag, um mit der im BDP entwickelten Methode der "politischen Kundschaft" den realen Sozialismus zu studieren. Der vom hessischen Landesvorstand herausgegebene Reisebericht begann mit einem Zitat von Ernst Fischer: "Die demokratische Revolution, die in Prag begonnen hat, die Vereinigung von Kommunismus und Freiheit, wird Epoche machen".

Also, ein reaktionärer Verband war der BDP zumindest mit seinem jugendbewegten Flügel mitnichten. Wie kam es dann zu den Auseinandersetzungen, die 1971 zur Spaltung und zum Austritt des "Bundes der Pfadfinder" führten?

Entscheidend für die Polarisierung war die Tatsache, daß auf allen Ebenen Mitglieder des BDP in der Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung mitarbeiteten oder zumindest damit sympathisierten, Erfahrungen dieser Bewegung in den BDP hineintrugen und keine wachsame Erwachsenenorganisation wie bei anderen Jugendverbänden durch Disziplinierung und Ausschlüsse für die Durchsetzung der reinen Lehre sorgte. Dabei waren besonders zwei Momente der außerparlamentarischen Opposition für uns von Bedeutung.

Bernfeld oder Koltschak

1. Die Entwicklung einer antiautoritären Pädagogik, erprobt in Kinder- und Schülerläden, die Einsicht in die politische Bedeutung von Pädagogik zwang zum gründlichen Überdenken der eigenen Praxis. Siegfried Bernfeld und A.S. Neill wurden gelesen und diskutiert, besonders wichtig war Adornos "Erziehung nach Auschwitz" mit dem Diktum "Jede Debatte über Erziehungsideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz sich nicht wiederhole". Das kratzte an unserer bündischen Gruppenseligkeit: Wo blieb eigentlich die Erziehung zur Kritikfähigkeit, wenn wir am lodernden Feuer Jugendliche noch immer auf das Pfadfinderversprechen vereidigten: "Ich verspreche auf meine Ehre, daß ich mein Bestes tun will, Gott und

dem Vaterland zu dienen, jederzeit und allen Menschen zu helfen und dem Pfadfindergesetz zu gehorchen"? Das Pfadfindergesetz, das unter anderem die Forderung "Der Pfadfinder weiß sich einzuordnen" enthielt, die morgendlichen Flaggenparaden bei den Lagern wurden uns suspekt, auch unsere Lieder, die wir bis dahin einfach gesungen hatten, weil sie schön waren: "Hei, die weißen Wogen löschen roten Brand, Koltschak kommt gezogen, er befreit das Land". Wir dachten darüber nach, welchen roten Brand der weiße General Koltschak in der russischen Revolution wohl zu löschen hatte. Auch die Rolle der Führer – wenngleich sie gewählt waren – vom Sippen- über den Stammes-, Horst-, Gau-, Landes- bis Bundesführer war nicht mehr selbstverständlich. Einerseits waren sie es, die die Entscheidungen trafen, die Jugendlichen in der Rolle der Mitmacher und Angepaßten hielten. Andererseits dämmerte uns, daß diesen Gruppenführern – häufig erst 13, 14 Jahre – mit ihrer Autoritätsrolle kein Gefallen getan wurde. Sie wurden dazu erzogen, für andere zu denken und zu handeln, wurden überfordert, zu gleichberechtigter Kommunikation unfähig gemacht. Für die, die als "Führer" im Verband aufgewachsen waren, bedeutete dies auch eine Auseinandersetzung mit diesem speziellen Sozialisationsprozeß als "Führer", eine Ablehnung der jahrelangen Überforderung.

Der Schah als Ehrenpräsident

2. Die internationale Orientierung der Studentenbewegung, die Auseinandersetzung mit der Rolle der imperialistischen Staaten gegenüber den Befreiungsbewegungen der dritten Welt, die besorgten Anfragen durch den Weltpfadfinderbund, ob denn die "Kommunisten" im BDP immer noch aktiv seien, führte dazu, die politischen Funktionen der Weltpfadfinderbewegung genauer zu untersuchen. Während des "Sommercamps '70" des BDP auf dem Jugendhof Dörnberg wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit Funktion und Struktur der Weltpfadfinderbewegung auseinandersetzte. Dabei gingen den Teilnehmern die Augen über – es zeigte sich, daß die gern behauptete politische Neutralität des Weltpfadfinderbundes reine Augenwischerei war. Anhand der Lektüre internationaler Pfadfinderzeitschriften und Veröffentlichungen des Weltbundes ergab sich z.B.,

- daß in dem Leitungsgremium des größten Verbandes, des amerikanischen, Vertreter von Banken, Industrie und Militär dominierten – mit Nixon als Ehrenpräsident,
- die amerikanischen Pfadfinder ideologisch zu einer strikten Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam erzogen wurden,
- der Altpfadfinder und Oberkommandierende der US-Armee in Vietnam, General Westmoreland, den amerikanischen Scouts als Leitbild empfohlen wurde,
- die griechischen Pfadfinder das Obristenregime unter Papadopoulos engagiert unterstützten,
- in Persien der Schah als Ehrenpräsident fungierte (1979 wollte er übrigens das Jamboree, das große Weltpfadfindertreffen in Teheran eröffnen – daraus wurde bekanntlich nichts mehr),
- der chilenische Verband wegen "sozialdemokratischer und freimaurerischer Tendenzen" aus dem Weltbund ausgeschlossen wurde,
- der Weltbund von seinen Mitgliedern die Anerkennung "fundamentaler Prinzipien" verlangte, z.B. das Weltpfadfinderversprechen mit dem bemerkenswerten Satz "Ein Pfadfinder gehorcht den Befehlen seiner Eltern, Sippenführer oder Feldmeister ohne Frage".

Auf eine Anfrage des Weltbundes, ob der BDP die Prinzipien der Weltpfadfinderbewegung noch anerkenne, antworteten wir denn auch folgerichtig, daß dies nur möglich sei, "soweit sie demokratischen Grundsätzen nicht widersprechen". Der Ausschluß aus dem Weltbund ließ denn auch nicht mehr lange auf sich warten.

Um diese beiden Fragen: Pädagogische Praxis und Rolle des Weltpfadfinderbundes polarisierte sich schließlich die Auseinandersetzung im BDP und führte 1971 zur Spaltung. Eine Minderheit, die weiterhin mit dem Weltbund zusammenarbeiten wollte und eine Reform der pädagogischen Praxis ablehnte, trat aus und gründete den "Bund der Pfadfinder".

Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen

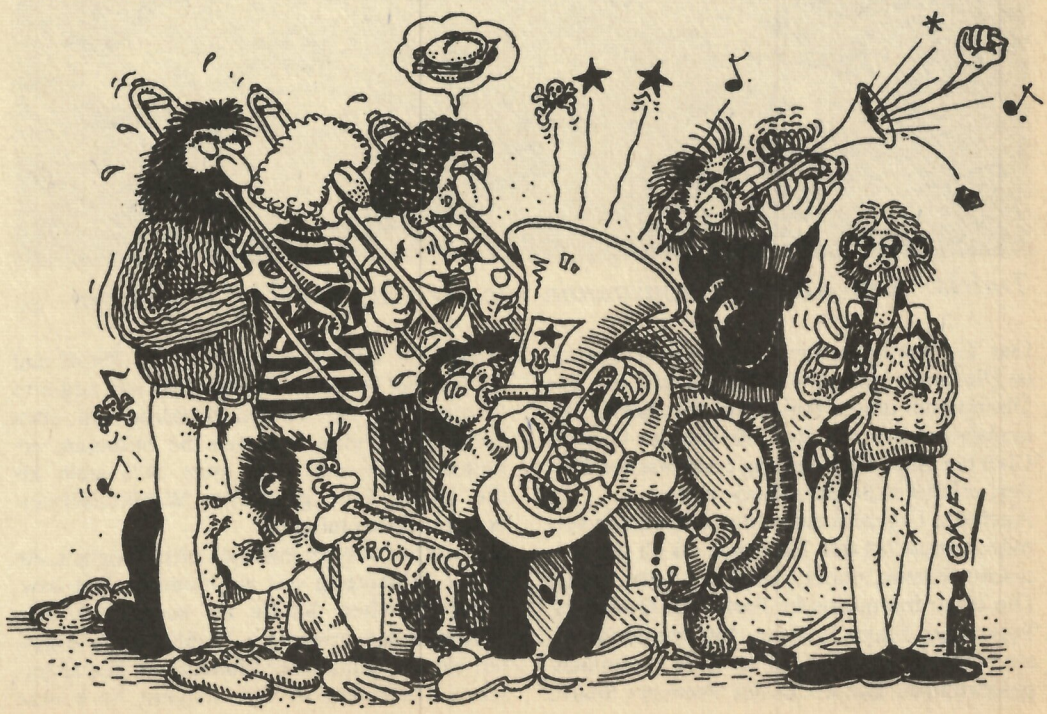
Der BDP ist in seiner weiteren Entwicklung von dem Zerfall der außerparlamentarischen Opposition erheblich beeinflußt und durchgerüttelt worden:

- Das Bündnis mit dem "Ring bündischer Jugend" im "Bund Demokratischer Jugend" scheiterte, weil der KB zunehmend Einfluß auf den RBJ gewann und ihn schließlich liquidierte (s. Info-Sozialarbeit 19),
- in Niedersachsen schlossen sich eine Reihe von Oberschülergruppen dem KBW an und traten schließlich aus,
- in Hessen gaben die Vaterlandsverteidiger von den Marxisten-Leninisten Deutschlands ein Zwischenspiel, schlugen dem Sozialministerium vor, dem BDP wegen Linksradikalismus die Förderung zu entziehen und traten schließlich ebenfalls aus.

Den Jugendministerien in Bund und Ländern, egal ob sie von der SPD, der CDU oder der CSU besetzt waren, war ein BDP, der sich mit einer seriösen Organisation wie dem Weltbund überworfen hatte, seit 1971 ein Dorn im Auge. Auch die sozialdemokratische Jugendbürokratie hat in ihrem steten Bemühen, Ansätze linker Infrastruktur zu behindern oder zu zerstören, dem BDP besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Überprüfung der Förderungswürdigkeit im Bund und in den Ländern ist zu einem ständigen Ritual geworden, dem Bundesverband wurden 1978 20% seiner Zuschüsse gestrichen. Der Hessische Sozialminister fragte 1977 gar beim Innenminister nach, ob der BDP noch eine den "Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit" leiste. Mit Material, das zum Förderungsentzug ausreichte, konnte allerdings auch der Innenminister nicht aufwarten.

Trotz dieser Krisen und Angriffe hat der BDP sich heute als undogmatischer Jugendverband konsolidiert. Nicht Organisationsinteressen werden gegenüber Kindern und Jugendlichen durchgesetzt, sondern deren Bedürfnisse und Selbstorganisationsansätze werden unterstützt. Im Landesverband Hessen hat sich dies in einer Reihe von Projektbereichen konkretisiert: Ökologie (der BDP hat die Gorleben-Camps 1977/78 mit getragen), Kinder- und Jugendarbeit, Bildungsurlaub, Jugendzentren und Alternativzeitungen. Die Weiterentwicklung dieser Arbeit wird auch davon abhängen, ob die Linke Kinder- und Jugendarbeit als notwendiges Feld politischer und pädagogischer Praxis erkennt und es nicht weiterhin den Konservativen überlassen bleibt.

AXEL HÜBNER



Die demokratische Oberfläche täuscht

Zur politischen Lage in Spanien

ETA-Anschläge und Parlamentswahlen sind die Schlagzeilen der bundesdeutschen bürgerlichen Presse zur politischen Lage in Spanien. Es entsteht der Eindruck, daß die demokratische Normalisierung in diesem Lande unaufhaltsam und getragen von der breiten Bevölkerung voranschreitet und nur noch einige Unverbesserliche und Unbelehrbare oder Ewiggestrige sich gegen die Zeitläufte aufbäumen.

Tudela: Anti-AKW-Demonstrantin von der Guardia Civil erschossen dpa

Das Ewiggestrige, die franquistische Polizei, ist allerdings noch sehr aktuell. Allein, von den Übergriffen dieser Polizei bei friedlichen Demonstrationen, wie über die von der Guardia Civil bei einer Kundgebung erschossenen Kinder, erfährt man hierzulande nichts.

Auch das Ergebnis der Parlamentswahlen vermittelt zunächst den Eindruck, als ob das spanische Temperament zahm zur Mitte neige. Die offen franquistische Partei des Opus Dei-Superstars Fraga Iribarne, Informationsminister unter Franco, ist auf 10 Sitze zusammengeschrumpft. Die UCD des Premiers Suarez erhält 167 Sitze gegen 121 für die PSOE und 23 für die PCE. UCD übertrifft das addierte Sitzergebnis der beiden letzteren um etwa 14%. Zählt man hingegen die Stimmen, erhalten PSOE und PCE etwa 14% mehr als die UCD. Eine geschickte Wahlkreiseinteilung macht es möglich.

Sie machte es aber dennoch nicht möglich, die große Bedeutung der autonomistischen bzw. separatistischen Kräfte zu vertuschen. Mit geradezu sensationellen Wahlerfolgen konnten sie die Zahl ihrer Mandate in den spanischen Cortes auf 30 Sitze steigern. So konnte im Baskenland das neue linke Wahlbündnis der Unabhängigen Basken (Herri Batasuna/HB) schon beim ersten Anlauf drei Mandate erringen, die baskische National-Partei (PNV) 7 und sogar die ultra-linke Euskadiko Eskerra erhielt ein Mandat. Ähnliche überraschende Erfolge wurden in Andalusien, Galicien, Katalonien, Aragon sowie auf den Kanarischen Inseln verzeichnet. Alle autonomistischen Parteien verstehen das Parlamant lediglich als Forum für ihre Forderungen nach wirtschaftlicher, kultureller und politischer Autonomie ihrer jeweiligen Region.

So scheint denn doch nicht alles so ruhig und harmonisch im ehemals ruhigen Spanien. Die Disharmonien laufen außerdem quer durch die Parteien. Zu Unrecht wird hierzulande die Person Carrillos mit der gesamten spanischen KP verwechselt, die jedoch ein komplizierteres Gebilde ist. Und Felipe Gonzales, in dem einige schon den neuen Premier sahen, stolperte vorerst über dem Versuch, die PSOE allzu schnell vom Erbe des spanischen Sozialismus loszutrennen, um sie ganz auf sozialdemokratischen Kurs zu bringen.

Eine Betrachtung der Gemeinderatswahlen und der Aktivitäten der Gewerkschaften läßt dies deutlicher hervortreten.

Die Gemeinderatswahlen

Die Suarez-Regierung hatte die Wahlen zu den spanischen Kommunalparlamenten lange hinausgeschoben, darauf hoffend, einen befürchteten Wahlsieg der Linken verhindern zu können. Trotzdem brachte die am 1. April 1979 durchgeführte Gemeinderatswahl einen klaren Sieg der Linksparteien. In den dreißig größten Städten Spaniens, in denen mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Spaniens lebt, gibt es jetzt sozialistische Bürgermeister, gestützt auf Mehrheiten, die auch mit Hilfe der Kommunistischen Partei zustande gekommen sind. Die andalusische Stadt Cordoba hat zum erstenmal in ihrer Geschichte einen kommunistischen Bürgermeister.

Sozialisten und Kommunisten hatten im Kommunalwahlkampf das gemeinsame Ziel verfolgt, mit starken linken Rathäusern ein Korrektiv zur konservativen Zentralregierung zu bilden. Dies hatte zwar nicht zur Bildung einer Einheitsliste geführt, aber beide Parteien signalisierten schon frühzeitig, daß sie bereit waren, aussichtsreiche Kandidaten wechselseitig zu unterstützen. Dies verwunderte umso mehr, als PSOE und PCE im Cortes-Wahlkampf sich noch erbittert bekämpft hatten und alle Gerüchte von einer neuen spanischen Volksfront Lügen straften. Der Verdacht liegt nahe, daß sich die Sozialisten bei den Gemeinderatswahlen das leisten durften, was ihnen auf nationaler Ebene gewiß den Unmut der sozialistischen und sozialdemokratischen Schwesterparteien in der Sozialistischen Internationale zugezogen hätte – das Zusammengehen mit der PCE. Für die Kommunisten ist bei diesem Kuhhandel nur ein Bürgermeisterposten herausgesprungen, während die Sozialisten in vielen Städten die PCE als Steigbügelhalter für ihre Kandidaten benutzen konnten.

Die beiden ML-Parteien PTE (Spanische Arbeiterpartei) und ORT (Revolutionäre Arbeiterorganisation) hatten sich eigens für die Gemeinderatswahlen vereinigt. Aber auch mit solchen illustren Forderungen wie dem

Madrid: Faschistendemonstration beim Begräbnis eines getöteten Beamten dpa

sofortigen Erlaß aller Bagatellstrafen für Verkehrsdelikte konnten sie keine nennenswerten Erfolge verbuchen. Santiago Carrillos Vermutung, daß es sich bei dieser Parteien-Vereinigung wohl eher um einen 'Überlebenspakt' handele, scheint sich bei den Wahlen bewahrheitet zu haben.

Während die städtische Bevölkerung also mehr oder weniger eindeutig links gewählt hat, konnte die Regierungspartei UCD vor allem auf dem flachen Land Erfolge verbuchen. Sie hatte sich gar nicht erst die Mühe gemacht, ein kommunalpolitisches Programm aufzustellen, sondern nominierte einfach die alteingesessenen franquistischen Bürgermeister als ihre Kandidaten. Ob aus Gewohnheit oder aus Mangel an Alternativen – in den ländlichen Regionen wurden die Herren von gestern wiedergewählt.

Was die Sozialisten und Kommunisten mit der errungenen Mehrheit in den Städten anfangen werden, ist noch ungewiß: Es gab zwar wohltönende Programme, die von der Abschaffung der Korruption bis hin zur Kommunalisierung des Bodens alles forderten. Aber es gibt in Spanien – noch – keine dezentrale Kommunalverfassung. Und solange die Steuermittel noch in Madrid verteilt werden, sind auch 'rote' Bürgermeister auf das Wohlwollen der Zentralregierung angewiesen.

Ein Konflikt ist jetzt schon, auch in den sozialistisch und kommunistisch regierten Städten, vorprogrammiert: In Städten wie Madrid und Barcelona gibt es starke Basisbewegungen, die sich in Nachbarschaftsvereinen und Stadtteilkomitees organisiert haben. Diese überparteilichen, aber im wesentlichen linken Organisationen haben sich nicht nur große Verdienste im antifranquistischen Kampf erworben, sie kämpfen heute gegen die miserablen Wohnverhältnisse, gegen bürgerferne Verkehrsplanung und Ämterpatronage in den Rathäusern. Sie von den anstehenden politischen Entscheidungen auszuschließen – wie dies in einigen Erklärungen der PSOE und auch der PCE anklang – wird auf die erbitterte Gegenwehr dieser Organisationen stoßen.

Die Politik der Gewerkschaften

Das erste Drittel dieses Jahres brachte, im Zusammenhang mit den anstehenden Tarifverhandlungen, eine Unzahl von gut organisierten Streikbewegungen, vor allem in den Industriezonen des Nordens. Während bundesdeutsche Touristen nur von den Arbeitskämpfen in ihren Urlaubsparadiesen im Süden Spaniens aufgeschreckt wurden, kämpften die Gewerkschaften im Norden um höhere Löhne und um Verkürzung ihrer Arbeitszeit. Hervorzuheben ist hier der Metallarbeiterstreik in der baskischen Provinz Vizcaya, wo im März mehr als 130.000 Arbeiter im Ausstand waren. Weitere Streikzentren befanden sich in der Stahlindustrie von Bilbao, bei den Holzarbeitern von Salamanca und schließlich bei den besonders kampferprobten Beschäftigten der Metro in Madrid und Barcelona. In fast allen Arbeitskämpfen gelang es den Gewerkschaften, ihre Forderungen durchzudrücken. Ursache für diese Erfolge ist nicht zuletzt die beispiellose Geschlossenheit, mit der die kommunistisch orientierten Arbeiterkommissionen und die sozialistischen Richtungsgewerkschaften UGT (Allgemeine Arbeiterunion/ Gewerkschaft der PSOE) und USO (Gewerkschaftliche Arbeiterunion) die Arbeitskämpfe geführt haben. Es gab nicht einen einzigen Streik, der nicht von den genannten Organisationen gemeinsam ausgerufen worden ist. Über alle ideologischen Differenzen hinweg, sind sich nach wie vor die kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften in ihren materiellen Forderungen zur Verbesserung der Lage der spanischen Arbeiterklasse einig. Auch wenn die jüngste Streikbewegung in Spanien ein eindrucksvolles Bild gewerkschaftlicher Einheit bietet, gibt es vor allem in den Arbeiterkommissionen Tendenzen, die eher an bundesdeutsche Gepflogenheiten erinnern: Wegen angeblichem gewerkschaftsschädlichen Verhalten sind im März sechs Betriebsräte des Renault-Werkes in Valladolid aus den Kommissionen ausgeschlossen worden. Der wahre Grund für den Hinauswurf wird wohl darin zu suchen sein, daß alle sechs Gewerkschafter Mitglieder des ETA-Ablegers MCE (Kommunistische Bewegung Spaniens) sind und damit für die PCE-dominierte Bezirksverwaltung untragbar wurden. Zwar stieß der Ausschluß auf den energischen Protest vieler CC.OO-Gliederungen in ganz Spanien, zurückgenommen wurde er jedoch bisher nicht. Die Kommissionen waren einmal eine soziale und politische Massenbewegung mit einem eindeutigen Klassencharakter, aber auch mit einer eindeutigen Absage an jegliche parteipolitische Orientierung. Jetzt sieht es so aus, als versuche die PCE, auch mit repressiven Mitteln, die Kommissionen auf bedingungslose Gefolgschaft zu trimmen. Das Einheitspostulat der Arbeiterkommissionen, das es lange Jahre den Arbeitern jeglicher politischen Richtung möglich machte, in ihnen zu arbeiten, gilt offensichtlich nicht mehr.

Ungebrochene Gegenwehr

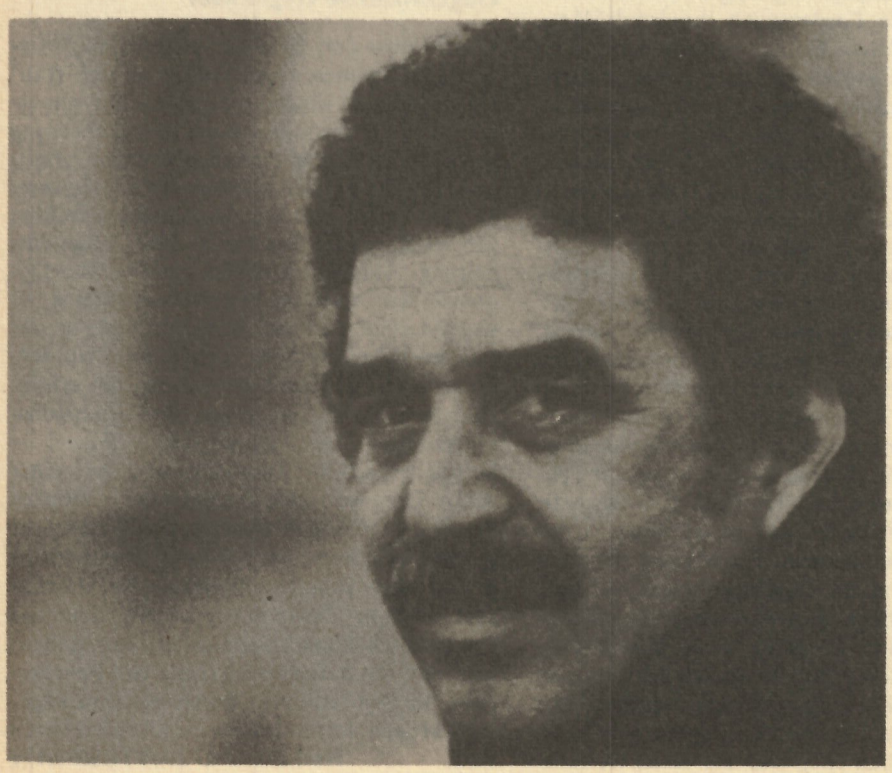
Würde man den Grad der politischen Beteiligung in Spanien ausschließlich an den Wahlen messen, so könnte man zweifellos von einem Prozeß fortschreitender Depolitisierung sprechen. Bei den Parlamentswahlen gingen nur zwei Drittel der wahlberechtigten Spanier an die Urnen, bei den Gemeinderatswahlen gab es Regionen mit bis zu 50% Stimmenthaltung. Aber der Eindruck täuscht: Die Dynamik der betrieblichen Klassenkämpfe ist ungebrochen und der Politisierungsgrad der Industriearbeiterschaft, vor allem im Norden, ist so hoch, daß auch heute noch ein erfolgreicher Generalstreik gegen die Repressionsmaßnahmen der franquistischen Polizei – beispielsweise im Zusammenhang mit einer AKW-Demonstration in Pamplona – möglich ist. Die vielfältigen Formen der Gegenwehr gegen ein System, das sich zwar demokratisch nennt, aber vom Innenminister bis hinunter zum kleinen Dorfpolizisten noch deutliche franco-faschistoide Züge aufweist, zeigen deutlich, daß die bewußtesten Teile der Bevölkerung für den radikalen Bruch mit dem allgegenwärtigen ancien regime zu kämpfen bereit sind. **WOLFGANG LUTTERBACH**

Hundert Jahre Einsamkeit

Gabriel García Márquez wurde in Europa vor allem durch seinen Roman "Hundert Jahre Einsamkeit" bekannt. Doch nicht nur als Schriftsteller spielt er eine bedeutende Rolle, er gehört auch politisch zu den aktivsten Persönlichkeiten in Lateinamerika. Kürzlich gründete er die Stiftung "Hábeas", die sich um politische Gefangene und "Verschwundene" bemüht.

"Hundert Jahre Einsamkeit"

Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel García Márquez (geb. 1928) trat zum ersten Mal ins europäische Bewußtsein mit seinem Roman "Hundert Jahre Einsamkeit", der in der Bundesrepublik in der hervorragenden Übersetzung von Curt Meyer-Clason erschien. "Hundert Jahre Einsamkeit" ist die phantastische Geschichte vom Aufstieg, Höhepunkt und Niedergang der Familie Buendía und des von ihr gegründeten Dorfes Macondo.
Eine Fiktion – aber ein Schlüsselerlebnis auf dem Weg zum Verständnis lateinamerikanischer Wirklichkeit. Eines der wichtigsten Ereignisse kolumbianischer Historie, der sich um die Mitte dieses Jahrhunderts zum Bürgerkrieg ausweitende Kampf zwischen liberalen und konservativen Kräften des Landes, erlangt im Roman besondere Bedeutung. Obwohl damals die Differenzen zwischen beiden Lagern minimal waren, dauerten die Auseinandersetzungen mit Unterbrechungen insgesamt ein ganzes Jahrhundert und forderten Tausende von Toten.
Einer der Protagonisten aus "Hundert Jahre Einsamkeit", Oberst Aureliano Buendía, Befehlshaber der liberalen Streitkräfte, sieht ganz klar die Nichtigkeit der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien und fühlt, daß der Streit in Wirklichkeit an den Interessen des Volkes vorbei, nur um die Erringung von Machtpositionen geführt wird. Diese Erkenntnis bestätigt sich dann auch am Schluß. Die jahrelangen Kriege enden in einer Allianz zwischen Liberalen und Konservativen. Diese "Große Koalition" zeigt ihre traurigen Auswirkungen bis auf den heutigen Tag.
García Márquez ironisiert das Geschehen: "Die konservative Regierung führte mit Hilfe der Liberalen eine Kalenderreform durch, nach der jeder Präsident hundert Jahre an der Macht bleiben konnte. Schließlich wurde auch das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl unterzeichnet, aus Rom war ein Kardinal mit diamantener Krone und einem Thron aus massivem Gold angereist, und die liberalen Minister ließen sich porträtieren, wie sie kniend seinen Ring küßten."
So ging ein Bürgerkrieg zu Ende, der Tausenden das Leben gekostet hatte, von dem aber niemand etwas zu wissen schien. Der Rest der Welt nahm diesen Krieg nicht zur Kenntnis, als ob ein stiller Pakt des Schweigens ihn umgäbe.
"1951 wurde der Schleier teilweise gelüftet. Eine offizielle Mitteilung der kolumbianischen Regierung kündigte das nahe Ende des Bürgerkrieges an. Niemand indessen, nicht im Ausland und nicht einmal in den Botschaften Bogotás, hatte bis dahin etwas von einem Bürgerkrieg gehört. Dabei brannte dieser bewaffnete Aufstand, der jetzt zum ersten Mal beim Namen genannt wurde, schon seit mehr als zwei Jahren direkt an der Schwelle zum Panama-Kanal; die Vereinigten Staaten übersahen ihn geflissentlich. Die zivilisierte Welt gewahrte nun mit Erstaunen, daß dieser Bürgerkrieg in fünf Jahren mehr als 200.000 Tote gefordert hatte." (1)



Gabriel García Márquez

Diese schreckliche Situation eines Großteils des kolumbianischen Volkes, von aller Welt mit seinem Schicksal allein gelassen zu werden, mag vielleicht den Begriff der "Einsamkeit" erklären, der der gemeinsame Nenner aller Werke García Márquez ist und in "Hundert Jahre Einsamkeit" seinen Höhepunkt findet – in Macondo, das vom Rest der Welt vergessen ist.

Die Allmacht der Bananengesellschaft in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit

García Márquez, der in seinen Anfängen nicht politisch motiviert war, sagt von sich: "Als ich 1955 den Roman "Laubsturm" herausbrachte, glaubte ich, in dieser Richtung weitermachen zu sollen. Die politische und soziale Lage in Kolumbien begann sich jedoch extrem zu verschlechtern, und es begann die Zeit des schlimmen Bürgerkrieges, der in meinem Land als "la violencia" bekannt ist. Ich weiß nicht, aber irgendwie begann sich zu dieser Zeit mein politisches Bewußtsein zu schärfen. Ich fühlte mich diesem Drama, das mein Land erlebte, verbunden, fühlte mich solidarisch mit meinem Volk. So begann ich eine ganz neue Art von Geschichten zu erzählen; Geschichten, die ganz unmittelbar mit der damaligen politischen und sozialen Wirklichkeit Kolumbiens zu tun hatten."
So erschien 1961 "Kein Brief für den Oberst" und kurz darauf "Unter dem Stern des Bösen". In seinen beiden letzten Romanen, "Hundert Jahre Einsamkeit" und "Der Herbst des Patriarchen", nimmt noch ein anderer Faktor großen Raum ein: die den Kontinent prägende ausbeuterische Präsenz des Neokolonialismus in Gestalt der allmächtigen Bananengesellschaft. Mit dem realistischen Stil der beiden vorherigen Romane konnte García Márquez nicht das Bild der unumschränkten Macht vermitteln, die von den USA, sprich: United Fruit Company, in den Ländern der Karibik ausgeübt wird.
Uns deren Allmacht in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit begreifbar zu machen, erfordert die ganze Kraft seiner Imagination: "Nachdem der Konflikt zwischen Arbeitern und der Bananengesellschaft beigelegt war, versprach Mr. Brown, die gemachten Versprechungen einzulösen, sobald der Regen aufhöre. Es hatte jedoch seit drei Monaten nicht geregnet, und es war Trockenzeit. In dem Augenblick aber, in dem Mr. Brown seine Entscheidung bekannt gab, begann sich über das ganze Bananengebiet ein sturzbachartiger, strömender Regen zu ergießen, der vier Jahre, elf Monate und zwei Tage andauern sollte."

Eine Realität, die sich ins Phantastische verkehrt

Die phantastische Übertreibung ist das Stilmittel, das auch im "Herbst des Patriarchen" die Wahrheit der Dinge beängstigend bloßlegt. In diesem Roman setzt sich García Márquez mit der Gewalt in diktatorischen Systemen auseinander. Die Gewalt ist für ihn ein wichtiges, vielleicht sein wichtigstes Thema. Die literarische Phantasie ist nicht bloße Phantasie; sie beschreibt eine Realität, die sich selbst ins Phantastische verkehrt. Die Trennlinie zwischen Wirklichkeit und Imagination wird durch die Magie der Sprache des Dichters unmerklich verwischt.
"Die Aggression hat schon vor langer Zeit

Gabriel García Márquez widmete seit dem Militärputsch in Chile 1973 seine gesamte schriftstellerische und politische Tätigkeit der Veränderung der lateinamerikanischen Verhältnisse.
Er gründete 1974 eine der interessantesten politischen Zeitschriften Lateinamerikas: "alternativa". In ihr erschien auch seine in Europa bekannt gewordene politische Reportage der bewaffneten Solidarität Kubas mit der bedrohten Revolution in Angola. 1978 gründete er mit anderen Politikern, Gewerkschaftern und Intellektuellen die linke Einheitsbewegung FIRMES in Kolumbien, die zu den kolumbianischen Wahlen an die linken Sekten appellierte, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Sie sammelten fünfmal so viele Unterschriften für ihr Programm, wie Marxisten, Trotzkisten und moskauorientierte KP zusammengezählt an Stimmen erhielten.
Seither wurden Regionalbüros der FIRMES gegründet, die sich durch eine breitangelegte Solidaritätskampagne für die Revolution in Nicaragua hervorgetan haben und sich für die Erhaltung der Menschenrechte einsetzen, um eine Uruguayisierung Kolumbiens zu verhindern.
Seit unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Präventivschläge des Militärs gegen Intellektuelle, lateinamerikanische Emigranten und vor allem gegen die wichtigste Indio-Organisation des Südens, CRIL, geführt werden, bemüht sich FIRMES, eine Einheitsfront zur Verteidigung herzustellen, die von einer gewerkschaftlichen Basis bis hin zu integren linksliberalen Politikern reicht.

begonnen. Lateinamerika heute ist die Frucht andauernder Gewalt, der unaufhörlichen Plünderung, der Bürger- und Bruderkriege, die in allen Teilen des Kontinents wüten. Schon vom ersten Augenblick seiner Geburt an umgibt den lateinamerikanischen Menschen eine Welt der Schattenseite, der Fäuste, der Gewehre; eine Welt, deren Rhythmus er befolgt und die er immer wieder neu erschafft, deren Gefangener er aber ist von allem Anfang an, von einem fernen, unerreichbaren Anfang an. Wie eine Erbsünde fast, dieses Sein durch Generationen hindurch ererbt von den Vätern und deren Vätern; dieses Erbe eines vorzeitigen Todes, der hier so schnell möglich wird, ist unser Reichtum, unsere Verdammung – vielleicht unsere Rettung." (2)
Das heißt, in einem solchen geschlossenen Universum, Produkt des Neokolonialismus und der gezielten Unterentwicklung, wird Gewalt zu einer alltäglichen Erscheinung. Das ganze System atmet Gewalt. Es herrscht der quälende Dauerzustand latenter Gewalt, die dann und wann, mal hier, mal dort durchbricht; sei es in den Sierras von Mexiko, in den Vorstädten von Santiago de Chile oder in den tupamaroverdächtigen Dörfern Uruguays.
Im "Herbst des Patriarchen" zeigt García Márquez einen Diktator, der offensichtlich Charaktermerkmale einiger lateinamerikanischer Tyrannen aus Fleisch und Blut aufweist, wie Trujillo, Batista oder Somoza, um nur einige zu nennen. Was García Márquez durch seinen Patriarchen darzustellen sucht, ist der Archetyp des Tyrannen, der Schlüssel zum Mythos der Diktatoren, die unter den Völkern Lateinamerikas wuchern konnten, dank Unterentwicklung und imperialistischer Intervention, ganz gleich jetzt, ob spanischer, englischer oder nordamerikanischer Machart.
Er hat hier nicht ein politisches Pamphlet geschrieben, sondern, getreu seinem Ruf als Magier der Sprache, einen außergewöhnlichen politischen Roman geschrieben – politisch nicht im engen Sinne des Wortes, sondern im Sinne einer umfassenden Schilderung sozialer Realität. Denn die Gewalttätigkeit der diktatorischen Systeme ist nicht nur der brutale Gebrauch physischer Gewalt, wenn diese auch ein Hauptbestandteil des Herrschaftsapparates derer ist, die unrechtmäßig die Macht besitzen, sondern sie manifestiert sich auch in den üblen Folgeerscheinungen Korruption, Ausbeutung, Unterwerfung und schmachvoller Unterwürfigkeit.
Immer wieder jedoch flammt gegen diesen Teufelskreis der Widerstand auf. Der erbitterte Aufstand der Sandinistischen Befreiungsfront in Nicaragua führt uns das eindringlich vor Augen. Den minuziösen Ablauf ihres Überfalls auf das "Haus der Schweine" – dem Nationalpalast in Managua – vom August 1978 konnten wir in der ersten Null-Nummer der "Tageszeitung" und in den "Lateinamerika-Nachrichten" detailliert verfolgen. Dieser Artikel, eine Übersetzung des Berichtes von Gabriel García Márquez, der als einer der Ersten mit den Führern des FSLN-Kommandos sprach, erschien zuerst in der kolumbianischen Zeitschrift "alternativa", García Márquez ist einer der Gründer von "alternativa", die sich als Sprachrohr der linken kolumbianischen Opposition versteht.

HABEAS und die überquellenden Gefängnisse

Seit den Tagen des Militärputsches in Chile, der Morde an politischen Flüchtlingen in Argentinien und den Zeiten, da Anastasio Somoza seine Schäfchen noch unangefochten ins Trockene bringen konnte, hat sich die politische Lage in vielen Ländern Lateinamerikas gewandelt. Nicht, daß Ausbeutung und Unterdrückung nachgelassen hätten; aber nach langen Jahren blutiger Erschöpfung regt sich zunehmender Widerstand im Volk. Die überquellenden Gefängnisse und Folterzentren werden immer mehr zur Last, ihre Existenz zu leugnen immer schwieriger, und Jimmy Carter von der nördlichen Hälfte des Kontinents hält seine Militärs und Diktatoren mit gelegentlichen Menschenrechtsfloskeln auf Trab.
In dieser veränderten Situation sieht García Márquez, der in den letzten Jahren einen Großteil seiner Zeit dem Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte in Lateinamerika widmete, den Ansatzpunkt für seine kürzlich realisierte Idee: la fundación HABEAS, die von ihm finanziert wird.
Über Gründung und Zielsetzung dieser Stiftung berichtete der Autor anläßlich eines kurzen Aufenthaltes in Spanien, bei dem er auch dem spanischen Königspaar seine Vorstellungen unterbreitete, der Zeitung El Pais:
"Der unmittelbare Ursprung von HABEAS ist der in Lateinamerika immer lauter werdende Ruf nach Verteidigung der menschlichen Grundrechte. HABEAS ist ein Dokument in diesem Sinne, das von einem Repräsentanten eines jeden lateinamerikanischen Landes unterzeichnet wurde. So zum Beispiel von Kardinal Paulo Avaristo Arns für Brasilien, von Arístides Royo, dem Präsidenten von Panamá, Rodrigo Carazo, dem Staatsoberhaupt von Costa Rica, Michael Manley, dem Premierminister von Jamaica und der Witwe Pablo Nerudas für Chile, um nur einige der Unterzeichner zu nennen. Von diesem Dokument ausgehend, gründete ich HABEAS, eine Stiftung mit Sitz in Mexico, die für die Verteidigung der Menschenrechte in Lateinamerika kämpft.

"Chile-BRD und zurück" Ausgewählte Filme

- Der letzte Film, der noch unter der Unidad Popular produziert wurde, ist **"Queridos Companeros" (Liebe Genossen)** (1973-78).
Gezeigt werden die Abenteuer von Jose und Vincente, illegale Revolutionäre im Jahre 1967, die sich auch im Widerspruch zur legalen Linken im Untergrund organisierten.
Verleih: Freunde der deutschen Kinemathek, Welserstr. 25, 1 Berlin 30, Tel. 030/246848, (35 mm)
- Das Dokumentarfilmstudio H & S (Heynowski und Scheumann) in der DDR legte einen dritten Chile-Film vor. Nach "Krieg der Mumien" und "Ich war, ich bin, ich werde sein," geht **"Eine Minute Dunkel macht uns nicht blind"** auf die aktuelle Lage in Chile ein. In bewährter Montagetechnik werden den offiziellen Verlautbarungen sprechende Bilder entgegengestellt.
Verleih: Unidoc, Dantestr. 29, 8 München 19, Tel. 089/156061
- Die Atmosphäre der Tage einzufangen, an denen die Besten Santiagos im Stadion gefoltert wurden, gelang dem Exilchilenen Sebastian Alarcon. Er drehte gemeinsam mit dem sowjetischen Regisseur **"Nacht über Chile"** (1977). Ein junger unpolitischer Architekt gerät nach dem Putsch in die Fänge der Soldateska, wo er im Stadion alle Demütigungen erdulden muß. Dieses Erlebnis prägt sein Bewußtsein so stark, daß er den Kampf aufnimmt, politisch wird. Er lernt in sich eine nie gekannte Widerstandskraft kennen.
Verleih: Basis Film, Exerzierstr. 23, 1 Berlin 65, Tel. 030/4656088
- Oft bittere Erfahrungen der Exilchilenen in der Bundesrepublik schildert der inzwischen auch im Fernsehen gezeigte Film **"Aus der Ferne seh ich dieses Land"** von Christian Ziewer.
Verleih: Basis Film

Alle Filme haben Spielfilmlänge und können mit Ausnahme von "Queridos Companeros" in 16 mm verliehen werden, sind also mühelos mit jedem Schulprojektor (u.a. auszuleihen bei der Kreisbildstelle) abspielbar. Weitere Filme, insbesondere aus der Zeit vor dem Putsch Pinochets können beim Zentral-Film Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36, Tel. 040/345544 ausgeliehen werden.

Ich glaube, daß jene ganze Epoche der Protesttelegramme und der internationalen Eingaben sehr wichtig war und einen Zweck erfüllte; aber die Lage in den Ländern unseres Kontinents hat sich geändert, und somit müssen wir auch die Methoden unseres Kampfes verändern. HABEAS versucht, mit den diktatorischen Regimes, in denen es politische Gefangene gibt, wo Menschen spurlos verschwinden oder ins Exil geschickt werden, zu verhandeln, da wir davon ausgehen, daß für diese Diktaturen diese Gefangenen, Verschwundenen und Exilierten zu einem Problem zu werden beginnen. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege zu einer für alle Seiten annehmbaren Lösung.
Ich werde die Stiftung während der nächsten zwei Jahre von meinen Einnahmen als Autor finanzieren und sehen, ob sie sich dann alleine trägt. Falls nicht, werde ich mich wieder dem Schreiben widmen, was ja auch mein eigentlicher Beruf ist. Zur Zeit versuche ich, soviele Menschen wie möglich anzusprechen und ihnen HABEAS nahezubringen."

WILLI ZURBRÜGGEN

(1) Marcel Niedergang, Les vingt Amériques latines, Band 2, Editions du Seuil, Paris 1962, S. 181
(2) Ariel Dorman: Imaginación y violencia en América, Santiago de Chile, Editorial Universitaria, 1970, S. 11

Anders arbeiten – anders leben

Sommerschule des SB '79

Weit mehr Teilnehmer als erwartet kamen zu dem vom Sozialistischen Büro in diesem Jahr vom 1. bis 10. Juni zum zweiten Mal veranstalteten Experiment "Sommerschule". Dennoch war dies nur ein Teil von denen, die an der Sommerschule teilnehmen wollten, dann jedoch angesichts der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten wie auch des Interesses, ein arbeitsfähiger Kreis bleiben zu wollen, eine Absage bekamen.

Aber nicht überall war das Interesse an der Sommerschule ungebrochen. Viele rümpften vorher die Nase: was soll schon dabei herauskommen, wenn man über sich selbst als Linker, über "gesellschaftliche Randerscheinungen" wie Alternativprojekte und über Perspektiven anderer Formen des Arbeitens und des Lebens diskutiert? Besteht nicht angesichts von F.J. Strauß, Neo-Faschismus und "Modell Deutschland" die Notwendigkeit, politische Antworten ganz anderer Art zu entwickeln? Allerdings: die so dachten, blieben der Sommerschule fern, stellten sich nicht der Erfahrung.

Wir konnten uns nicht einfach "in das gemachte Nest setzen". Nicht einmal die Räumlichkeiten, in denen das Experiment starten sollte, waren fertig ausgebaut. So packte jeder Anreisende zunächst einmal kräftig mit an. Ähnlich wenig "durchorganisiert" war – zumindest mußte an der Oberfläche dieser Eindruck entstehen – der Beginn der Sommerschule selbst. Niemand war da, der alles in die Hand nahm und sagte, "wo's lang ging". Die Teilnehmer bestimmten selbst die Formen, in denen sie miteinander umgehen wollten und konnten. Sie mußten sich selbst das Thema aneignen, gemeinsame Arbeitsschwerpunkte bestimmen und Zielsetzungen ihrer Arbeit entwickeln. Dies war jedoch nicht Ausdruck mangelnder Vorbereitung, sondern Teil der Konzeption der Sommerschule: wegzukommen von Formen politischer Arbeit, die den einzelnen in bereits festgeschriebene Strukturen "einbindet", statt ihn zu ermutigen, emanzipatorische "politische Arbeit" wieder zu dem zu machen, was sie dem Anspruch nach ist – Ausdruck selbstbestimmten Handelns.

Die Sommerschule beinhaltete die bewußte Abkehr von "traditionalistischen" Bildungskonzeptionen mit vorgegebenen Bildungsangeboten, festgelegten Lernzielen, vorstrukturiertem Ablauf, dem Einsatz von Referenten und Leitern, der strikten Trennung von Bildungsarbeit und Freizeit. Insofern ist selbst der für dieses Experiment verwendete Begriff "Sommerschule" neu zu definieren, erinnert er doch sonst allzu leicht an ein "traditionelles" Lernen, statt das auszudrücken, um was es in Wirklichkeit geht: **Entschulung**.

Die Sommerschule fand nicht in einem ausschließlich "Bildungszwecken" dienenden Seminargebäude statt, sondern war in die Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt, einem der wichtigsten heute in der BRD bestehenden Selbstverwaltungsprojekte, integriert. Auf diese Weise wurde die Realität einer anderen, in vieler Hinsicht befreiten und doch zugleich den vielfältigsten ökonomischen und sozialen Zwängen des kapitalistischen Systems unterworfenen Form von Arbeit hereingeholt. Zugleich wurde damit aber auch die Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Urlaub und Arbeit, zwischen Politik und Freizeit in einem derzeit selten erreichten Maße aufgehoben.

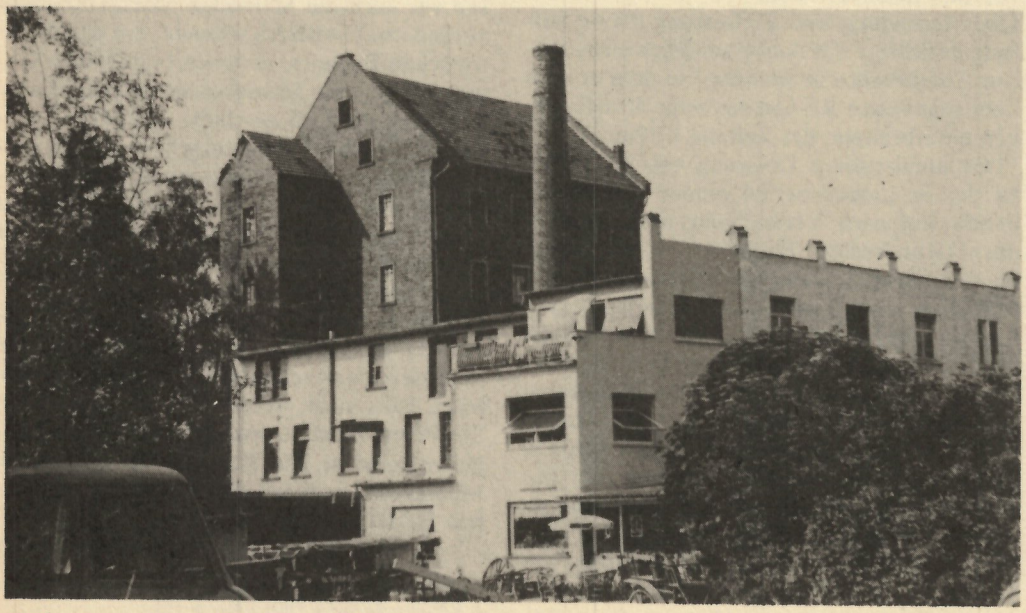
Selbsttätigkeit – Selbstverwaltung

Von Anfang an setzte die Sommerschul-Konzeption auf die Selbsttätigkeit der Teilnehmer. Gegeben war nur das Rahmenthema: Anders Arbeiten – Anders Leben. In kleinen Arbeitsgruppen sollten die Teilnehmer – aus ihren Interessen und Bedürfnissen heraus – Lerninhalte und -formen entwickeln. So ungewohnt war für viele dieses Vorgehen, daß zunächst hier und da Angst und Unsicherheit angesichts des "Defizits an Vor-Strukturierung" zu beobachten waren.

Gegenüber der "Einsamkeit in der Großgruppe" – dem Plenum – wurden die Arbeitsgruppen sehr schnell zum Kristallisationspunkt politischen Erfahrungsaustausches und zwischenmenschlicher Kommunikation, in denen der Abbau von Ängsten erleichtert wurde. Die Breite der Arbeitsgruppen reichte von der Diskussion utopischer Gesellschaftsmodelle (und dem Modellbau einer alternativen Zukunftsstadt) über Arbeitsgruppen, in denen der politische Stellenwert der Alternativbewegung diskutiert wurde, bis zu Gruppen, die Binnenstrukturen und -probleme in selbstverwalteten Betrieben analysierten und die Perspektiven des Aufbaus einer linken Infrastruktur konkret anzugehen versuchten.

Manche Gruppen bestanden über einen längeren Zeitraum, andere lösten sich – nach Erreichen eines bestimmten Diskussionsstandes – wieder auf. Neue entstanden. Zeitweise hatte niemand mehr einen genauen Überblick über das, was hier selbsttätig in Bewegung gesetzt wurde. All das vollzog sich in einer weitgehend von Leistungsdruck und Ergebniszwang befreiten Atmosphäre – zwischen dem ASH-Gartencafé und den die ASH umgebenden Wiesen, einem kleinen Stück noch nicht zerstörter ländlicher Vergangenheit am Rande Frankfurts, auf das – in etwaige Fluchtgedanken hinein – unentrinnbar bei Tag und Nacht der Fahrzeuglärm von der nahen A 5 herabdröhnte.

Nachdem über Pfingsten in zahlreichen Diskussionsgruppen das Thema eingegrenzt und durchstrukturiert worden war, folgte eine Phase aktiver und praktischer Mitarbeit in verschiedenen Projekten: viele Sommerschul-



Arbeiterselbsthilfe Frankfurt – Krebsmühle

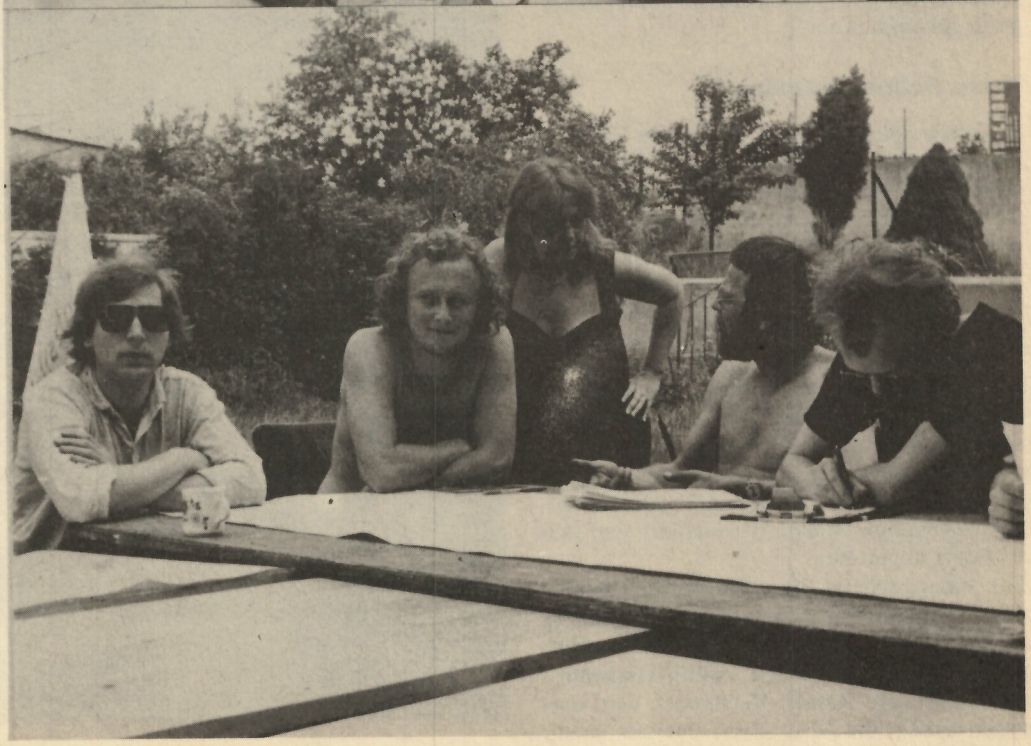
Teilnehmer packten in der ASH mit an; andere arbeiteten in einer alternativen Wiesbadener Bäckerei und erreichten so eine konkrete Ebene der Auseinandersetzung mit den vielfältigen Problemen, vor denen ein alternatives Projekt steht; einige verkauften mit Angehörigen der Allgäuer Schäfereigenossenschaft Finkhof Wolle auf den Märkten im Frankfurter Raum; andere besuchten Projekte wie die Freie Schule Frankfurt oder das pädextra Kollektiv in Bensheim; man diskutierte über das Netzwerk Selbsthilfe, schweizerische Genossenschaftserfahrungen, die Reisende Schule 3. Welt, die Werk-statt-Schule Göttingen oder das Hamburger Autonome Bildungs-Centrum.

Eine, wenn auch sicher nur kleine Brücke wurde in diesen Tagen zwischen selbstverwalteten Projekten und Teilen der politisch organisierten Linken geschlagen. Ein Resultat der im Verlauf der Sommerschule mit selbstverwalteten Projekten gemachten Erfahrungen wird sicher sein, daß zukünftig der Kreis derer größer ist, die all jenen Versuchen mit Skepsis begegnen, die hinsichtlich der Alternativbewegung einfach aus den "Bewegungsgesetzen des Kapitalismus" abzuleiten versuchen, "daß so etwas nicht geht", ohne sich darum zu kümmern, in welchem Spannungsverhältnis sich die reale Entwicklung zu den vom Kapitalismus objektiv gesetzten Bedingungen vollzieht. Gleichzeitig wuchs in diesen Tagen für Selbstverwaltungsprojekte die Möglichkeit, aus ihrer zumeist noch sehr starken gesellschaftlichen Isolation einen Schritt herauszutun und zum lebendigen Teil einer linken Infrastruktur zu werden, die den Kapitalismus sicher nicht Schritt für Schritt in den Untergang treiben, wohl aber die Basis des politischen Kampfes gegen den Kapitalismus stärken und verbreitern wird.

Alltag und Alternative

Auf eine Frage hat aber auch die Sommerschule keine umfassende Antwort geben können: wie die in den Alternativprojekten gesammelten Erfahrungen von Selbstverwaltung, Kollektivität, Gleichheit und neuen Arbeitsformen den Arbeitern und Angestellten in der Normalität des kapitalistischen Alltags – in Fabriken, Büros und staatlichen Institutionen – zu vermitteln sind und wie damit zur Entwicklung neuer Formen der Betriebsarbeit beigetragen werden kann, die die verdrängten und unterdrückten Bedürfnisse und Interessen der Kollegen zu befreien und die Utopie als das Machbare heimzuholen beginnen. Diese Diskussion hat kaum begonnen. Sie wird umso schwerer zu verbreitern sein, als in wohl keinem anderen gesellschaftlichen Bereich die hierarchischen Strukturen verkrusteter, die Vorherrschaft festgefahrener Stellvertreterpolitik verankerter und die Kontrollnetze von oben dichter sind.

Gab es auf die zentrale Frage nach den Perspektiven der Erweiterung des politischen Spielraums am fremdbestimmten Arbeitsplatz durch das Beispiel selbstverwalteter Betriebe auch keine "Lösung" und ist das beim derzeitigen Stand der Klassenauseinandersetzungen wohl auch kaum in Form einer strategisch verallgemeinerbaren Antwort zu erwarten, so hat die reale Erfahrung, daß "es auch anders geht", den in kapitalistischen Betrieben und staatlichen Institutionen arbeitenden Teilnehmern der Sommerschule nicht nur



Eines der – leider noch – sehr seltenen Sommerschulkinder

neuen Mut, sondern auch vielseitige Anstöße für die politische Arbeit in den eigenen beruflichen Zusammenhängen gegeben.
Wie schrieb doch einer der Teilnehmer, die schon am letzten Pfingsttag die Sommerschule wieder verlassen mußten, um am nächsten Morgen am Arbeitsplatz zu sein: "Auch wenn solche Tage wie die der Sommerschule keinen unmittelbaren Nutzen für meinen Alltag ergeben, so sind sie doch wichtig, um einem den Schwung zu geben, trotz Berufs-Streß und z.T. resignativem politischen Umfeld erfindungsreich weiterzuarbeiten". Ein anderer kam nach seinem ersten Arbeitstag am Feierabend wieder in die Sommerschule und erzählte, wie er den Tag über kaum gearbeitet, dafür aber umso mehr mit seinen Arbeitskollegen diskutiert habe, was er auf der Sommerschule erlebt und was darüber in ihm in Bewegung gekommen sei.

Neues Politikverständnis

In welche übergreifenden politischen Entwicklungstendenzen ist das, was auf der Sommerschule geschah, "einzuordnen"? Weithin besteht heute in der Linken eine tiefe Verunsicherung hinsichtlich der Gültigkeit jahrelang unbestritten akzeptierter politischer Strategien. Die noch vor wenigen Jahren in die Arbeiterklasse gesetzten Hoffnungen sind überwiegend Ratlosigkeit und Skepsis gewichen. Offen erscheint vielen wieder die Frage nach dem "historischen Subjekt" des Emanzipationskampfes. Nicht wenige haben in dieser eher von widersprüchlichen, aber auch von stagnativen und restaurativen Tendenzen gekennzeichneten Situation resigniert und den Rückzug angetreten.
Für andere scheint diese Periode den Beginn des Experimentierens in viele Richtungen einzuleiten. Das schillernde Wort von der Notwendigkeit eines "neuen Politikverständnisses" macht die Runde. Verstanden wird darunter zumeist die Abkehr von einer als "traditionalistisch" bezeichneten Politik, die sich ausschließlich agitatorisch-propagandistischer Mittel bedient, die ein nur taktisch-instrumentelles Verhältnis zu anderen Menschen hat und diese auf ein Programm zu verpflichten und zu vereinheitlichen versucht, um so die Widersprüchlichkeit und Komplexität tatsächlicher gesellschaftlicher und individueller Entwicklungen durch Erzeugung von Scheinsicherheiten zu überdecken.
Gezielt wird dagegen auf die Verwirklichung einer Politik, die den Menschen nicht mehr zum bloßen Träger und zum Objekt von politischen Positionen reduziert und dabei zentrale menschliche Interessen und Bedürfnisse ausklammert. Das, was an Entfaltung und Freisetzung von Kreativität für den Sozialismus angestrebt wird, soll diesem Politikverständnis zufolge schon heute – soweit dies möglich ist – zum Ausgangs- und Ansatzpunkt politischer Arbeit werden. Ziel ist es dann nicht mehr, die vom Kapitalismus aufgeherrschte gesellschaftliche Disziplin durch eine noch größere "proletarische" Disziplin zu übertrumpfen und dem durch den Kapitalismus allseitig reduzierten Menschen den zur "Kampfmaschine" reduzierten "sozialistischen" Menschen entgegenzustellen. Politisch arbeiten heißt vielmehr, den Menschen in seinen Bedürfnissen und seinen Hoffnungen, seinen Interessen und seinen Fähigkeiten anzuerkennen und zu stärken, statt ihn erneut ins Räderwerk einer ihm letztlich erneut fremd und beherrschend gegenüberstehenden Maschinerie einbinden zu wollen. Das aber ist alles andere als Rückzug in die "Alternative": es ist die Basis für eine Neubestimmung der Formen und des Inhalts von Widerstand – auch gegen F.J. Strauß und das "Modell Deutschland".
Derartige grundsätzliche Überlegungen lagen auch dem ursprünglichen Konzept der Sommerschule zu Grunde. Von der Bereitschaft, sich in derartigen Formen und mit derartigen Zielsetzungen aufeinander einzulassen, war dann auch weitgehend der Verlauf der Sommerschule selbst bestimmt. Für viele von uns war diese Erfahrung sicher neu und ungewohnt. Der eine oder andere hat vielleicht angesichts dieser Erfahrung Unbehagen und Widerstände gespürt, selbst wenn er sie nicht offen ausgesprochen hat.
Zweifellos war die Sommerschule nur ein kleiner Schritt in die hier mit wenigen Worten umschriebene Richtung. Das Interesse ist jedoch da, weiterzumachen. Das Experiment Sommerschule wollen wir im nächsten Jahr fortsetzen – erstmals an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten. Damit niemand mehr – wie in diesem Jahr – draußen bleiben muß. **VOLKHARD BRANDES**

Selbstdarstellung der ASH-Frankfurt und der Schäfereigenossenschaft Finkhof.
Preis der Broschüre DM 3,– plus Porto.
Zu beziehen bei: ASH-Frankfurt, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5

Wer weitere Informationen über das Projekt Sommerschule wünscht und Interesse an der in einigen Wochen erscheinenden Broschüre "Sommerschule '79" hat, der schreibe an: Sommerschule, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Sommerschule-Fotos: Brigitte Meixner/Annemarie Esslinger

Vom Netzwerk zum Netzzwerg?

Das Netzwerk ist auf eine pragmatische Weise begonnen worden. Allerdings hat es bisher an einer gründlichen politischen Diskussion gefehlt. Die Autoren dieses Beitrags wollen dazu Anregung geben. Es geht ihnen dabei zwar um grundsätzliche Fragen; sie stellen sich deshalb aber durchaus nicht vor, daß ihre auf lokale Verhältnisse bezogenen Vorstellungen ohne weiteres übertragbar wären.

Eine linke Infrastruktur

Die gesellschaftliche Realität, auf die sich Politik und Strategie der Sozialisten beziehen müssen, ist gekennzeichnet durch einen hohen Grad von Vergesellschaftung und Integration. In der BRD hat das Wertgesetz mehr als in vergleichbaren kapitalistischen Gesellschaften alle Lebensäußerungen unmittelbar oder vermittelt unter sein Diktat gestellt. Diese in der Wirklichkeit zu ihrem Begriff gekommene bürgerliche Gesellschaft hat auch die eigentümlich geschichtlichen Sedimente deutscher Subalternität und Unterordnung der einzelnen unter gesellschaftliche Machtstrukturen in ihrem Sinne formiert.
Vergesellschaftung und Integration der zu sozialen Atomen gewordenen Individuen sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Individuen sind mit der Gesellschaft eins geworden, ihrem Sein und Bewußtsein nach. Sie haben sie hervorgebracht und dabei das Ihre von dieser Gesellschaft zurückerhalten. Der materielle Wohlstand stellt die Grundlage für diese Identifikation dar, und die Gesellschaft – als gewordenes Abstraktum – schafft selbst die (Bewußtseins-)Normen für die Zugehörigkeit zu ihr. Das System hat sich verengt, und wer nicht mitspielt, z.B. indem er die Frage nach der gesellschaftlichen Weiterentwicklung qualitativ stellt, wird ausgegrenzt, wird für unzulässig erklärt.
Die Folgen dieses Verhältnisses von Integration und Ausgrenzung betrafen und betreffen große Teile der Oppositionellen: Kampf gegen das Kapital und Einfriedung in den bürgerlichen Freizeitprivatismus, Kleinfamilie und Verkapselung in der politischen Sekte, der Anspruch, revolutionäre Vorhut zu sein und dabei die Entfaltung neuer, antizipierender Subjektivität verhindern zu müssen; all das sind Trennlinien, die meist nur ausgehalten, nicht aber verändert, aufgehoben werden. Wir arbeiten für, wir leben aber nicht im Sozialismus, heißt dann: Wir beginnen erst zu leben, wenn wir die ökonomische Basis umgestülpt haben. Wo aber liegen in dieser vollendeten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Ansatzpunkte sozialistischer Politik? Haben wir uns auf Reparaturarbeiten an herausgefallenen und herausgeworfenen Menschen zu beschränken, können wir nur noch ein Auffangbecken für diejenigen bilden, die Entfremdung und Verdinglichung menschlicher Beziehungen nicht aushalten oder aushalten wollen? Oder: Gibt es eine Perspektive, die uns und den Menschen, die mit ihrem Bewußtsein noch dieser Gesellschaft verhaftet sind, einen Weg weisen kann in eine Zukunft besseren und menschlichen Zusammenlebens, eine Perspektive, die eine Transformation des Kapitalismus zum Sozialismus erwartungsfroh und lustvoll antizipieren kann?
Eine erste Antwort darauf gibt uns der Entwicklungsstand des Kapitalismus selbst: Eine Gesellschaft, die aus sich heraus keine anderen Perspektiven mehr anzubieten weiß als den unkontrollierbaren Marsch in die Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens überhaupt, die dabei anstelle wirklicher Perspektiven nur noch die immanente Logik von Sachzwängen proklamieren kann, keine Fragen nach qualitativer Veränderung mehr zulassen darf, eine solche Gesellschaft ist am Ende. Es wird Zeit, ihr ihre eigene Unfähigkeit durch konkrete und sinnlich erfahrbare Alternativen des Arbeitens, Wohnens, Lernens usw. ..., also des Lebens vorzuführen.
Andererseits hat diese Gesellschaft bei aller Erfüllung ihres Begriffs permanent verdeutlicht, daß sie auf der Grundlage der Aneignung und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, der Herrschaft des Kapitals und der Herrschaft des Menschen über den Menschen basiert. Und dieses Kennzeichen muß sie heute mit Dequalifizierung, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit ebenso unverhohlen zur Schau stellen wie schon vor hundert Jahren (s. dazu das Thesenpapier der Nürnberger Gruppe im SB-Informationsrundbrief, zu beziehen über das Sozialistische Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4).

Was heißt das, subjektiv gewendet?

Für Sozialisten ist Analyse des Bestehenden und Denkmöglichkeit lustvoller Zukunft ein und dasselbe. Schon Marx geht davon aus, daß die reale kommunistische Bewegung im Kapitalismus anders auszusehen hat als alle bisher historisch progressiv wirkenden Bewegungen, die auf Veränderung des Bestehenden gerichtet waren.
Dem Sozialismus geht ein Akt bewußter Umwälzung und Antizipation voraus, ein Akt, der sich eben nicht durch die (Hinter-)List der Vernunft herstellen kann. Kritik des Kapitalismus muß daher sein: Konstruktive Kritik durch die Entfaltung neuer Subjektivität, neuer Verkehrsformen, die eine mögliche andere Gesellschaft schon innerhalb der Grenzen des Kapitalismus antizipieren. Die Schwangerschaft des Kapitalismus mit dem Sozialismus ist bewußt herzustellen!!!
Unsere sozialistische Perspektive kann nur aus der Verzahnung von Kapitalismuskritik und Entwicklung alternativer Lebensformen entspringen, aus unserer kreativen Fähigkeit, phantasievoll denken und schon anders und besser leben zu können **und** aus unserer Einsicht in die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft und dem alltäglichen Kampf dagegen. Wir müssen's nur zusammenbringen!

Von einander lernen und beteiligt sein

Die Schaffung einer linken Infrastruktur bedeutet demnach für uns, Anknüpfungspunkte zu suchen, an denen die beiden oben angedeuteten Stränge verbunden werden können, ohne den Führungsanspruch des einen über den anderen. Das ist der Beginn, ein Netzwerk zu flechten, das Halt gibt und uns gleichzeitig den Blick in die Zukunft eröffnet. Daß so etwas nicht von irgendeiner Zentrale aus geknüpft werden kann, wird noch erläutert.
Viele Genossen fragen immer wieder, was die Alternativprojekte mit unserer Gewerkschaftsarbeit, mit unserem täglichen Kampf am Arbeitsplatz zu tun haben. Wir meinen: sehr viel! Wir müssen nur genau hinsehen und bereit sein, das aufzunehmen, was solche Projekte an produktiver Phantasie hervorbringen. Dadurch, daß es z.B. die ASH, die Schäfereigenossenschaft oder eine freie Schule gibt, ist der Versuch gemacht, zu beweisen, daß es auch anders geht, mit neuen Produktionsformen, mit umweltfreundlichen Technologien, mit veränderten Lebensbedingungen, und deshalb sind diese Projekte für uns wichtig. Sie können uns helfen, ein Stück weit über unsere Borniertheit, unsere Orientierung am Vorgegebenen hinauszuschauen und uns anregen, mehr und anderes zu fordern als das im System Erlaubte.
Doch Infrastruktur heißt mehr als Vor-Leben und Vor-Machen auf der einen und Anschauen und finanzielle Unterstützung auf der anderen Seite. Infrastruktur heißt unmittelbare Zusammenhänge stiften, stellt den Anspruch einer Verzahnung von Alternativbewegung und den 'normal' arbeitenden Menschen. Wir dürfen nicht, hin und wieder größzügig den Geldbeutel aufmachend, außen stehen, sondern müssen **beteiligt sein**. Wir schaffen erst dann eine linke Infrastruktur, wenn wir uns in Projekte einbringen mit unseren Bedürfnissen und Sehnsüchten, schon anders leben zu wollen. Wir sollen Ansprüche stellen, aber auch mitmachen; mit unserer Arbeitskraft, mit Kopf und Händen, mit unserem Gefühl, unseren Wünschen, unserer Vorstellungskraft und dann – weil's notwendig ist – auch mit unserem Geldbeutel.
In kleinen, überschaubaren und gewachsenen Zusammenhängen werden wir so reale Utopien entwickeln und versuchen, sie schon in

REISENDE SCHULE 3.WELT E.V.

AFRIKA KURS 80
1. Vorbereitungstreffen
15./16.9. 79

Information bei
Reisende Schule Eyershausen 1a
8742 Bad Königshofen 09765 389

Informationen bei: Reisende Schule Eyershausen 1a, 8742 Bad Königshofen, Tel. 09765-389

der alten Gesellschaft zu leben. So können wir neue Formen des Miteinander-Umgehens, Verkehrsformen bilden, die unsere politische Bewegung nicht hemmen, sondern vorwärtstreiben.

Die gefährlichen Illusionen beim Netzwerk

Beim Netzwerk Selbsthilfe ist etwas Ruhe eingekehrt. In dem halben Jahr seit der Gründung hat es, während ein Sturm von Kritik darüber hinweg lief, einen immensen Zuwachs an Mitgliedern und Geld gegeben. Sehr viele Projekte wurden mit Geld und, nebenbei, Ratschlägen unterstützt. Spender, die größere Geldbeträge geben wollten, wurden direkt an Projekte vermittelt. Auf viele Fragen und Kontaktwünsche wurde geantwortet. Und die Kritik ist inzwischen leiser geworden, weil viele konstruktive Kritiker jetzt mitarbeiten, um ihre Vorstellungen so einzubringen. Als nächstes sollen regionale Netzwerke aufgebaut werden. Die Berliner Netzwerker setzen sich für die Regionalisierung ein, um eine zu große Bürokratie zu vermeiden und um Kontakte zwischen Netzwerk-Mitgliedern und Projekten möglich zu machen.

Die Regionalisierung wird das Netzwerk – dann: die Netzwerke – erheblich vergrößern. Damit sollte eine gründliche Diskussion über das Netzwerk und über das Verhältnis zwischen Alternativbewegung und etablierten Linken einhergehen.

Das Netzwerk, dessen wichtigster Teil ein Geldfonds ist, bietet unter gewissen Umständen viele Chancen: Das Geld wird vielen Projekten helfen zu starten, sich zu vergrößern oder über eine finanzielle Krise zu kommen – die Alternativen werden stärker; bei der Geldvergabe und der Diskussion darum entstehen viele Kontakte zwischen Projekten – die Kooperation innerhalb der Alternativbewegung wird gefördert; die Kontaktvermittlung und die Informationspolitik können auch Linke in bürgerlichen Berufen ansprechen – der Kontakt zwischen Alternativen und traditionellen Linken wird enger.

Aber die von einer uniformierten Linken auf die Alternativen gesetzten Hoffnungen haben Illusionen genährt, die Schwächen und Gefahren des Netzwerks verkleistern und damit eine produktive Aufarbeitung verhindern. Darum sei – als solidarische Kritik – auf einige Illusionen und Gefahren, die sich im letzten halben Jahr schon gezeigt haben, hingewiesen.

Viele bilden sich ein, das Netzwerk könne die Alternativprojekte zusammenschweißen. Dadurch werden die Projekte aber eher abgeschreckt, und manche isolieren sich weiter von der Linken, und ihre eigene Vernetzung wird gehemmt.

Immer wieder wird gefordert, den Riesenverein Netzwerk basisdemokratisch, d.h. überschaubar, mit umfassender Information und weit verzweigten persönlichen Beziehungen zu organisieren. Weil das praktisch nicht möglich ist, droht dieser Anspruch die sich entwickelnden Machtstrukturen ideologisch zu verdecken.

Dies ist es wert, an einem Beispiel erläutert zu werden. Die erste Mitgliederversammlung des Netzwerks am 28. April 1979 bekam ihre Bedeutung dadurch, daß die Satzung an wichtigen Punkten geändert und grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden mußten, um eine demokratische Grundlage für die Weiterentwicklung des Netzwerks zu schaffen. Doch dann wurde weder konstruktiv diskutiert noch die vorhergehende öffentliche Diskussion aufgearbeitet, sondern von einigen Streithähnen heftig und unsachlich Konflikte ausgetragen, die es schon sehr lange gab. Die Mehrheit der Mitglieder, denen nicht erklärt wurde, was hinter den Vorwürfen steckte, war in die Rolle von Zuschauern gedrängt. Sie mußte machtlos zusehen, wie die Diskussion sich in Geschäftsordnungsanträgen verhedderte. Hier rächte sich, daß die linke Öffentlichkeit nicht in der Lage gewesen war, über die aufgetretenen Konflikte differenziert zu berichten und die Hintergründe auszuleuchten. So werden die Entscheidungen nur noch von einem Kreis von Eingeweihten getroffen, während die Mehrheit weder versteht, was das impliziert, noch welche Alternativen es gäbe. Sie dient nur noch dem Vorstand, weil sie ihm vertraut, als Stimmvieh.

Bei der Mitgliederversammlung gab es Alternativler, die, aus ihrer Arbeit in kleinen Einheiten verständlich, nicht wußten, wie man einen Geschäftsordnungsantrag anzeigt. Sie wunderten sich, daß die, die beide Arme hoben, sofort reden durften und fühlten sich übergangen. Das zeigt, wie fremd vielen Alternativlern die Diskussionsformen in bürgerlichen Vereinen geworden sind. Wenn das Netzwerk versucht, sie einfach zu integrieren, buttert es sie entweder unter, oder sie wehren sich und erzeugen dabei ein heilloses Chaos.

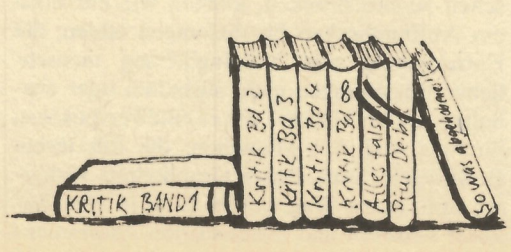
Vielen schwebt beim Netzwerk ein Geldfonds vor, der von den Strukturen der linken und Alternativszene unabhängig ist. Dadurch würde das Netzwerk aber zu einer aufgesetzten Vereinigung und könnte leicht zerstörend wirken. Wenn sich Projekte auf einen abgehobenen Geldfonds fixieren, gehen ihnen Flexibilität, Phantasie und Sparsamkeit verloren, und sie werden vom Netzwerk abhängig.

Die von uns nur aneinandergereihten Illusionen fügen sich zusammen in der Vorstellung, das Netzwerk könne zu einem Zentrum der Alternativbewegung werden, von der sich manche soviel erhoffen, wie früher von der Weltrevolution. Wenn das Netzwerk mit geballter Finanzmacht auf die vielschichtige, sich entwickelnde und sich immer wieder anders darstellende Alternativbewegung trifft, muß es sehr umsichtig und feinfühlig vorgehen, um nichts zu zerstören.

... am Beispiel Rhein-Main-Gebiet: Netzwerk

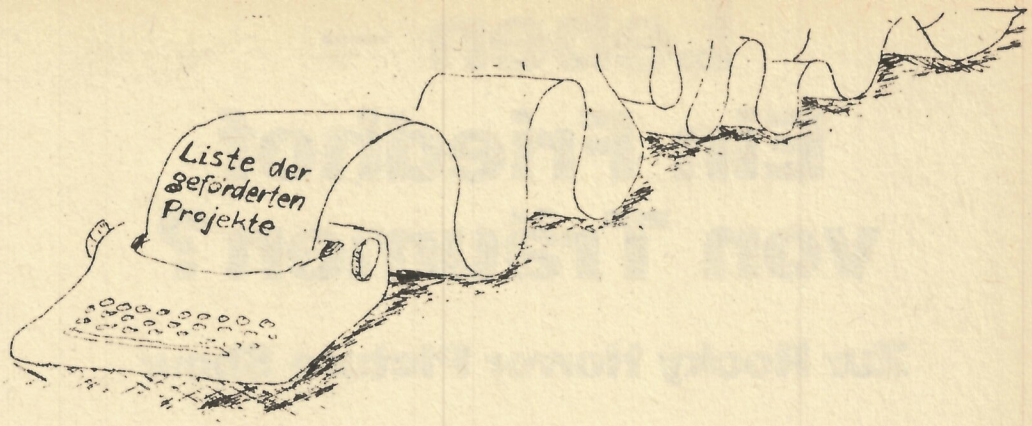
Im Frankfurter Raum hat sich im letzten Jahrzehnt eine weit verzweigte Kultur von mehr oder minder politischen Alternativen entwikkelt. Damit die verschiedenen Teile der politischen und alternativen Bewegung(en) korrektiv einwirken können – eine der wichtigsten Bedingungen dafür, daß sich das Netzwerk nicht abhebt – wird es von Anfang an eine breite Information und Diskussion geben. Im Rhein-Main-Gebiet kann sich das Netzwerk auf bestehende Strukturen beziehen und die in ihm angelegten Möglichkeiten entfalten. Der Geldfonds wird ein Anstoß sein, mehr Kontakte und Kooperation unter Linken und Alternativen zu schaffen. Wir sehen einige Ansatzpunkte, um diesen Anstoß aufzunehmen:

- Viele Projekte werden mit Finanzproblemen zum Netzwerk kommen. Es sollte sich mit jedem einzelnen Antrag auf Geld intensiv beschäftigen, um erstens Ratschläge für eine bessere Finanzierung zu geben und zweitens über das Geld hinaus die Zusammenarbeit



mit anderen Projekten anregen zu können.
- Beim Netzwerk werden im Laufe der Zeit viele Fäden zusammenlaufen. Deswegen kann es umfangreich Informationen und Kontakte vermitteln, indem es Anfragen beantwortet, ausführlich über die geförderten Projekte informiert und vielleicht Informationsbroschüren herausgibt.
- Das Rhein-Main-Gebiet besteht nicht nur aus Frankfurt. Das Netzwerk muß von Anfang an gezielt die anderen Großstädte und deren Umland einbeziehen. So kann sich langsam die Kooperation der Linken, Bürgerinitiativen und Alternativprojekte in diesem Raum verbessern.
- Das Netzwerk wird viele Linke erreichen, die bisher nichts Konkretes mit Alternativprojekten zu tun hatten. Ihnen kann es Anregungen für praktisch tätige Zusammenarbeit geben, um die Anonymität zwischen Projekten und Einzelmitgliedern zu überwinden.

In Gegenden mit einer stark entwickelten Alternativbewegung halten wir es für die wichtigste Aufgabe des Netzwerks, zur Verbindung der Linken mit den Alternativen beizutragen. Außerhalb der Zentren müssen erst einmal Alternativen in Verbindung mit der Linken geschaffen werden: Netzzwerge.



... am Beispiel Nürnberg: Netzzwerg

Nürnberg ist Provinz, gemessen an geltenden Maßstäben machtvoller linker und Alternativbewegung. Daraus aber ergibt sich von vornherein die Stärke der Überschaubarkeit, der 'scene', die Möglichkeit des unmittelbaren persönlichen Zusammenhangs.

Zusammenhang stellt sich nicht automatisch her: Den Zusammenhang begünstigende Faktoren sind, daß von Seiten der Alternativen – da in der Hauptsache im Reproduktions- und Freizeitbereich angesiedelt – schon strukturell keine Abschottung nach außen hin möglich ist, andererseits, daß der für uns relevante politische Zusammenhang im SB – im politischen Selbstverständnis angelegt – sich in diese alternativen Ansätze persönlich und finanziell einbringt.

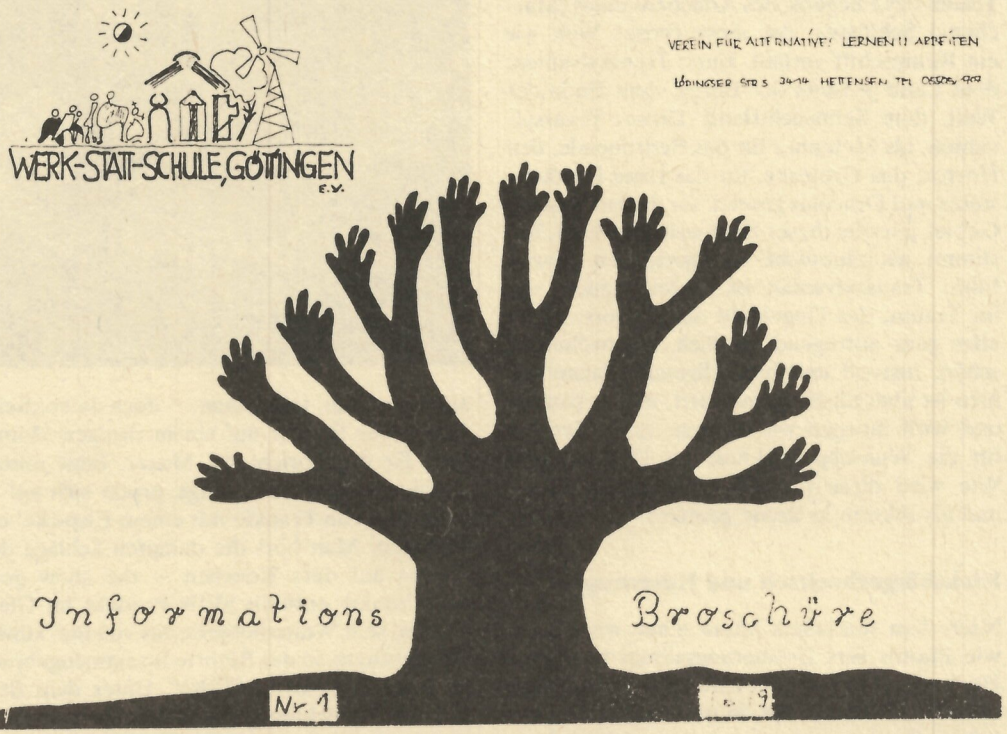
Die Ausgangsbasis für dieses Einbringen ist erstens unser Zentrum, in dem verschiedene politische Gruppen arbeiten – und das jetzt zu einem Café ausgebaut werden und ein bis zwei Leuten eine materielle Existenz bieten soll –, zweitens die alternative Stadtzeitung "Plärrer", die in Nürnberg inzwischen ein bedeutendes Stück Gegenöffentlichkeit ausmacht. Dort können wir unsere Arbeitsplatzauseinandersetzungen und Gewerkschaftskonflikte darstellen und politische Standpunkte einbringen (ohne den 'Plärrer' zu einer SB-Zeitung zu machen). Drittens unsere 'Volksschule', in der versucht wird, auch Leute außerhalb des SB in die Entwicklung alternativer Lern- und Umgangsformen einzubinden und viertens einzelne Mitglieder des SB, die in den dezentralen 'Kulturläden' und im 'Kommunikationszentrum' wirken.

Wichtig für uns ist: Die vielfältigen Verzahnungen stellen sich her auf Grundlage gegenseitiger Interessen, ohne daß dabei eine der beteiligten Gruppen ihre Identität aufgeben oder befürchten müßte, von der anderen unterwandert zu werden. Und: Auch wenn vom SB aus einzelne Einrichtungen – 'Plärrer', Bücherkiste – mit Geld unterstützt werden, so kann doch auf Grundlage eines zuerst persönlichen und politischen Interesses das Geld nie in die Rolle des alleinigen Vermittlers erhoben werden.

Ansprüche

Die Verzahnung von Linken und Alternativen – besonders im Freizeitbereich – heißt für uns, neue Bereiche politischer Wirksamkeit zu gewinnen. Da, wo alle Teile der Gesellschaft lückenlos zusammengeschlossen sind, kann sozialistische Arbeit nicht mehr vorrangig am alten Zentrum, an Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, orientiert werden. Nicht weil sich heute jeder anständige Linke auf die Probleme des Freizeitsektors, der Frauen, der Ökologie etc. stürzt, sondern weil diese Bereiche aus ihrer alten lockeren Bindung heraus ins Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft hineingesogen wurden, die Zwänge der Kapitalverwertung auf diese Bereiche hinausgegriffen und sie sich unterworfen haben (Freizeitindustrie z.B.), ist es notwendig, auch und gerade in ihnen Subjektivität, menschliche Fähigkeiten zu entfalten. Freizeitstrukturen, zum vehement eingesetzten Mittel sozialer Atomisierung geworden, zum Ort der Einübung von Passivität, müssen geknackt werden. An ihnen sind partiell neue Formen der Kommunikation und Gegenöffentlichkeit zu gewinnen, neue Beziehungen zwischen den Subjekten, die nicht mehr der umfassenden Parole gesellschaftlicher Anonymität unterworfen bleiben.

HERBERT MEIXNER
THOMAS RÖBKE
BERNWARD CAUSEMANN



Ein neues Projekt entsteht in Göttingen: die Werk-Staat-Schule! Die Informations-Broschüre Nr. 1 ist soeben erschienen! Preis DM 2,50. Zu beziehen über: Verein für Alternatives Lernen und Arbeiten, Lödingser Str. 5, 3414 Hettensen, Tel. 05505/1707.
Auch Arbeitsferien sind in der Werk-Statt-Schule Göttingen möglich. Termine: 20.-29. Juli und 1.-16. September 1979. Informationen bei: Charlotte Deutsch/Heinz Klauder, Dorfstr. 3, 3412 Wolbrechtshausen, Tel.: 05505/2487.

Neueröffnung! Bei der Arbeiterselbsthilfe Frankfurt (ASH) steht ab sofort in der Alten Mühle eine Bildungsstätte/Seminargebäude für maximal 60 Teilnehmer zur Verfügung. Den Anfang machte dort die Sommerschule des SB Anfang Juni. – Außerdem eröffnet die ASH in Kürze ein sehr gemütliches Gartencafé für alle von beruflicher und politischer Arbeit erschöpften Genossinnen und Genossen.
Alle weiteren Informationen gibt's bei der ASH: Arbeiterselbsthilfe Frankfurt, Krebsmühle, 6376 Oberursel 5, Tel.: 06171/73496.

Leben – Ein Friedhof von Träumen?

Zur Rocky Horror Picture Show

Die "Rocky Horror Picture Show" wird nicht nur auf der Leinwand, sondern vor allem im Kinosaal aufgeführt. Der "Spiegel" nennt das, was uns die "20th Century Fox" allabendlich beschert, "ein authentisches Phänomen der Gegenkultur" (18.6.79). Der Film scheint gar nicht so wichtig zu sein, sondern interessanter sind die Mehr- bis Vielfachbesucher, die den Film im Foyer mitspielen. Für viele Linke bedeutet der Gang in die RHPS entweder, einen ungemütlichen Abend mit einem ausgeflippten Publikum zu verbringen, oder selbst auszuflippen und wiederzukommen. Zum Einstieg in die Kontroverse bringen wir den Beitrag von Herbert Stubenrauch, auf den schon eine Antwort von Boris Penth für die Septembernummer vorliegt.

Die Rede ist von einem Kinofilm, der schon vor mehreren Jahren in den USA gedreht wurde und in den letzten Monaten in einigen bundesrepublikanischen Großstädten unter dem linken, Sponti- und Freak-Publikum Furore machte. Es ist schwer über einen Film zu **reden**, da er sich nur zum Teil sprachlich artikuliert (zumal in englisch) – er lebt und wirkt gleichsam als 'Gesamtkunstwerk' eines Zusammenspiels von bildlichen, szenarischen und musikalischen Wirkungseinheiten, auf deren Reflexion und emotionale Verarbeitung sich nur derjenige wirklich einlassen kann, der sich auch diesem Erlebnis – und nicht nur dem referierten Ereignis – unterzogen hat. Trotzdem wage ich es, ein paar Bemerkungen und Beobachtungen wiederzugeben, die mir – als Angehörigem der 'Generation der Väter' – in den Sinn kamen, während ich beim Erleben dieses Films im Kinosessel nervös und wütend, ratlos und irritiert hin- und herrutschte.

Was geht hier eigentlich vor?, so fragte ich mich ununterbrochen: Das linke Stadtteilkino bis auf den letzten Platz ausverkauft, das Publikum vorwiegend zwischen 17 und 20 Jahre alt, sehr unterschieden von der Disco-Szene, Gammel-Look, Hasch-Wolken wabern über die Sessel, es herrscht eine Art 'Große-Familien-Atmosphäre', Zurufe, Wiedersehens-Hallos, Weinflaschen ziehen die Kreise von Mund zu Mund. Manche der Anwesenden, so wird mir berichtet, gehen zum 14. (!) oder 18. (!) Male in diesen Film, eine Tatsache, die sich u.a. darin äußert, daß die Zuschauer, wohl wissend, wie auf die Sekunde genau die Dialoge zueinander sich einfädeln, an die Flimmerleinwand gerichtet Äußerungen und Fragen in den Saal rufen, auf die dann die Protagonisten auf der Leinwand die entsprechenden, erwarteten Antworten bringen. Ein schnuckeliger Dialog innerhalb einer ausgegrenzten Kleingesellschaft von Subkultur? Mir scheint, da steckt mehr dahinter. Da manifestiert sich eine Art von Identifikation – Wiedererkennen, Übernahme, Selbstdarstellung von Problemlagen –, die an den Kern der Probleme eines (linken?) Lebensgefühls bei Jugendlichen rührt, in einer Schärfe und Brisanz, vor der die älteren, traditionalistischen Linken ratlos erschreckt den Atem anhalten.

Die äußere Story des Films ist relativ schnell erzählt: Es beginnt mit einem phantastischen, gigantischen, lasziv sich öffnenden und schließenden Frauenmund, in dem sich erzählend alle oralen Wünsche sammeln können, und es endet mit einem imaginierten kosmischen Traum des Fliegens, des Abhebens eines (Märchen-) Schlosses, das diese (böse) Welt wie ein Raumschiff verläßt. Kurs: Transsylvanien, dem Land jenseits der Berge, dem Ende der Welt, dem Sehnsuchtsland. Dieses Transsylvanien, als Metapher für das Bedrohende, den Horror, das Groteske, für das Land Frankensteins und Draculas gesetzt, für das (utopische) Gebiet jenseits dieser fürchterlichen Welt, bestimmt als räumliche Kategorie den ganzen Film. Transsylvanien ist zugleich auch, wie im Traum, das Gegenbild des Terrors: da ist alles ganz aufregend, sinnlich, ungewöhnlich, schön, lustvoll und befriedigend. Transsylvanien ist überall: Hier und Jetzt, es war gestern und wird morgen wieder sein: es ist Symbol für die Wunschproduktion des Unbewußten. Wie wird diese nun im Film real bebildert und als Aktion in Szene gesetzt?

Kleinbürgerhochzeit und Katastrophe

Nach dem sinnlichen Mund sehen wir Bilder, wie Photos fürs Erinnerungsalbum von einer Hochzeit zweier braver Mittelstandsmenschen (Bred und Janet): vor, in und nach der kirchlichen Trauung in irgendeinem Nirgendwo-städtchen des Mittelwestens der USA. Everybody ist happy, das Brautpaar fährt mit dem Auto in die Flitterwochen – da kommt das 'Naturhafte' über sie, ein Unwetter und ein Motorschaden zwingen sie zum Stopp, sie suchen nach Unterschlupf und geraten, vom Regen genäßt, an ein verwunschenes Schloß, aus dem Licht und Hilfe leuchtet (uraltes Märchenmotiv). Sie geraten gleichsam ungewollt und gezwungenermaßen ins Reich der (unbewußten) Wünsche. Dort werden sie an der Pforte empfangen von einem buckligen Butler – Riff-Raff mit Namen –, eine Mischung aus Dracula und Teufel persönlich –, der sie zweideutig willkommen heißt und ins Innere des Schlosses geleitet. Und in diesem Inneren (der Seele?) ist scheinbar alles auf dem Kopf gestellt, jedenfalls ist alles ganz anders, als in der vertrauten Alltagswelt: In der Standuhr, die die Stunde schlägt, steht ein Skelett, die Gesellschaft, die sich hier nächtlich zur Party eingefunden hat, besteht nur aus kaputten Gestalten: Krüppel, Kranke, Perverse, Bizarre, Kaputte. Schließlich taucht der Chef des Ganzen auf: Frankie (Original: im Namen eine Melange zwischen Frankenfurter, Frankenstein, Hamburger und Frank (Sinatra?) – ein blendend geiler, schöner Mann, androgyn drapiert mit langen schwarzen Seidenstrümpfen und Straps. Er schreitet herein und hat alle anderen Anwesenden als seine eigene Staffage zu Händen. Damit auch niemand an diesem Herrschaftsverhältnis zweifeln kann, wird in einer Szene ausführlich gezeigt, wie der Boß Frankie seinen Butler Riff-Raff mittels einer Peitsche gefügig macht. Eine Atmosphäre der Gewalt und der Unterdrückung breitet sich von der Leinwand aus. Die Party im Märchenschloß treibt dem Höhepunkt zu: Frankie, der Boß, herrscht allgewal-

tig, teils Frau, teils Mann, – doch da erscheint Eddy, der Rocker auf einem riesigen Motorrad. Er durchbricht die Mauer, fährt mitten durch die Feiernden, singt, protzt sich auf – und wird von Frankie mit einem Eispickel erschlagen. Man hört die dumpfen Schläge des Eisens auf dem Knochen – the show goes on: Frankie enthüllt SEIN Produkt im Glaskasten, sein Wunschobjekt, das von ihm künstlich erzeugte, in der Retorte zusammengebraute Stück Mensch: ROCKY. Unter dem Beifall der verrückten und kaputten Partygäste – die beiden mittelständischen Anfangshelden geraten dabei immer mehr in Verunsicherung – entsteigt ein 'Mister-body-building-man' dem gläsernen Sarg, in dem er wurde, was er ist. Nur: dies Kunst-Produkt der Wünsche seines Erzeugers erweist sich nicht so gefügig, wie geplant: Der in der Retorte erzeugte Mensch ROCKY ist nicht nur gefälliger und verfügbarer Wunschtyp; er gibt sich mit den Gästen ab, Frankie tobt vor Eifersucht, in einem Rauschfest im Schwimmbad verschmelzen alle Leiber trotzdem imaginär zu einem sinnlichen Körperrausch, dann wird eine makabre Party veranstaltet, auf der kannibalistisch die Gebeine vom erschlagenen Eddy verzehrt werden; Entsetzen macht sich breit

auf den Gesichtern der mittelständischen Gäste, – und alles bricht um, indem der geschlagene bucklige Butler, Riff-Raff, plötzlich als neuer Herrscher erscheint, indem er neue Waffen (Laser) einsetzt: Eine Umkehrung aller Werte findet statt: der ehemalige Diener wird zum Herren, dieses ganze Gruselkabinett verschwindet, löst sich auf, fährt als fliegendes Schloß gen Himmel, wird abgelöst durch ein Neues (Gruselkabinett)! Dazwischen geschoben noch andere Ebenen: die des Wissenschaftlers, Dr. Scott, der auf der Suche nach seinem verlorenen Enkel (Eddy) ist, und der imaginierte Auftritt Frankies vor einer riesigen Zuhörerschaft, der er auf der Bühne als großer Star erscheint.

Verschmelzung und Omnipotenz

Diese Handlungen, Gesichter, Gesten und Szenen erhalten ihren eigentlichen emotionalen Atem eingehaucht durch die Musik. Die klassischen Momente des amerikanischen Musicals kommen in diesem Film voll zur Geltung: ein perfektes 'Übersetzen' von der Ebene realer Handlungsabläufe zu der eines interpretatorischen und/oder verdoppelnden Songs. Nähe und Distanz, Identifikation (optisch) und Interpretation (musikalisch) mischen sich in diesem Film so ganzheitlich, daß in der Tat ein Netz von Wahrnehmungsinhalten entstehen kann, in das sich ein Zuschauer (Zuhörer) fallen lassen kann. In der Tat ein sehr subtiles Netz: Neben dem realen Handlungsablauf werden akustisch und bildlich eine Fülle von Zitaten, Anspielungen, Verweisen, Nebenlinien, Assoziationen aktiviert. So z.B. die Zitate klassischer Werke bildender Kunst (Mona Lisa, David von Micheangelo, Schöpfung) sowie die Normen 'normaler' bürgerlicher Gesellschaft: Janet, die bürgerliche Tussy, entdeckt in sich die Lust, bei diesem 'perversen' Treiben mitzumischen, will diese Lust aber in sich nicht für wahr halten ... Oder: Frankie verwandelt in einer der Schlußszenen durch seine Macht alle Anwesenden (bis auf die beiden 'Bürger' und den 'Wissenschaftler') in Gipsfiguren und schminkt sie auf ihren Wesenskern zurecht: der Bred schreit nach seiner Mama, Janet gebärdet sich als Nutte ... Welche seelische Tiefenbedürfnisse werden in diesem Film Gestalt? Weshalb geht ein jugendlicher, aufgeklärter und politisch sensibler Zuschauer in diesen Film 14 Mal hinein? Das ist doch nicht Spinnerei, da drückt sich ein Lebensgefühl aus, das in den Bildern und der Musik dieses Films eine adäquate Darstellungsform findet. Wie sind diese auf Begriffe zu bringen?
Mit dem Kategorienpaar von VERSCHMELZUNGsbedüfnissen und OMNIPOTENZwünschen, so meine ich, ergibt sich ein erster Ansatz im Zugang zu diesem Phänomen. Die produktive Kraft von Wünschen nach Wiederherstellung eines archaisch (in der Muttersymbiose) erlebten Zustandes und die (bewußte) Phantasie nach allmächtiger Bewältigung der sich versperrenden Realität sind zwei Grundströmungen, die wir als intrapsychische Bewegungsmomente der 'bewußten' Jugendlichen 1979 annehmen können.

Wirklichkeitsflucht und Wunschproduktion

Die Realität ist nicht das Glück. Da muß man in eine Katastrophe – das Unwetter – hineinkommen, da wird man – schicksalhaft? – hineingeworfen. Das Land Transsylvanien befindet sich jenseits unseres Normalvollzugs. Wir werden dazu gleichsam vergewaltigt. Vergewaltigt zu unseren neuen Möglichkeiten? Der Film zeigt das alles nicht, aber er gibt Anstöße zum Nachdenken darüber. Im Film Träume leben zu können, ist etwas ganz anderes, als Träume in der Wirklichkeit realisieren zu können. Verdoppelt nun der Film die schlechte Realität? Ich meine, wie Radio Eriwan: Im Primzip JA. Da ist – bis auf die Szene im Schwimmbad – keine menschliche, humane Regung des Gefühls; des Aufbrechens, des Neuen zu sehen. Tote, versteinerte Marionetten von festgefügten Rollenträgern sehen wir, alle festgefügt und eingepaßt im Beton einer 'schicksalhaften' Biographie, aus der sie – scheinbar – nicht ausbrechen können. Da leuchtet kein Ziel auf, keine Hoffnung, keine Liebe, kein Gefühl. Der Film ist schlicht eine Widerspiegelung des Bestehenden. Seine Botschaft: so kaputt wie wir sind, seid auch ihr! Gewalt, Hierarchie, Ohnmacht, Recht des Stärkeren, Terror der 'wissenschaftlichen Technik', Herr- und Knecht-Verhältnis, Eifersucht und Vergewaltigung, Kindchenschema mit dem Teddybären, Sexualität als reduzierte Warenausstattung mit Nylon-Symbolen, Wissenschaft als Überwältigungsmittel, Musik als Puderzucker, der die erlebte Scheiße versüßt und unkenntlich macht.

Kaputtheit als Trost und Wärmeflasche

Die Partygäste im Film sind eine illustre Versammlung von zerstörten Biographien. Jeder hat seine Macke. So symbolisieren sie Gesellschaft. Und es zeigt sich, daß weder Wissenschaft (Dr. Scott), noch Mackertum (Frankie), noch wohlanständige Bürgerlichkeit (Janet), noch Retortenmensch (Rocky) 'es bringen'. Beschrieben und bebildert sowie musikalisiert wird der ZERFALL eines Sinndeutungssystems, das eine nicht mehr benennbare Bedeutung in einem nicht mehr auffindbaren Handlungszusammenhang erhält. Damit auch eine Chance: Jenseits der Trivial-Mythen, die dieser Film als Identifikationsangebot Zehntausenden von jungen Linken in unserem Lande vorspielt und verdoppelt, bricht er auch Wege auf, die über Transsylvanien hinaus konkrete Handlungsfelder freigelassener Energien von Lebensproduktion erschließen. Am Schluß des Films sagt der – distanzierte wissenschaftliche Referent – indem er den Globus rollt: 'There were some insects called

the human race, they are lost in time and lost in space ...'. Das fließt so schön, ist alles so desolat, Wärmflasche auf dem Sonnengeflecht am Bauch. Trost für die verletzte Seele. Aber: ist das auch zugleich die Arbeitskraft und Lebensenergie derer, die an den BEDINGUNGEN ihrer kaputten Existenz etwas solidarisch mit anderen zu ändern versuchen?

Ich komme heim

In all der Widerspiegelung von Kaputtheit, Gewalt, Außergewöhnlichem, das nur das Gewöhnliche verdoppelt, in all dem Sumpf von sogenannter Wissenschaft, die letztlich dazu dient, das Herr- und Knecht-Verhältnis umzukehren, aber nicht aufzuheben, läßt sich eine Tiefenstruktur von Bedürfnissen entziffern, die den bei uns gängigen Kategorien von Politik bislang entzogen war: die nach unbeschädigtem, sinnvollem, glücklichem Leben. Eine der ergreifenden Szenen ist in diesem Film die Schlußeinstellung, in der das Schloß zum kosmischen Raumschiff sich verwandelt und Frankie singt: I'm coming home. Da schlägt die Gewalt der kollektiven Phantasien zu, solch eine Formulierung steht in keinem Parteiprogramm, sie ist ökonomisch nicht ableitbar, kategorial nicht zu fassen, sie ist einfach da: ich möchte gerne nach Hause kommen, zu mir selbst, ich möchte leben, anstatt gelebt zu werden, möchte leben, statt überleben, möchte nicht entfremdet von mir selbst bei mir selbst sein ...
Ich wundere mich nicht mehr, daß junge Leute 14 Mal in diesen Film gehen ...

HERBERT STUBENRAUCH

Rock gegen Rechts

Rock und Politik —

in England und in der BRD

Die Massenveranstaltung "Rock gegen Rechts" am 16. und 17. Juni in Frankfurt ist ohne die Erfahrung der blutigen Auseinandersetzung des Vorjahres kaum verständlich. Zwar hatte das Beispiel des englischen "Rock against Racism" die Phantasien, alternative Demonstrationsformen zu versuchen, beflügelt. Aber entscheidend war die damals gemeinhin empfundene Unsicherheit, das Unbehagen, ob die im linken Bewußtsein als gerechtfertigt angesehene kollektive Gewaltanwendung gegen Faschisten so selbstverständlich ist wie das Selbstverständnis es zu erfordern scheint.

Das mag dem Gefühl entsprechen, das unverbesserlichen und fanatischen Altnazis und völkischen Rechtsradikalen entgegengebracht wird. Der Anblick von trommelrührenden Jungnazis stimmt aber nachdenklich. Da hilft der immer richtige und nie fehlgehende allgemeine Verweis auf Arbeitslosigkeit und Krise nicht mehr aus. Hinter den Formen des sich immer mehr ausbreitenden Neonazismus steckt mehr. Zwar werden die alten Wahrheiten nicht aus den Angeln gehoben, daß sich die Nazi-Herrschaft nicht ohne tätige Beihilfe und im Interesse des großen Kapitals hat etablieren – oder besser: sich niemals gegen die Interessen des Kapitals der Macht hätte bemächtigen können.

Seitdem sich die Wahrnehmung verbreitert hat, daß die Nazis und das Kapital nicht identisch sind, sondern sich letzteres ersterer bedient, gibt es zwei Formen eines linken Antifaschismus. Der eine beschränkt sich darauf, die Faschisten als solche zu bekämpfen; manche beziehen daraus gar ihre linke Identität. Übrigens ein Phänomen, das von vielen am 17. Juni des Vorjahres mit Erschrecken entdeckt wurde. Die anderen ignorieren die Nazis, da die Etablierung eines faschistischen Systems mit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zusammenhängt. Nach ihnen gilt es sich auf die Abschaffung des Prinzips der Lohnarbeit zu konzentrieren. Damit wird die Bedeutung von Bewußtseins- und Lebensformen fahrlässig unterschätzt; eine Haltung, die historische Vorläufer kennt. Neuerdings hat sich eine dritte, sehr zweifelhafte Form linken Verhaltens zum Faschismus breitgemacht: der "Faschismus in uns". Damit wird die gesellschaftliche Seite der Barbarei liquidiert. Sie verklärt sich zu einem psychischen Problem von allen und niemandem und entpolitisiert. Opfer und Henker sind somit letzhin gleich; die Innerlichkeit triumphiert über die Wirklichkeit.

Rock against Racism

Aus der Unsicherheit, sich praktisch zum Problem Faschismus und Neonazismus zu verhalten, wurde in diesem Jahr auf Widerstandsformen zurückgegriffen, die mehr Klarheit versprechen sollten. Denn wenn Faschismus auch Unterdrückung der Sinne, der Lust und Lebensfreude bedeutet, wenn Faschismus und sogar rechte Gesinnung letztendlich Todessehnsucht, Selbst- und Fremdzerstörung impliziert, dann scheint der Rückgriff auf die Musikform des Rock als besonderer Ausdruck von Lebendigkeit das angemessene Medium, den die Rechte zu meiden hat wie der Teufel das Weihwasser. Dieser Schluß ist richtig und falsch zugleich.

Seine Richtigkeit erwies sich im vorigen Jahr in London, als Zehntausende unter der Parole "Rock against Recism" gegen die faschistische britische "Nationale Front" demonstrierte, die das altehrwürdige Inselreich von den eingewanderten Farbigen aus dem Ländern des Commenwealth "freimachen" will. Nachdem der imperiale britische Löwe zahnlos geworden war und seine ausgeplünderten Kolonien sich durch Befreiungskämpfe und anderen Widerstandshandlungen aus der ungleichen Einheit des Empires hat freimachen können, gilt es nunmehr vom weißen Mutterland her die Freizügigkeit der ehemaligen "Untertanen" seiner Majestät nach England zu beenden und obendrein die dort lebenden Farbigen zu vertreiben. Die früher kultivierte britische Arroganz den "natives" gegenüber hat sich also heute im krisengeschüttelten Mutterland in Gestalt der rassistischen "Nationalen Front" gewalttätig entpuppt. England soll wieder weiß, die Farbigen des Landes verwiesen werden. Vor diesem Hintergrund hat sich in England ein antifaschistischer – oder besser, weil konkreter – ein antirassistischer Widerstand von Weißen und Farbigen gebildet, der sich des Mediums Musik, des Rocks, bedient.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Entstehungsgeschichte jener Musik, die sich auch im Rock findet, ist auf das Engste mit der Kolonialgeschichte verbunden. Rhythmus, Körperlichkeit, die Sinnlichkeit der Bewegung, Instrumente und deren Betätigung sind wesentlich afrikanisch-karibisch-amerikanischer Prägung. Dagegen ist der Marsch ein europäischer Tanz. Anhand der Musikgeschichte läßt sich Kolonialgeschichte, oder genauer: die Geschichte der modernen Sklaverei entziffern. Aufgeladen mit dieser Tradition werden die akkustischen und rhythmischen Attribute jener Geschichte, wenn auch im modernen Rock zerfasert und durch Assimilation fast bis zur Unkenntlichkeit verfremdet, gegen den wachsenden Rassismus in England gerichtet. Das Kürzel "Rock against Racism" heißt demnach programmatisch: England ist als Ergebnis von Kolonialismus und Imperialismus keine "weiße", sondern eine multirassische Gesellschaft. Die politisch gewordene Identifikation mit der Rockmusik demonstriert den kulturellen Bruch mit der "weißen" Ausschließlichkeit, demonstriert die Absicht von weißen und farbigen Briten, eine gemeinsame neue Identität zu schaffen, die jene Schranken zerbricht, die vermeintlich fremde "natives" und eingesessene Briten trennen soll. Hierfür ist die transkulturelle Rockmusik Symbol und Medium zugleich. "Rock against Racism" ist demnach

Bild: Ulrike Fabricius

in England eine dem antifaschistischen Widerstand angemessene, ja organische Form des konkreten Internationalismus. Vermittelnde Erklärungen erübrigen sich. Denn Rock steht

für den schwarzen und farbigen Anteil einer neu entstehenden britischen Identität, die ihre weiße Ausschließlichkeit und die dazu gehörige Geschichte verliert. Unter diesen Bedingungen ist Rock an sich tatsächlich antirassistisch.

Die Halbstarken und die 'Neeschermusik'

Daß eine Übertragung der englischen Erfahrung auf Deutschland problematisch ist, geht bereits aus der Umwandlung der Parole hervor: Trotz aller Imitation wurde aus "Rock against Racism" "Rock gegen Rechts". Ob in Deutschland Rechts und Rock ähnlich unvereinbar sind, wie in England Rock und Rassismus, ist zweifelhaft. Vieles spricht dafür, aber auch manches dagegen. Dafür spricht eine in der deutschen Alltagskultur eingewurzelte Fremdenfeindlichkeit – vom traditionellen Antisemitismus und Antislavismus gar nicht zu sprechen. Während der Naziherrschaft galten Jazz und Swing als "verniggerte" und "verjudete" Musik. Wie andere Kulturformen war sie als "entartet" verboten. Als der Rock 'n Roll der fünfziger Jahre den Muff des Adenauerstaates durchwirbelte – wenn auch politisch nichts auslösend – und der gewaltigen Aufbruch von zu Recht aufsässigen Jugendlichen ("Halbstarke") noch ziellos und blind die Staatsgewalt herausforderte, wußte die brave, Ruhe und Ordnung vergötzende Elterngeneration schon den Bazillus auszumachen: die "Neeschermusik".

Tatsächlich schien der Rock n' Roll eine Botschaft zu transportieren, die trotz unverstandener amerikanischer Texte zur Rebellion aufstachelte. Die rhythmische, oft primitive und hektische Musik stand scheinbar schon allein ihrer Form wegen in einem Widerspruch zu den herrschenden und einzuübenden Verkehrs- und Lebensformen. Während der Jazz weitgehend auf eine intellektuelle Szene und auf Keller geradezu beschränkt privat blieb, stellte der Rock 'n Roll Öffentlichkeit dar. Öffentlichkeit, die sich nicht erst über einen besonderen Zweck oder Anlaß legitimieren mußte, sondern für sich stand.

Es hat in diesem Zusammenhang wenig Sinn, auf die zusätzlichen sozialen Triebkräfte, wie zum Beispiel die Wohnbedingungen der Nachkriegszeit hinzuweisen, die engen und hellhörigen "Sozial"bauwohnungen, in denen die Familien zusammengepfercht waren. Da fehlte noch gerade die Rock n' Roll-Musik, die, ohne die entsprechende Lautstärke, um ihre Wirkung gebracht war, um den latenten und verleugneten Kleinfamilienkonflikt zum Kochen zu bringen. Die Flucht nach außen, weg aus dem neurotischen Mief der Kleinfamilie in eine neue, wenn auch nur renitente Jugendkultur wurde über diese Öffentlichkeit des Rock 'n Roll lebbar.

Damit war auch eine Ideologie verbunden, die vom "Ausland" gespeist wurde. Die damals vergötterte amerikanische Lebensweise bedeutete trotz ihrer Leere einen Angriff auf einen kulturellen Lebenszusammenhang in Deutschland, der den Faschismus bemerkenswert heil überstanden hatte. Die Kultur der Jugendbünde, die Romantik von Lagerfeuer, Heimatverklärung und ideologische Naturbesessenheit wurden von der anderen Seite des Atlantiks erst einmal überrannt und eingerissen. Zwar war auch in den USA der Rock 'n Roll ein das amerikanische Selbstverständnis revolutionierendes Phänomen, weil der schwarze Rhythm and Blues sich mit der weißen Country-Musik paarte und so auf der Ebene der populären Musik das Einreißen der Rassenschranken vorbereitete. In Deutschland wurde eine Trennung von der Vergangenheit eingeleitet, die zwar nicht gerade einen kulturrevolutionären Charakter hatte, aber immerhin zu einer ausbaufähigen Entfremdung von der bisher so stabilen und kontingenten Kollektivindentität führte.

Rock und der alte Faschismus

Bedeutet dies, daß Rock in Deutschland also allein und für sich eine Musikform ist, die sich gegen faschistische, rassistische Gesinnung und Lebensweise richtet? Solange "Rechts" mit völkischen, bündischen und agrarromantischen Formen angefüllt war – sicherlich. Aber diese Formen selbst haben eine – wenn man will – "altrechte" Tradition. Wo "Rechts" Rassismus und "Volksstämmigkeit" im althergebrachten Sinne bedeutet, sind solche Verallgemeinerungen gerechtfertigt. Aber früher war auch die Kultur der bündischen Jugend, des Wandervogels etc. von der Form her politisch so "neutral", daß sich verschiedene ideologische Haltungen ihrer bedienten und daß die Nazis Symbole und Attribute der Arbeiterbewegung übernahmen, ist hinlänglich bekannt. Ob aber die dem Rock eigene Körperlichkeit und Sinnlichkeit schwarzer Musik einfach beliebig übertragbar ist, bleibt trotz aller Einschränkungen schwer vorstellbar. Eine Aussage ist aber zulässig: Wer Rock gut findet, wird sich kaum mit den althergebrachten faschistischen Formen identifizieren können. Ob sie aber politisch gegen "Rechts" – was das heute auch immer heißen mag – immunisieren, bleibt dahingestellt.

Erfolg der Linken

Zweifellos war das Aktionsbündnis "Rock gegen Rechts" ein beeindruckender Erfolg der Linken. Zwar konnte es nicht gelingen, die englischen Formen des politischen Widerstands durch Musik und Körperlichkeit zu wiederholen, weil der Rock hier nur als Vehikel der politischen Mobilisierung diente, während er dort die antirassistischen Inhalte selbst in sich trug. Allein daß hier Demonstration und Rockfestival auseinanderfielen, während in England die Bands auf Wagen mitzogen und die Demonstanten sich im Rhythmus der Musik bewegen konnten, macht den Unterschied deutlich. Hier wurde der politische Teil traditionell vom Fest abgetrennt, auch wenn die Demonstration eine neue Qualität erreicht hatte. Man war stark genug, Macht demonstrieren zu können und hatte so hilflose Gewalt nicht nötig.

Eins hat die enorme Mobilisierung trotz allem gezeigt: Die Masse der sich mit emanzipatorischen Inhalten identifizierenden Jugendlichen, hat die gängige chronische Wehleidigkeit der Linken Lügen gestraft. Dabei gilt es aber nicht zu verharren, sondern sich gemeinsam auf die auf uns zukommenden Verschärfungen des politischen Klimas vorzubereiten. CDU-Oberbürgermeister und Strauß-Freund Wallmann hat es geschafft, DGB und radikale Linke zusammenzubringen. Wir sollten diesen Fingerzeig nutzen.

DANY DINER

dpa

Selbstdarstellung einer Initiative "Rock gegen Rechts"

Während des Frankfurter Teffens stellte sich eine Hamburger Initiative vor, die zur lokalen Nachahmung einlädt:
Wir sind Rockfans, Arbeiter, Schüler, zum Teil selbst Musiker und teilweise Leute, die mit Musik zu tun haben. Also Konsumenten der Rockmusik und entwickelte Menschen der Popkultur. Wir lieben die Rockmusik und identifizieren uns mit der Popkultur, die wir leben oder, soweit es in dieser Gesellschaft überhaupt möglich ist, in Bewegungen zu reflektieren versuchen. Bewegungen, die aus der Popkultur entstanden sind/waren. Leider gibt es keine Bewegungen mehr, sie sind aufgesogen, kommerziell verallgemeinert und verramscht worden, vom Establishment verheizt, verkohlt und betrogen. Wir wollen dem etwas entgegen setzen, eine von uns entwickelte Bewegung, die sich nicht etablieren, verheizen und kommerziell ausbeuten lassen darf. Deshalb wurde von uns der Verein, die Initiative Rock gegen Rechts (RGR) gegründet.
Der eingetragene Verein, die Initiative Rock gegen Rechts schließt sich der in England befindenden/entstehenden Bewegung und Initiative Rock against Racism an, indem sie hier in der Bundesrepublik mit der Unterstützung von vielen Musikern und Rockgruppen der Jugend und den Menschen wieder Ursachen und Tendenzen des Faschismus, der Unfreiheit und Unterdrückung klar machen will. Wir wollen den Rassismus und Faschismus in der Popkultur, vor allem in der Rockmusik, bekämpfen und eine freie antirassistische, antifaschistische Rockbewegung im Rahmen der Popkultur aufbauen.
Weil wir nämlich wissen, daß die Unfreiheit und Unterdrückung schon immer vom Faschismus und totalitären Rechten praktiziert wird und wurde, sie schon immer diese politischen Strömungen, die Musik, die unsere Generationen prägt, als "minderwertige Musik" abqualifiziert und den Rock am liebsten verboten hätten. Noch immer wird, von Rechts aus, gegen den Rock vorgegangen, weil sie zur Kritik an jedem bestehenden System anregt. Nicht zuletzt deshalb wird von Rechten und Nationalisten gegen diese Musik vorgegangen, weil sie ihren Ursprung bei den Schwarzen hat und noch nie so weiß war, daß sie diesen Rock zu ihrer Musik hätten machen können.
Noch immer ist der Rock schwarz, er ist so schwarz wie die Gettos, die Slums und die Arbeiterviertel, aus denen er kommt. Und immer hat die Musik in ihren Popvariationen Bewegungen ausgelöst, die von den Rechten und Faschisten bekämpft wurden wie die Rocker beim Rock'n Roll, die Rastas beim Reggae, die Hippies beim Flower Power und die Punker beim Punk. Alle Bewegungen spiegelten das Elend, die Probleme und den Kampf der Menschen gegen ihre Unterdrücker wieder.
Doch in der BRD scheinen die Ausdrucksmittel der Rockmusik die Menschen abzuschlaffen, kritiklos gegenüber dem Bestehenden zu machen. Mit Ignoranz werden die Berufsverbote, das Wiedererstarken der Faschisten, der gefährliche Atomstrom, die Schnüffeleien, die Isolationshaftbedingungen, die Diskriminierung von Homosexuellen und die unzähligen politischen Unterdrückungen, die allesamt von den Rechten kommen, aufgenommen. Ja, heute werden sogar wieder Faschisten, wie auch schon in der Weimarer Republik, von den hiesigen Politikern und Polizisten geschützt, während es offensichtlich (schon) wieder gefährlich ist, Antifaschist zu sein, die von der Polizei verprügelt, politisch verfolgt und verhaftet, von der Justiz dann abgeurteilt und eingesperrt werden.
Die Initiative Rock gegen Rechts will die Jugendlichen, die Menschen und die Rockfans wecken und wieder in Bewegung bringen. Mit der Rockmusik gegen alles, was Rechts ist, uns unterdrückt und unterdrücken will. Wir wollen uns mit allen solidarisieren, die am meisten von der Unterdrückung erfaßt werden. Solidarisieren mit der Antiatomkraftbewegung, der Frauenbewegung, den kämpfenden Antifaschisten, mit der Schwulenbewegung, den Knastgruppen, den Lesben, den streikenden Arbeitern und schließlich mit den Liedermachern und Rockgruppen, die auf unsere Plattform der Freiheit und der Liebe spielen wollen. Mit den Musikern und Schallplatteninterpreten, die das Establishment abweisen und auf Solidaritätsfeten und Rockveranstaltungen auftreten, die sich aus dem "kommerziellen Würgegriff" befreien wollen und ingelockerter Atmosphäre spielen wollen.
Die wir so gut es geht bezahlen, wenn sie unbekannt sind, versuchen, bekannt zu machen, für die wir Propaganda machen mittels T-Shirts, Flugblättern, Postern, Abzeichen, Stikkern und durch unsere Zeitung und andere Zeitungen. Mit den Bands, die auf ihren Gigs auch mal von uns erzählen und von denen wir mal erzählen. Wir wollen mit Musikern und Gruppen, die etwas zu sagen haben, mit bekannten und unbekannten Rock-, Pop- und Theatergruppen Veranstaltungen aufziehen, die einen politischen Hintergrund besitzen. Mehr an Jugendliche herantreten, und die Ziele und Aufgaben von RGR bekannt machen. Wir wollen eine Kampagne starten, eine Bewegung, in der sich alle, die unsere Plattform anerkennen, vereinigen sollen, und in der alles, was von Rechts kommt, bekämpft wird, um sich davon zu befreien.

Weitere Informationen bei:
Rock gegen Rechts e.V., c/o Thomas Loeck, Falkenried 57, 2000 Hamburg 20, Telefon 040/462654

Der DGB – open air

Die Ereignisse anläßlich des "Deutschlandtreffens '79" der NPD in Frankfurt haben durch veränderte politische Konstellationen – die sie herstellten bzw. sichtbar machten – und veränderten Verhaltensweisen der Beteiligten – die durch den Ablauf zu Tragen kamen, eine eigene und neue Qualität erfahren. Der CDU-Oberbürgermeister Wallmann hatte bekanntlich rundum jegliche politische Aktivität – einschließlich der DGB-Kundgebung – in der Innenstadt zum Wochenende 16./17. Juni verboten (souverän hatte er damit den sog. polizeilichen Notstand – ohne Not – deklariert und so Grundrechte wie z.B. das Versammlungsrecht außer Kraft gesetzt). Die NPD tauchte daraufhin erst gar nicht mehr auf der Bildfläche auf. Dagegen strömten im Laufe des Vormittags mehr als 20.000 linke Demonstranten in das Stadtzentrum und formierten sich – trotz Verbot – allmählich zu immer größer werdenden Demonstrationszügen, die sich, von der Polizei immer weniger behindert, am späten Nachmittag dann von mehreren Seiten her zum Römerberg bewegten.
Über 5.000 Polizei- und Bundesgrenzschutz-Truppen waren zwar im Stadtgebiet konzentriert; sie blieben aber fast über den ganzen Tag hinweg stets in Reservestellung.

Ein absurdes Szenarium

So war dann die Lage am Samstag, den 16. Juni gegen 18 Uhr im Frankfurter Stadtzentrum: etwa 20.000-25.000 Menschen belagerten, zwar spannungsgeladen, aber dennoch friedlich, den Römerberg. Lieder, Sprechchöre, Diskussionen, Tanzen. Auf allen angrenzenden Straßen und Plätzen nur noch Demonstranten. Uniformierte Polizei ist auch weiterhin in unmittelbarer Nähe nicht zu sehen. Nur der Römerberg, der zentrale Kundgebungsort mit Symbolstatus, ist von Staatsorganen besetzt – von Panzerspähwagen des BGS, ausgerüstet mit Räumschildern und Sperrnetzen; dicht an dicht und rundum aufgefahren. Sie halten ein Territorium von rund einigen Tausend Quadradmetern "frei" von Demonstranten. Ein geradezu absurdes Szenarium, da ein rationaler Sinngehalt dieser Maßnahme zu dieser Zeit und nach dem bisherigen Ablauf nicht mehr erkenntbar war; es sei denn, daß die staatliche Gewalt "an sich" und nach dem Willen ihrer Befehlshaber demonstrativ gegen das von den linken beanspruchten republikanisch-bürgerliche Versammlungsrecht unter freiem Himmel zur Schau gestellt werden sollte.
Wurde so sichtbar, daß die bis dahin frei gelaufenen Demonstrationen nur aus Opportunitätsgründen geduldet wurden und hier und jetzt gezeigt werden sollte, daß man durchaus in der Lage sei, dergleichen sofort und nachhaltig auch wieder zu beenden? Das wäre eine mögliche, aber – wie uns scheint – verkürzte Betrachtung bzw. Wertung des Vorganges.

Zur Begründung des Rundum-Verbots durch Wallmann verwies er, wie gehabt, auf sog. Erkenntnisse, nach denen "Tausende linker Gewalttäter" unterwegs nach Frankfurt gewesen sein sollten (Fakten dazu kamen allerdings auch nicht vor dem Verwaltungsgericht auf den Tisch). Tatsächlich verliefen dagegen die Demonstrationen sämtlich durchaus friedlich. Dort, wo sich aus Frustration oder aus bestimmten politischen Motivationen von wenigen, Konfrontationsbedürfnisse anbahnten, wurden sie von der Masse der anderen Demonstrationen neutralisiert.

dpa

Wiederherstellung des Demonstrationsrechts

Die Polizei ihrerseits unterließ ebenfalls Provokationsakte (dabei war auch maßgebend, daß u.a. eine umfassende Beobachtung der Vorgänge durch die zahlreich anwesende, auch internationale Presse, gegeben war und der hessische Innenminister Grieß (FDP) unmittelbar das Oberkommando übernommen hatte. Zudem hatte die neuerdings im DGB organisierte "Gewerkschaft der Polizei" sich zuvor nachhaltig gegen den NPD-Aufmarsch gewandt). Es wurde so das Demonstrationsrecht umfassend und friedlich gegen das Wallmann/CDU-Verbot in Frankfurt wiederhergestellt. Die offensichtliche politische Erwartung des Herrn Wallmann – vielleicht gestützt und als Folge der selbstbesorgten "Erkenntnisse" – dagegen war darauf abgestellt, daß eine "blutige Konfrontationsstrategie" von den Demonstranten ausgehen würde. Das hätte dann den polizeilichen Einsatz und damit die nachhaltige Zerschlagung des linken Aufmarsches ermöglicht (das Sonthofener Modell hätte realisiert werden können). Daß dies nun so nicht stattfand, war bereits eine große Niederlage des Strauß'schen Staathalters in Frankfurt.

Stattdessen aber war schon im Laufe des Nachmittags eine völlig andere Konstallation zustande gekommen. Die NPD war längst zur Nebensache geworden, im wörtlichen Sinne hinter dem Horizont verschwunden. An ihrer Stelle stand nun, als Verkörperung rechter, demokratiefeindlicher Politik unversehens die CDU/CSU, ideologisch und machtpolitisch repräsentiert durch Herrn Wallmann und seinesgleichen. Und, im Vollzug dieser neuen Polarisierung stand dem gegenüber nun der DGB und dieser im Verein mit "linken Systemfeinden" unterschiedlichster Couleur. Der DGB hatte sich nach dem Verbot seiner Kundgebung und umgeben von sich mit ihm solidarisierenden, demonstrierenden Massen, hier, vor dem Römerberg, den er nicht betreten durfte und weit entfernt von den Massen aus den Betrieben und den Verwaltungen, dem Gesetz der Stunde und dem linken Bruderkuß nicht mehr entziehen können. Zudem war das persönliche und politische Selbstwertgefühl der Repräsentanten der organisierten deutschen Arbeitnehmerschaft zutiefst durch die Anmaßung eines Herrn Wallmann – der sich das offenbar leisten zu können glaubte – verletzt und die eigene Hilflosigkeit in einer solchen Situation offenbar geworden. Bis zuletzt klammerte sich die DGB-Führung allerdings auch noch an die Hoffnung, das Verwaltungsgericht würde den Römerberg für sie freischaffen. (Die Verwaltungsgerichtsentscheidung traf dann aber erst in den Nachtstunden ein und war dann auch noch gegen den DGB gerichtet).

Die Schwäche des DGB hatte sicher auch Herr Wallmann erspürt. Aber wieder machte er – wie hätte es besser kommen können – in seiner ideologischen Beschränktheit einen entscheidenden Fehler: Er hätte die andauernde Blockade des Römerbergs durch den BGS aufheben und den Platz für die DGB-Kundgebung freigeben können. Stattdessen ließ er dort die bewaffnete Staatsmacht stehen, so daß sich das Ganze als eine Bestrafungslektion gegen den DGB auswirkte. Entscheidend war wohl für dieses Verhalten, daß Wallmann und seinesgleichen hier ein linkes Bündnis heraufziehen sahen, das von Spontis, Kommunisten, Sozialisten über Jusos bis zum DGB reichte und die Grundlagen dieser und ihrer Gesellschaft zutiefst bedroht ... In dieser maßlosen Überschätzung machte in der Tat Herr Wallmann durch seine politischen Entscheidungen aber immerhin die Vision einer solchen Möglichkeit, d.h. einer verbündeten pluralistischen deutschen Linken spürbar.

Als anschließend die DGB-Vertreter auf dem Open-Air-Festival des Aktionsbündnisses "Rock gegen Rechts" am Stadtrand sprachen, schwammen sie auf einer Woge von Sympathie, ausgelöst und getragen von einer linken Bewegung, der sie bisher mindestens mit kritischer Distanz, wenn nicht mit verständnisloser Ablehnung, gegenübergestanden hatten. Das war schon eine außerordentliche Stunde. Inzwischen sind die Differenzen im DGB im Verhältnis zu diesem Ereignis allerdings auch voll aufgebrochen. Der DGB-Bundesvorstand hat bis zur Stunde zum Verbot einer DGB-Kundgebung in Frankfurt noch keine Stellungnahme abgegeben. Gewerkschafts- und SPD-Rechte greifen die DGB-Vertreter an, die sich wie oben beschrieben entschieden und verhielten, d.h. die richtige Klassenposition auch in einer gesellschaftspolitischen Konfrontation eingenommen hatten, nicht minder, wie es die CDU weiterhin tut.

Es wäre aber nicht nur deshalb nützlich, dieses erste Wiederzusammentreffen der neuen und der alten (traditionellen) deutschen Linken seit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, nicht abbrechen zu lassen. Das, was da stattfand (neben den DGB-Funktionären hatten sich ja immerhin auch einige Tausend Gewerkschaftsmitglieder aus Betrieben und Verwaltungen an der Aktion beteiligt), ist noch widersprüchlich und wenig gefestigt. Es kann dennoch, von der Lage her bestimmt, von großer Bedeutung sein. Dahinter verbirgt sich die Möglichkeit, daß die Emanzipationsbedürfnisse und -entwürfe der neuen Linken sich den Organisationen der überkommenen Arbeiterschaft mitteilen und mit deren sozialen Kämpfen verbinden. In der Tat: das wäre für die Rechte ein Grund zur Furcht.

HEINZ HAUSER

Eine Veranstaltung, die sich den Titel des Jugendmagazins "elan" vom November 1978 "Rock gegen Rechts" angeeignet hatte, und die teilweise von maoistischen, trotzkistischen antikommunistischen Kräften initiiert wurde, war mit der Begründung, es handele sich um eine Kulturveranstaltung, genehmigt worden. Die Teilnahme zahlreicher Jugendlicher auch an dieser Veranstaltung zeugt von dem großen antifaschistischen Potential unter der Jugend. (UZ am 19. Juni 1979)

dpa

Zum Tode Karl Retzlaws

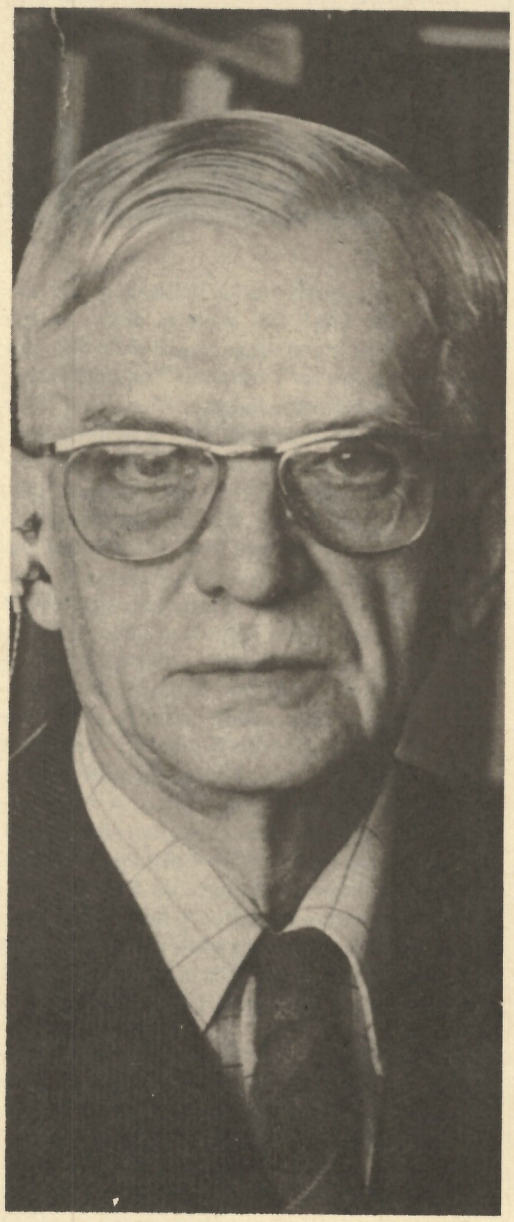
Wenn man mit Karl Retzlaw zusammensaß, diskutierte, ihm zuhörte, konnte man noch einmal erleben, was einmal ein Typus des Arbeiterfunktionärs gewesen war, Parteiarbeiter und Volkstribun in einem. Mit dem Fahrrad als Landessekretär der neuen Partei, der KPD, 1919, 1920 durch die Mark Brandenburg radelnd, immer findig und schnell im Aufbau von Beobachtungs- und Meldediensten, etwa beim Kapp-Putsch in Berlin, oder als die KPD die Führung der Räterepublik in München übernahm, und gleichzeitig nicht nur Marx, Engels, Trotzki, Lenin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht lesend, sondern auch Dickens, Twain, Dostojewski, Tolstoi, Turgenjew, Lermontov usw. usw.

Armut ist kein großer Glanz von innen, wehrt er in seinem viel zu wenig beachteten Buch "Spartacus – Aufstieg und Niedergang, Erinnerungen eines Parteiarbeiters (Verlag Neue Kritik)" Rilke ab. Aber wie kommt ein "ungelernter" Arbeiterjunge auch noch dazu, Rilke zu kennen? In einer Armut aufgewachsen, die für die heutige Generation der Studierenden geradezu unfaßlich sein muß? Bücher, geliehene, las er manchmal draußen vor einem erleuchteten Ladenschaufenster, weil zu Hause das Geld für das Petroleum der Lampe nicht reichte.

Der Vater hatte eine kleine Tischlerei. Die Mutter entstammte einer begüterten Bauernfamilie. Aber nach dem frühen Tode des Vaters verarmte die Familie so furchtbar, wurde die Arbeitslosigkeit für die Mutter und die sechs (lebenden) Kindern der Familie Gröhl so grauenhaft bedroht, daß sie gezwungen waren, 1904 in die Elendsviertel Berlins zu ziehen, weil im Wedding und in Moabit das Überleben immer noch leichter schien. Ein Schlüssel dafür, daß Karl Retzlaw nicht im Elend des Proletariats abstumpfte, nicht im Suff versank, sondern sogar Antiraucher und Antialkoholiker blieb, scheint mir in der aus bäuerlichen und kleinbürgerlichen Gemütsbedürfnissen (im sich entfaltenden Kapitalismus) erwachsenen Hinwendung zum religiösen Sektenwesen, hier den Baptisten, zu liegen, zu dem seine Eltern sich hingezogen fühlten, und das in Karl Retzlaw wohl erste Sensibilität geweckt hat für soziales Leid und rassistische und chauvinistische Diskriminierung in einer unaufgeklärten, von der Härte und der Langeweile des Alltags geprägten Spießer- und preußischen Garnisonstadt im deutsch-polnischen Mischgebiet.

Karl Retzlaw trat im 1. Weltkrieg in die SPD ein, als er über die (illegale) örtliche Arbeiterjugendbildung in Berlin-Moabit bereits zur Kritik der Politik dieser Partei gelangt war. Er trat eigentlich in die SPD ein, um für die sich entwickelnde Spartacus-Gruppe arbeiten zu können. Und das hieß, vor allem gegen den Krieg kämpfen, dessen Fortführung die SPD den Herrschenden so bereitwillig erleichterte. Man kann sagen, die Bildung des Spartacusbundes in Berlin, die spätere Organisation der USPD im ersten Weltkrieg, das ist ganz besonders auch das Werk Karl Gröhls gewesen, der von daher unter wechselnden Tarnnamen lebte, zuletzt unter dem dann legalisierten Karl Retzlaw.

Die illegale politische Arbeit (Flugblätter, Agitation, Organisation vor allem gegen den



Krieg und für den Sturz der Herrschenden) brachte es mit sich, daß die Polizei Karl Retzlaw verfolgte. Seine Weigerung, Soldat zu werden, zwang ihn, vollends in den Berliner Untergrund des Jahres 1917 zu gehen. Schließlich wurde er verhaftet und verbrachte einen ersten Gefängnisaufenthalt in einem ostdeutschen Militärgefängnis, in dem der Hunger und die Quälerei sich mit der in späteren Nazi-KZs schon messen konnte.

Nach der November-Revolution von 1918 war Karl Retzlaw zuerst in der Führung der KPD und später im Führungsapparat der Kommunistischen Internationale. Hier kam er mit allen berühmten und berüchtigten Namen der Kommunistischen Weltbewegung in Kontakt, mit Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin, Kun und auch Stalin, Pieck, Ulbricht.

Er war eng befreundet mit den Mitbegründern der KPD, Paul Levi und Heinrich Brandler, mit Ernst Meyer. Er kannte recht gut die KPD-Führer Ruth Fischer und Arkadij Maslow. Und unter der Führung dieser Leute war er nicht nur Landessekretär für Brandenburg. Er war nicht nur Mitorganisator der militärischen Kämpfe um die bayrische Räterepublik, der März-Aktion von 1921 (die militärischen Kämpfe gegen die zur Unterdrückung sozialer Protests einrückende Reichswehr und Polizei im Leuna-Manfelder Gebiet) und der später versuchten Befreiung von Max Hölz. Karl Retzlaw war der erste Leiter des (illegalen) Militärapparates der KPD.

Schließlich wurde er Mitarbeiter im Apparat der Komintern. Ich habe nie den Eindruck gehabt, Karl Retzlaw habe sich auch nur einen Tag vom Glanz und Gewicht der Macht beeindrucken, und von möglichen Privilegien den Sinn für das trüben lassen, was er als seine Mission ansah: Mit aller Kraft mitzuarbeiten an der wirklichen Befreiung der Arbeiterklasse, zu kämpfen für eine Welt der Brüderlichkeit, für den Sozialismus.

Als Stalin seine Gegner und Kritiker in der Partei und in der Internationale daher endgültig besiegt hatte, als die Scheußlichkeit seines Regimes und die Korrumpierung sichtbare Formen annahm, als die KPD den Kampf gegen die Nazis nicht ins Zentrum ihrer Politik rückte, brach Karl Retzlaw 1933 mit der KPD und dem Apparat der Internationale. Erst im Saargebiet und dann in Frankreich versuchte er allein oder in kleinen Gruppen den Kampf fortzusetzen. So kam er auch wieder mit Trotzki in Kontakt, der jetzt von seinen wechselnden Exilorten aus eine neue, die 4. Internationale, vorzubereiten begann. Trotz aller Skepsis über deren Erfolgschancen arbeitete Karl Retzlaw auch an dieser Gründung mit. Schließlich konnte er vor den deutschen Truppen nach England entkommen. Hier, nun wieder im Kontakt mit der Exil-SPD, versuchte er den politischen Kampf gegen den Faschismus und für ein sozialistisches Deutschland fortzusetzen. Mit geringen Erfolgen, aber ungebrochen.

Als er schließlich nach Deutschland zurückkehren konnte, lernten wir ihn in Frankfurt kennen, in den Auseinandersetzungen mit der Nachkriegspolitik der SPD. Karl Retzlaw, obwohl im Londoner Exil im Kontakt mit dem Parteivorstand der SPD, ließ vom ersten Auftreten in der Frankfurter SPD an keinen Zweifel daran aufkommen, daß er ein Mann der Linken war. Auch seine Stellung und seine Karriere-Möglichkeiten in Verlag und Redaktion der "Frankfurter Rundschau", wo ihn Karl Gerold, ein Freund aus dem Kampf gegen den Faschismus, aufgenommen hatte, konnten ihn nicht dazu verführen, der Linken untreu zu werden. Und die Niederlagen dieser Linken machten ihn wohl manchmal verbissener und zorniger, aber nie mutlos. So lernte ihn dann noch einmal die Studentengeneration in größeren Versammlungen der Jahre der Studentenbewegung kennen. Und sie war von ihm ebenso hingerissen, wie wir! Karl Retzlaw zählte zu den eindrucksvollsten Menschen der alten revolutionären Generation. Um ihn zu trauern, haben wir nur ein Recht, wenn wir so tapfer und unverzagt bleiben wie er.

HEINZ BRAKEMEIER

Roter Terminkalender

"Gemeinsam sind wir unausstehlich"
Tournee des Autorenkollektivs '79 aus Ulm
6. Juni - 15. Juli
Die Autoren Urs. M. Fiechtner und Sergio Vasely lesen und spielen zugunsten von Amnesty international am 29. Juni in München Festival Chile '79 ● 30. Juni in Günzburg ● 1. Juli in Essen Festival Chile '79 ● 6. Juli in Gunzenhausen ● 8. Juli in Eichstätt ● 9. Juli in Ellwangen ● 10. Juli in Cham ● 11. Juli in Regensburg ● 12. Juli in Fürth ● 13. Juli in Nürnberg ● 14. Juli in Hof und am 15. Juli in Schwabach

4. Internationaler Gewaltfreier Antimilitaristischer Marsch
Abrüstungsfahrt von Brüssel nach Warschau
31. Juli bis 7. August
Nähere Informationen über Wolfram Beyer, Buchstr. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4539556

Arbeitsferien in der Werk-statt-Schule Göttingen
20.-29. Juli und 1.-16. September
Wer Lust hat, mit uns zusammen am Ausbau unseres Projektes "Werk-statt-Schule" zu werkeln, kann bei uns andere Ferien machen. Wir wollen – ähnlich wie bei der SB-Sommerschule – praktische Arbeiten, Erholung, Leute kennenlernen und Diskussionen miteinander verbinden. Informationen: Charlotte Deutsch/Heinz Klauder, Dorfstr. 3, 3412 NH-Z-Wolbrechtshausen, Tel. 05503/2487

Die Rolle der Kooperativen und ihre internationale Zusammenarbeit
5.-12. August in Sizilien
Dieses Seminar wird von der autonomen Textilkooperative CAAP in Sizilien veranstaltet. Informationen: Centro di animazione per la autogestione popolare, Via Centimoli 11, 90021 Alia/Italien

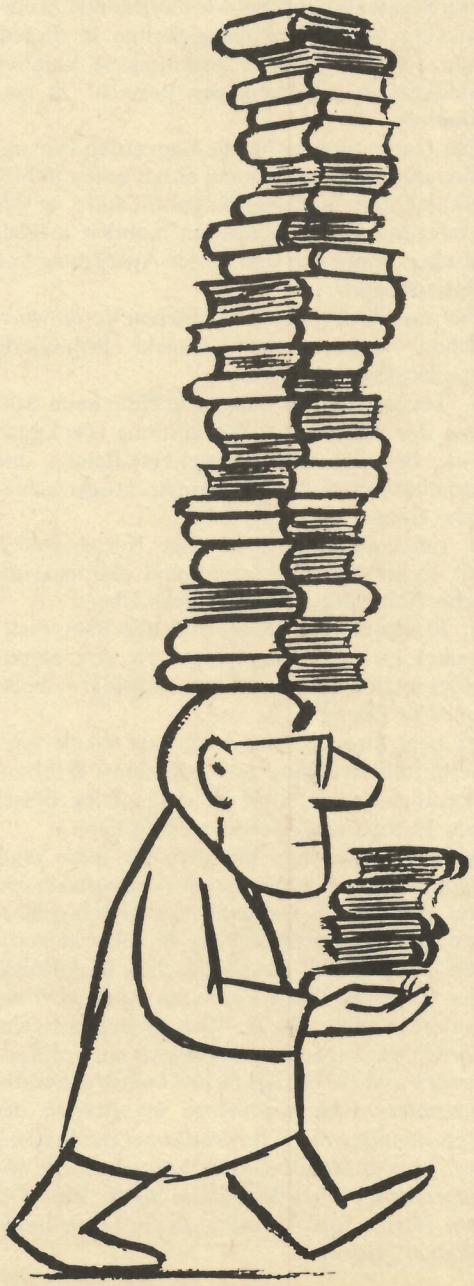
Europäischer Erfahrungsaustausch von Basisgruppen
26. August - 1. September in Südfrankreich
Nähere Informationen: International Mouvement D'Animation de Base, Bampslaan 25, B 3500 Hasselt/Belgien

Europäisches Sommertreffen
26.-31. August in Belgien
Welche Alternativen bieten die Kriegsverweigerer, die Gewaltlosen, die Anti-Militaristen gegenüber der Militarisierung Europas?
Nähere Informationen: Universite de Paix-FOC, Rue du Marche 35, B 5200 Huy/Belgien

4. Sommeruniversität für Frauen
1.-8. Oktober in Westberlin
Thema: Frauen, Machtfaktor in Politik und Gesellschaft. Folgende Schwerpunkte sollen diskutiert werden: Frauen in Institutionen ● Frauenprojekte als Alternativen. Ist das Arbeiten an alternativen Projekten ein Rückzug auf eine "feministische Insel"? ● Strategie und Theorie der Frauenbewegung ● Kultur/Gegenkultur – theoretische und praktische Versuche, weibliche Ästhetik.
Frauen, die Beiträge, Ausstellungen oder Auftritte machen wollen, sollten sich bis zum 1. August an die Vorbereitungsgruppe wenden: Sommeruniversität für Frauen c/o Rosi Giesen, Willmanndamm 7, 1 Berlin 62.

Tagungen der AG SPAK
● 21.7.-4.8. in Melle "Alternative Ökonomie"
● 2.-5. August in Ahrdorf/Eifel
Anmeldung: AG SPAK-Geschäftsstelle, Belfortstr. 8, 8 München 80

Wanderwoche Salecina
2.-9. September
Für eine Woche ist das Bildungs- und Freizeitzentrum Salecina Orden Dent, 7516 Maloja, Ausgangspunkt für mittlere und längere Bergwanderungen (ohne Klettereien). An einem Abend und bei einem Zwischenhalt sollen sich die Teilnehmer mit den Problemen der Bergeller Bevölkerung beschäftigen und diese kennenlernen. Anmeldung erforderlich.



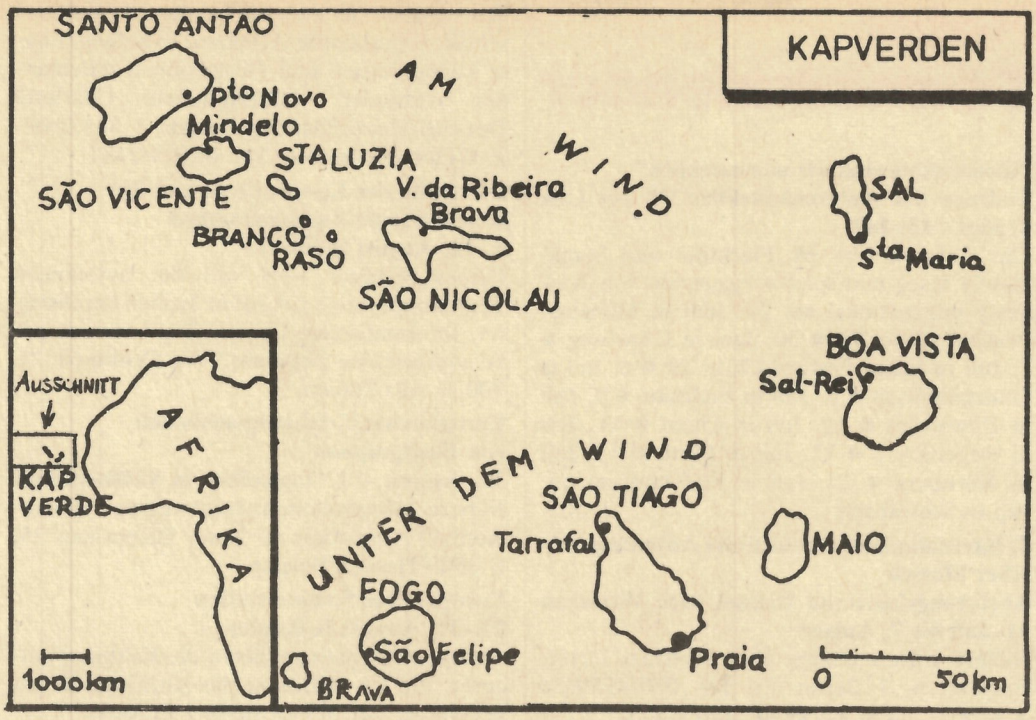
Wir sind umgezogen!

Ab Juli sind wir immer noch in Offenbach, aber unter einer neuen Adresse und Telefonnummer zu finden: in der Ludwigstraße 33, Telefon 82006. Die Postfachanschrift 591, 6050 Offenbach 4 bleibt gleich.
Im übrigen vermittelt die obige Reproduktion nur einen unvollkommenen Eindruck von der Schönheit des Original-Büros.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth, Hanfried Scherer, Jürgen Schmidt, Gudrun Witte (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe) ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwichentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Einer Teilauflage liegen bei: "links"-Extrablatt zur Anti-Kriegs-Aktion 1979; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".

Arzneimittel-Manufaktur für die Kapverden



Die Kapverden, eine Inselgruppe vor der Westküste Afrikas mit ungefähr 300.000 Einwohnern, sind seit dem 5. Juli 1975 unabhängig. Die ehemalige portugiesische Kolonie wird seit der Volksabstimmung im selben Jahr von der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kapverden) regiert. Die kapverdianische Bevölkerung entstand durch weitgehende Vermischung ehemaliger Sklaven aus anderen Kolonien und portugiesischen Einwanderern; heute leben ca. 400.000 Kapverdianer durch Emigration im Ausland.

Für die Portugiesen hatte die Inselgruppe während der fünfhundertjährigen Herrschaft vor allem strategische Bedeutung als Umschlagplatz für den Sklavenhandel, als Bunkerstation für Schiffe und als Schnittpunkt von Überseekabeln. Entsprechend wurde das Landesinnere der Insel vernachlässigt. Ausgedehnte Rodungen zum Schiffsbau und für die Landwirtschaft bewirkten die Erosion des Bodens, einen Rückgang der Niederschläge und lange Dürreperioden, ähnlich denen in der Sahelzone auf dem Festland. Abgesehen vom Salz, das in Salinen auf der Insel Sal abgebaut wird, sind keine im Augenblick wirtschaftlich bedeutenden Bodenschätze vorhanden; Fischfang wird noch wenig betrieben.

In den letzten vier Jahren wurden Anstrengungen unternommen, eine bessere Infrastruktur zu schaffen und dabei Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Der Bau von Dämmen und Wasserleitungen, um die wenigen Niederschläge zu speichern und zu verteilen, hat große Bedeutung beim Versuch, Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu erreichen. Die PAIGC strebt den Aufbau einer eigenen Industrie an, ohne dabei erneut in Abhängigkeit von den Industrieländern geraten zu wollen.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit waren die Hauptprobleme für die kapverdianische Bevölkerung Unterernährung und Infektionskrankheiten. Fast die Hälfte aller Kleinkinder starb an Unterernährung und periodisch auftretenden Magen-Darm-Infektionen, bedingt durch mangelnde Sauberkeit des Trinkwassers und die allgemeinen schlechten hygienischen Verhältnisse.

Während der Kolonialzeit konzentrierte sich die ärztliche Versorgung vollständig auf die Städte und wenige große Ortschaften. Sie wurde vor allem von Militärärzten getragen, die auch für die Versorgung der Bevölkerung zuständig waren. Daneben gab es noch einige privat praktizierende bzw. in Krankenhäusern angestellte Zivilärzte.

Die Landbevölkerung war auf dem medizinischen Sektor hauptsächlich auf Nachbarschaftshilfe angewiesen. Es gab zwar einige traditionelle Heilkundige und lokale Geburtshelferinnen, deren Tätigkeit wurde aber diskriminiert und untersagt.

Da nach der Unabhängigkeit die Militärärzte und ein Großteil der Zivilärzte emigierten, herrschte ein katastrophaler Mangel an medizinischem Personal.

Saubere Wohnungen, gute Ernähung und gutes Wasser sind naturgemäß die wichtigsten Ziele zur Gesunderhaltung der Bevölkerung und Bekämpfung von Krankheiten.

Nur unter der Voraussetzung, daß primär die Lebensbedingungen verändert werden, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern, und daß ein Basisgesundheitswesen eingerichtet wird, erscheint eine Unterstützung auf dem Arzneimittelsektor sinnvoll.

Es kann nicht darum gehen, einen ähnlichen Medikamentenkonsum wie hierzulande zu entwickeln, sondern Abhängigkeiten in diesem sehr teuren, für eine angemessene kurative Medizin aber notwendigen Bereich zu vermindern.

Die Unterstützung für die Kapverden von medico international bestand bisher schon in Medikamenten- und Nahrungsmittelhilfe, in der Lieferung von sogenannten mobilen medizinischen Einheiten und in der Ausrüstung von Basispflegern.

Für das von den kapverdianischen Verantwortlichen vorgeschlagene Projekt formulierte medico folgende Ziele:

1. Technische und finanzielle Hilfe beim Aufbau der Manufaktur. Vermittlung von know-how bei der Arzneimittel-Herstellung und Qualitätskontrolle = pharmazeutisch-technische Ebene.
2. Information über günstige Bezugsquellen für technische Ausrüstung und pharmazeutische Rohstoffe = ökonomische Ebene
3. Kontinuierliche Unterrichtung über Pharmakologie und Verwendbarkeit von bereits eingesetzten und neuen Arzneimitteln = medizinische Ebene.

Es geht also um eine begrenzte lokale Arzneimittelherstellung und um einen Informationsdienst, der wohl im Augenblick besser von Europa aus geleistet werden kann.

Nach Diskussionen mit dem für diese Aufgabe von medico eingestellten Apotheker hat das Arbeitsfeld Gesundheitswesen beschlossen, zur Unterstützung des Projekts aufzurufen. Es geht auf die spezifischen Bedürfnisse der Republik Cabo Verde ein, kann aber für andere Länder der 3. Welt modellhaft sein. *Um die Bedingungen des Projekts auf den Kapverden und die Bezüge zu den Industrieländern, besonders Zusammenhänge im Bereich der Pharmaindustrie zu verdeutlichen, erscheint als Informationsdienst Gesundheitswesen ein Solidaritätsinfo über Medizin in der 3. Welt. Für den Herbst sind Veranstaltungen in mehreren Städten geplant.*

HEINZ STIELIKE

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.7.1979 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1979 DM 14,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift